

DE GRUYTER

Dietrich Eichholtz

**GESCHICHTE
DER DEUTSCHEN
KRIEGSWIRTSCHAFT
1959-1945**

**BAND 2: FORSCHUNGEN ZUR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE
(1941-1943)**

FORSCHUNGEN ZUR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

EICHHOLTZ

Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945

Band II: 1941–1943

FORSCHUNGEN ZUR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

herausgegeben von
Jürgen Kuczynski, Hans Mottek und Helga Nussbaum
Band 1

DIETRICH EICHHOLTZ
Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft
1939–1945

Band II: 1941–1943

DIETRICH EICHHOLTZ

Geschichte
der deutschen Kriegswirtschaft
1939–1945

BAND II: 1941–1943

Mit einem Kapitel
von Joachim Lehmann

1 Beilage



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN
1985

Erschienen im Akademie-Verlag, DDR - 1086 Berlin,
Leipziger Str. 3-4

© Akademie-Verlag Berlin 1984

Lizenznummer: 202 · 100/105/84

Printed in the German Democratic Republic

Gesamtherstellung: IV/2/14 VEB Druckerei »Gottfried Wilhelm Leibniz«,
4450 Gräfenhainichen · 6305

Lektor: Günter Hertel

Schutzumschlag und Einbandgestaltung: Willi Bellert

LSV 0265

Bestellnummer: 754 102 3 (2140/1/II)

05200

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIII
KAPITEL I Der Überfall des faschistischen deutschen Imperialismus auf die UdSSR. Wirtschaftliche Blitzkriegsillusionen	1
1. Kriegszielvorstellungen und wirtschaftliche Ausgangsbasis für den Überfall auf die UdSSR	1
a) Die UdSSR im Kriegszielprogramm des deutschen Imperialismus . .	1
b) Der Stand der Rüstung beim Überfall auf die UdSSR	4
2. Die „Umrüstung“ vom Sommer 1941 und ihr Scheitern	11
a) Das „Göringprogramm“	11
b) Ansätze zur „Umrüstung“	19
c) Die Krise des wirtschaftlichen Blitzkriegskonzepts	25
d) Die Legende von den verpaßten kriegswirtschaftlichen Möglichkeiten	36
KAPITEL II Der Zusammenbruch des wirtschaftlichen Blitzkriegskonzepts. Konzentration der staatsmonopolistischen Regulierungsgewalt . .	41
1. Auswirkungen der Niederlage vor Moskau	41
2. Die Reorganisation des Systems staatsmonopolistischer Machtorgane in der Kriegswirtschaft (Zweite Phase)	47
a) Die Reorganisation des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition	47
Bis zum 8. Februar 1942	49
Der Ministerwechsel	55
Höhepunkt der Reorganisation (Frühjahr 1942)	63
b) Fritz Sauckels Ernennung zum „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“	74
c) Die Konstituierung der „Zentralen Planung“	79
„Neuordnung der Eisenbewirtschaftung“	84
d) Die Bildung der Reichsvereinigung Eisen	86

3. Der Ausbau der staatsmonopolistischen Position des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition. Rüstungskommissionen und Gauwirtschaftskammern	92
a) Erweiterung der „Mittelinstanz“ des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition	94
b) Verzögerte Bildung von Gauwirtschaftskammern	98
4. Veränderungen in Funktion und Struktur des Regulierungsmechanismus in der Kriegswirtschaft	104
a) Staatsmonopolistische Machtkonzentration und faschistische Partei	111
b) Das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition und die Reichsgruppe Industrie	113
KAPITEL III Die Wende des Krieges und das kriegswirtschaftliche Konzept des deutschen Imperialismus	118
1. Auswirkungen der Niederlagen des Winters 1942/43	118
a) Frontverluste und Rüstungsprogramme	118
b) Die kriegswirtschaftliche Konzeption im „Totalen Krieg“	124
Kapitalistische Rationalisierung	127
Weitere Konzentration der Regulierungsgewalt	131
Bestrebungen zur Zusammenfassung der „europäischen Wirtschafts- und Rüstungskapazität“	136
2. Konzentration der Regulierungsgewalt im Sommer/Herbst 1943	139
a) Kriegswirtschaftliche Folgen des Zusammenbruchs der Defensivstrategie des deutschen Imperialismus	139
b) Reorganisation des staatsmonopolistischen Apparats in der Kriegswirtschaft (Dritte Phase)	146
„Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion“	146
Das Planungsamt	148
Der „Generalbeauftragte für Betriebsumsetzungen“	150
Beginn der Untertageverlagerung (A 4)	154
Besetzte Gebiete	157
Der „Bandwurmerlaß“	162
Reorganisation des Reichswirtschaftsministeriums	165
3. Die Machtvollkommenheit des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion und ihre Grenzen	168
a) „Zentralstelle“ der Kriegswirtschaft	169
b) Der „Eiserne Pakt“. Auftritt in Posen	173
c) Politische Ambitionen	176
KAPITEL IV Die Arbeitskräftesituation. Zur Lage der deutschen Werktätigen und ausländischen Zwangsarbeiter	179
1. Arbeitskräfteprobleme 1941/42. Der „Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz“	179
a) Arbeitskräftepolitik im Sommer/Herbst 1941	179

Das Instrumentarium der Arbeitskräftebeschaffung 1941	180
Chaotische Arbeitskräfte„planung“ nach dem 22. Juni	182
b) Die Einrichtung des Zwangsarbeitsregimes für die Arbeitskräfte aus der UdSSR	186
Die Initiative der Rüstungsmonopole	186
Der Hitler-Erlaß vom 31. Oktober und die Richtlinien Görings vom 7. November 1941	190
c) Die Krise (Dezember 1941–Februar/März 1942)	193
Das Dilemma der faschistischen Arbeitskräftepolitik	193
Der „Schlüsselkräfte“-Erlaß vom 19. Februar 1942	196
Die Vorgeschichte des GBA	198
d) Programm und Politik des GBA 1942	203
„Ausnutzung der Arbeitskraft des Ostens“	205
Mobilisierung von Frauen und Jugendlichen	210
e) Lebens- und Arbeitsbedingungen der sowjetischen Zwangsarbeiter Isolierung und politische Quarantäne	211
Ernährung	212
Ernährung	214
Entlohnung	217
f) „Vernichtung durch Arbeit“	220
2. „Totaler Krieg“ – partielle Mobilisierung (1943)	226
a) Meldepflicht- und Stilllegungsaktion	226
b) Die Mobilisierungskonzeption des Reichsministers für Bewaffnung und Munition	232
c) Stockender Zufluß ausländischer Zwangsarbeiter	237
d) Bilanz der Verschleppung und Ausbeutung	243
3. Probleme der Arbeits- und Lebensbedingungen deutscher Arbeitskräfte	248
a) Terror, Korrumpierung und Manipulierung	249
b) Arbeitsbedingungen und Arbeitsproduktivität im Kriege	259
4. Das Zwangsarbeitsregime 1943	267
a) Ausbeutung und Terror	268
b) „Sorgfältige Bewirtschaftung und Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft“	275
c) Das Ideal imperialistischer Ausbeutung	281
Exkurs: Bemerkungen zur Geschichte des Widerstandes der Zwangsarbeiter	288
KAPITEL V Rationalisierung und Kriegsproduktion	293
1. Rationalisierung in der Industrie	293
a) Das Rationalisierungsprogramm der Rüstungsmonopole und seine Voraussetzungen	295
b) Methoden der Rationalisierung	302
Kohle	306
Eisen und Stahl	307
Waffen und Kriegsgerät	308
Kraftfahrzeuge	313

Maschinen	316
Lokomotiven	317
„Zivile“ Produktion	318
c) Zum Gesamtergebnis der Rationalisierung	321
2. Die Entwicklung der Kriegsproduktion	327
a) Vorbemerkung zur Statistik	327
b) Waffen, Kriegsgerät, Kraftfahrzeuge	330
Waffen	330
Panzer	333
Kraftfahrzeuge	337
Flugzeuge	339
Kriegsschiffe	342
Munition	342
„Wunderwaffen“	346
c) „Sonderfragen der chemischen Erzeugung“	348
Stickstoff: Pulver und Sprengstoff	350
Treibstoff	353
Synthetischer Kautschuk	356
d) Grund- und Rohstoffe	357
Kohle	357
Der „Schlüsselrohstoff“: Eisen und Stahl	361
Nichteisenmetalle	366
e) Maschinen, Bauten, Investitionen	371
Maschinenbau	371
Bauwesen	377
Industrielle Anlageinvestitionen	381
f) Konsumgüter	384
g) Elektroenergie	389
 KAPITEL VI Zur Kriegsziel- und Okkupationspolitik des deutschen Imperialismus	 392
1. Das deutsche Finanzkapital und die Kriegszielplanungen nach dem 22. Juni 1941	392
a) Die „Neuordnungs“-Planung 1941/42	392
b) Der Eigentumsanspruch der Monopole und die sozialistischen Pro- duktionsverhältnisse in der UdSSR	411
c) Pläne für die Amortisation der deutschen Kriegsschulden	419
d) 1943: Alte und neue Illusionen	422
Exkurs: Politische und ökonomische Hintergründe des „Generalplans Ost“.	430
2. Studien zur Wirtschaftspolitik der Okkupanten in den besetzten Ge- bieten der UdSSR	460
a) Stahl und Kohle (Dnepr-Donets-Gebiet)	460
b) Erdöl (Kaukasus)	477
3. Kriegswirtschaftliche Resultate der Okkupationspolitik	490
a) Grund- und Rohstoffe	492

	b) Landwirtschaftliche Produkte	499
	c) Waffen und Kriegsgerät	505
	d) Clearingschulden und Besatzungskosten	509
KAPITEL VII	Kapitalkonzentration und Kriegsprofit	513
	1. Der Mechanismus der Profitmacherei	513
	a) LSÖ und Festpreissystem	513
	b) Abschreibungen	520
	c) Milliardengeschenke aus der Staatskasse (Investitionskredite, Subventionen, Steuerpolitik)	521
	d) Superprofite aus Zwangsarbeit	529
	2. Konzentration von Kapital und Profit	531
	a) Unternehmensstatistik	531
	b) Die Dividendenabgabeverordnung vom 12. Juni 1941	533
	c) Investitionen und „ursprüngliche Akkumulation“	538
	d) Führende Rüstungskonzerne	540
	3. Gesamtprofit: 100 Milliarden	560
KAPITEL VIII	Die deutsche Landwirtschaft im Kriege (v. <i>Joachim Lehmann</i>) .	570
	1. Die Kriegsvorbereitung	570
	2. Die staatsmonopolistische Organisation der Kriegsernährungswirtschaft .	579
	a) Von August 1939 bis 1941/42	580
	b) Von 1941/42 bis 1943	584
	3. Die Produktionsbedingungen der Landwirtschaft und die Arbeitskräftesituation	592
	a) Betriebsgrößenstruktur	593
	b) Die landwirtschaftlichen Betriebe und ihre Produktionsmittel	594
	Bodennutzung	594
	Landmaschinen und Geräte	596
	Düngemittel	603
	c) Arbeitskräfte	608
	4. Landwirtschaftliche Produktion	616
	a) Pflanzenproduktion	616
	b) Tierproduktion	629
ANHANG	1. Ausstoß-Übersicht 1940–1944: Waffen, Geräte und Munition	645
	2. Ausschüsse und Ringe des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition	670
	3. Aufgabenverteilung beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion und Generalbevollmächtigten für Rüstungsaufgaben im Vier-	

jahresplan nach dem Erlaß über die Aufgabenverteilung in der Kriegswirtschaft vom 29. Oktober 1943	670
4. Verzeichnis der Tabellen	670
5. Quellen- und Literaturverzeichnis	677
6. Register	694
a) Personenverzeichnis	694
b) Verzeichnis der Firmen, Behörden und Institutionen	700

Vorwort

Mit dem vorliegenden Band wird nach längerer, durch die Mitarbeit des Verfassers an anderen Publikationen verursachter Unterbrechung das auf drei Bände angelegte Vorhaben einer Geschichte der deutschen Wirtschaft im zweiten Weltkrieg fortgeführt.

Das Gesamtprojekt stellt die erste geschlossene, umfassende marxistische Untersuchung der Thematik und damit grundlegender Aspekte der Strategie und Politik der herrschenden Klasse im Imperialismus, besonders der aggressivsten und reaktionärsten Elemente des Finanzkapitals, dar. Fundamentales Anliegen der Arbeit ist die Aufdeckung der zum Krieg treibenden und am Krieg interessierten Kräfte und ihrer verbrecherischen Methoden. Die Untersuchung hat die materiellen Grundlagen für die Kriegführung des faschistischen deutschen Imperialismus und darüber hinaus die Gesamtheit jener ökonomischen Kräfte und Interessen zum Gegenstand, die dem imperialistischen Drang nach Reaktion und Gewalt, nach Ausbeutung, Expansion, Eroberung und Krieg zugrunde liegen und die in letzter Instanz für die imperialistische und faschistische Politik und Ideologie überhaupt ursächlich verantwortlich sind.

Damit wird das Vorhaben einer äußerst aktuellen politischen Aufgabenstellung gerecht und bewegt sich auf einem zentralen Feld der Auseinandersetzung mit den friedensgefährdenden imperialistischen Kräften der Gegenwart.

Im zweiten Band erstreckt sich die Untersuchung auf jenen wichtigsten Abschnitt des Krieges, der mit dem verbrecherischen Überfall auf die UdSSR begann und in dem an der deutsch-sowjetischen Front über Sieg oder Niederlage des deutschen Imperialismus und Faschismus entschieden wurde. Unter wirtschaftshistorischem Gesichtswinkel betrachtet, reicht sie von der höchsten Entfaltung und dem unmittelbar folgenden Fiasko des wirtschaftlichen Blitzkriegskonzepts bis zum Höhepunkt der Machtkonzentration bei der Rüstungsorganisation des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion im Herbst 1943.

An der Grundkonzeption des Gesamtwerks hat sich nichts geändert. Die im ersten Band¹ behandelten Hauptprobleme und sachlichen Schwerpunkte werden im zweiten Band weitergeführt (Entwicklung des staatsmonopolistischen Regulierungsmechanismus; Lage der Werktätigen einschließlich der ausländischen Zwangsarbeiter; Kriegszielprogrammatik und -planung des deutschen Finanzkapitals; Wirtschaftspolitik in den okkupierten Gebieten), wobei unterschiedliche Gewichtung, eine knappere Behandlung hinreichend untersucht und die Konzentration auf wesentliche neue und umstrittene Fragen geboten erschienen. Wo der Autor über bestimmte Erkenntnisse des ersten Bandes hinausgewachsen ist, wird das im vorliegenden Band, soweit möglich, an entsprechender Stelle angemerkt. Neue thematische Schwerpunkte, die hier zusammenfassend bzw. längsschnittartig be-

handelt werden, finden sich in den Kapiteln V, VII und VIII. Andere müssen dem dritten Band vorbehalten bleiben.*

Die Quellengrundlage für den Band hat sich im Vergleich zum ersten noch stark verbessert, vor allem dank der vielfältigen Bemühungen der Staatlichen Archivverwaltung der DDR. Von den zahlreichen Personen und Institutionen, denen der Verfasser für Rat und Kritik Dank schuldet, seien an dieser Stelle nur die stets hilfsbereiten Mitarbeiter des Zentralen Staatsarchivs der DDR (Potsdam) genannt. Für umfangreiche wissenschaftlich-technische Mitarbeit und Hilfeleistung gebührt Frau Jutta Grimann, Frau Melitta Helbig und Herrn Eckhard Kruggel Dank.

Dietrich Eichholtz

* Vorveröffentlichungen des Verfassers aus dem vorliegenden Band, die nur in besonderen Fällen zitiert werden, stellen drei Aufsätze (Dokumentationen) im *Jahrbuch für Geschichte* und zwei Artikel in der Zeitschrift *Militärgeschichte* dar (s. Literaturverzeichnis). Die Kapitel über die Kriegswirtschaft in *Deutschland im zweiten Weltkrieg* (6 Bände, Berlin 1974 ff.) werden ebenfalls nur in besonderen Fällen zitiert.

Abkürzungsverzeichnis

A 4	Aggregat 4 (Codebezeichnung für Rakete V 2)
AA	Auswärtiges Amt
Abt.	Abteilung
AEG	Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft
AEI	Arbeitseinsatz – Ingenieur(e)
AFA	Accumulatoren-Fabrik AG (Konzern)
Affid.	Affidavit (Erklärung unter Eid)
AG	Aktiengesellschaft
AGK	Ausführungsgemeinschaft für Kriegsgerät
AN	Aktennotiz, -vermerk
AO	Anordnung
AR	Aufsichtsrat
ATG	Allgemeine Transportanlagen GmbH, Leipzig
BA	Bundesarchiv
BdE	Befehlshaber des Ersatzheeres
Beih.	Beiheft
BfV	Beauftragter für den Vierjahresplan
BHO	Berg- u. Hüttenwerksgesellschaft Ost mbH
BMW	Bayerische Motoren-Werke AG
BSW (russ.)	Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAP	Deutsche Agrarpolitik
DCGG	Deutsche Continental Gasgesellschaft
Div. (n)	Division(en)
DNB	Deutsches Nachrichtenbüro
DR	Dienstnachrichten des Reichsnährstandes
DRA	Deutscher Reichs-Anzeiger und Preußischer Staats-Anzeiger
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DVO	Durchführungsverordnung
DWM	Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken AG
DZW	Deutschland im zweiten Weltkrieg (s. Literaturverz.)
Esge	Eisen- und Stahlgemeinschaft
Esl	Eisen schaffende Industrie
FAP	Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus
FB	„Führerbesprechung(en)“ (s. Quellenverz.)
Fe	Ferrum [Eisen] (-Legierungsmetalle)
(-Legierungsmetalle)	
FH	Feldhaubitze
Fi	Fieseler

Flam. W.	Flammenwerfer
FS	Filmsammlung (s. Quellenverz.); Fernschreiben
FW	Focke-Wulf
GB	Generalbevollmächtigte(r)
GBA	Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz
GB Bau	Generalbevollmächtigter für die Regelung des Bauwesens
GB Chemie;	Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung
GB Chem.	
GBN	Generalbevollmächtigter für das Nachrichtenwesen
GB Rüst	Generalbevollmächtigter für Rüstungsaufgaben (im Vierjahresplan)
Geb. Gesch.	Gebirgsgeschütz(e)
GEC	General Electric Comp.
Gen. maj.	Generalmajor
Gen Qu; G Qu	Generalquartiermeister
Gen StaH	Generalstab des Heeres
gep.	gepanzert
Gestapo	Geheime Staatspolizei
Gew.	Gewehre
GfB	Generalbeauftragter für Betriebsumsetzungen
GFM	Generalfeldmarschall
GG	Generalgouvernement
GI	Generalinspektor
GIWE	Generalinspektor für Wasser und Energie
GKBZHP	(Archiv der) Glówna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce (Warschau)
GL (M)	Generalluftzeugmeister
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GPO	Generalplan Ost
GrW	Granatwerfer
GWK	Gauwirtschaftskammer(n)
GWKAV	Gauwirtschaftskammeraufbauverordnung
GWKVO	Gauwirtschaftskammerverordnung
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HA	Hauptausschuß, -ausschüsse
Hasag	Hugo Schneider AG
He	Heinkel
HGW	Hermann-Göring-Werke
HPA	Handelspolitischer Ausschuß (der Reichswirtschaftskammer)
HR	Haupttring(e)
HRüst/BdE	(Chef der) Heeresrüstung/Befehlshaber des Ersatzheeres
(Chef HRüst/BdE)	
hs.	handschriftlich
HTO	Haupttreuhandstelle Ost
HWA	Heereswaffenamt
IAR	Internationale Agrarrundschau
I.G.; Inf. G.	Infanteriegeschütz
IG (Farben)	Interessengemeinschaft Farbenindustrie AG
IHK	Industrie- und Handelskammer(n)
IMG	Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg (Prozeßmaterialien)
Inf.	Infanterie
jato	Tonnen pro Jahr
JfG	Jahrbuch für Geschichte

JfW	Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
jhl.	jährlich
Ju	Junkers
K	Karabiner; Kanone
Kfz.	Kraftfahrzeug
KL; KZ	Konzentrationslager
Konti Öl	Kontinentale Öl AG
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KTb	Kriegstagebuch
KVR	Kriegsverwaltungsrat
kW (h)	Kilowatt(stunden)
KWK	Kampfwagenkanone
KWVO	Kriegswirtschaftsverordnung (4. 9. 1939)
LAA(LAÄ)	Landesarbeitsamt(ämter)
Laf.	Lafette(n)
l. (e)	leichte
LKW	Lastkraftwagen
LSÖ	Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund der Selbstkosten bei Leistungen für öffentliche Auftraggeber
MAN	Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG
MAR	Mitglied des Aufsichtsrats
MBH	Militärbefehlshaber
M-Boote	Minensuchboote
Me	Messerschmitt
Memo	Memorandum (Denkschrift)
MG	Maschinengewehr
MK	Maschinenkanone
Mob.-	Mobilisierungs-
Montan	Verwertungsgesellschaft für Montan-Industriewerke mbH
moto	Tonnen pro Monat
MP	Maschinenpistole
Mrs.	Mörser
MTW	Mannschaftstransportwagen
Mun.	Munition
MV	Mitglied des Vorstands
MWT	Mitteleuropäischer Wirtschaftstag
Nb. (W.)	Nebel(werfer)
NE (-Metalle)	Nichteisen (-Metalle)
NNP	nichtnatürliche Personen
NS-	Nationalsozialistisch(er, e, es)-
NSBDT	Nationalsozialistischer Bund Deutscher Techniker
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSU	(Fahrzeugwerk) s. Firmenverz.
ObdL	Oberbefehlshaber der Luftwaffe
ÖAF	Österreichische Automobil-Fabriks-A.-G.
OKH	Oberkommando des Heeres
OKM	Oberkommando der Marine
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OT	Organisation Todt
PAFK	Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und Kapitalismus
PG; Pg.	Parteigenosse

Pist.	Pistolen
PKW	Personenkraftwagen
Pkzl.	Parteikanzlei
PWK	Panzerwagenkanone
Pz. Jg.	Panzerjäger
Pz. (Kpfwg.)	Panzer(kampfwagen)
RAD	Reichsarbeitsdienst
RArb.M	Reichsarbeitsminister(ium)
R-Boote	Räumboote
REF	Rüstungsendfertigung
REM	Reichsernährungsminister(ium)
RErl.	Runderlaß
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGI	Reichsgruppe Industrie
RHA	Reichshauptabteilung
RKF	Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
RKTL	Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft
Rkzl.	Reichskanzlei
RLA	Rüstungslieferungsamt (des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition)
RLM	Reichsluftfahrtminister(ium)
RM	Reichsmark
	Reichsmarschall
RMdJ	Reichsminister(ium) der Justiz
RMdF	Reichsminister(ium) der Finanzen
RMEL	Reichsminister(ium) für Ernährung und Landwirtschaft
RMfbo	Reichsminister(ium) für die besetzten Ostgebiete
RMfBuM	Reichsminister(ium) für Bewaffnung und Munition
RMfRuK	Reichsminister(ium) für Rüstung und Kriegsproduktion
RPostM	Reichpostminister(ium)
Rs.	Rundschreiben
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RSO	Raupenschlepper Ost
RuSHA	Rasse- und Siedlungshauptamt (der SS)
RTA	Reichstrehänder der Arbeit
RüIn	Rüstungsinspektion(en); Rüstungsinspekteur(e)
RüKdo	Rüstungskommando(s)
RVE	Reichsvereinigung Eisen
RVfg(g)	Rundverfügung(en)
RVK	Reichsvereinigung Kohle
RWE	Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG
RWiM	Reichswirtschaftsminister(ium)
RWK	Reichswirtschaftskammer
RWKS	Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat
SA	Sonderausschuß
	Sturmabteilung(en) der NSDAP
S-Betriebe	Sperr-Betriebe oder Schutz-Betriebe
S-Boote	Schnellboote
Schnellb.	Schnellbericht(e)
SD	Sicherheitsdienst
SdKfz.	Sonderkraftfahrzeug(e)
SE-Aktion	Sondereinziehungsaktion

SF(L)	Selbstfahr[lafette(n)]
Sipo	Sicherheitspolizei
SM	Siemens-Martin (Stahl)
SPW	Schützenpanzerwagen
SR	Sondering(e)
SS	Schutzstaffel (der NSDAP)
SSW	Siemens-Schuckertwerke (AG)
StAD	Staatsarchiv Dresden
StAM	Staatsarchiv Magdeburg
StAS	Staatsarchiv Schwerin
StAW	Staatsarchiv Weimar
StRA	Statistisches Reichsamt
Sts.	Staatssekretär
Stu. Gesch.; StG	Sturmgeschütz(e)
Stu. Hau.	Sturmhaubitze
TB	Tagebuch
TB 26	Technisches Bataillon 26 (mot.) Bergbau
TBM	Technische Brigade Mineralöl
T-Boote	Torpedoboote
t(o)	Tonnen
UAH	Universitätsarchiv Halle
USSBS	United States Strategic Bombing Survey
VAR	Vorsitzer des Aufsichtsrats
VAW	Vereinigte Aluminiumwerke AG
VB	Völkischer Beobachter
VDI	Verein Deutscher Ingenieure
VEB	Volkseigener Betrieb
Verfg(g).; Vfg(g).	Verfügung(en)
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
v. H.	von Hundert (‰ Angaben)
VIAG	Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG
VO	Verordnung
VStW	Verbindungsoffizier
VV	Vereinigte Stahlwerke AG
V-Waffen	Vorsitzer des Vorstands
WaA	Vergeltungswaffe(n)
Wasag	(Heeres-)Waffenamt
WFSt(b)	Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-AG
WiAmt	Wehrmachtführungsstab
Wifo	Wehrwirtschaftsamt
Wigrü	Wirtschaftliche Forschungsgesellschaft mbH
WiIn	Wirtschaftsgruppe
WiRüAmt	Wirtschaftsinspektion(en)
WK	Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt (des OKW)
WM	Wirtschaftskammer(n)
WNE(-Plan)	Wehrmacht
WNV(o)	Wehrwirtschaftlicher Neuer Erzeugungsplan
WT	Verbindungsoffizier des Wehrmachtsnachrichtenwesens
Wumba	Wehrmachtteil(e)
WVHA	Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt (1. Weltkrieg)
WWiStab	Wirtschaftsverwaltungshauptamt (der SS)
	Wehrwirtschaftsstab

WZ	Wissenschaftliche Zeitschrift
ZAA	Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie
ZdR	Zeitschriftendienst des Reichsnährstandes
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
Zgkw.	Zugkraftwagen
ZHO	Zentrale Handelsgesellschaft Ost mbH
ZP-E	s. Quellenverz.
ZP-P	s. Quellenverz.

Der Überfall des faschistischen deutschen Imperialismus auf die UdSSR. Wirtschaftliche Blitzkriegsillusionen

1. Kriegszielvorstellungen und wirtschaftliche Ausgangsbasis für den Überfall auf die UdSSR

a) *Die UdSSR im Kriegszielprogramm des deutschen Imperialismus*

Den ersten sozialistischen Staat zu vernichten war erklärtes Ziel des Weltimperialismus seit 1917. So sehr der deutsche Imperialismus in seinem Streben nach Revanche und Revision der Ergebnisse des ersten Weltkrieges, nach Neuverteilung der Reichtümer und Ressourcen der Erde auf den Widerstand der anderen imperialistischen Mächte stieß, so einhellig begrüßten und begünstigten es diese, daß die reaktionärsten Elemente des deutschen Finanzkapitals als Haupttrichtung der geplanten Aggression den Osten, die UdSSR, proklamierten. Das faschistische Regime erschien ihnen dazu geeignet, die sozialistische Gesellschaftsordnung in jenem Land zu zerstören und die alte, „gottgewollte“ imperialistische Ordnung auf dem ganzen Erdball wiederherzustellen, wobei sie darauf spekulierten, der deutsche Konkurrent werde selber geschwächt aus der Auseinandersetzung hervorgehen.

Die herrschenden Kreise in Deutschland betrachteten die Vernichtung der Sowjetunion als notwendig, um die revolutionäre Arbeiterbewegung Europas auszulöschen und das eigene Volk, voran die Arbeiterklasse, dauerhaft zu versklaven. Sie rechneten sich zugleich aus, daß die wirtschaftlichen Reichtümer des Sowjetlandes, einmal in ihrer Hand, Deutschland in den Rang einer der größten imperialistischen Weltmächte erheben würden, wohl fähig, den Kampf gegen die anderen Mächte um die Weltherrschaft aufzunehmen. Den reaktionärsten Kräften des Regimes sollte die Aggression gegen die UdSSR, wurzelnd im Klassenantagonismus zwischen Kapitalismus und Sozialismus, „alle Probleme, die sich vor dem deutschen Imperialismus bei seinem erneuten Anlauf zur Erringung der Vorherrschaft in Europa und beim Griff nach der Weltherrschaft aufwarfen, mit einem Schlag lösen“.¹ Sie war und blieb daher das Kernstück ihrer Weltherrschafts- und Kriegsplanungen. „Alle Varianten von Kriegsprojekten, die faschistische Politiker, Militärs und Monopolisten erwogen und durcharbeiteten, schlossen als Hauptziel die Vernichtung der Sowjetunion und damit die vollständige Wiederherstellung der imperialistischen Herrschaft auf dem ganzen Erdball ein.“²

1 *Konzept für die „Neuordnung“ der Welt.* Die Kriegsziele des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann, Berlin 1977, S. 93.

2 *Grundriß der deutschen Geschichte.* Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Klassenkampf, Tradition, Sozialismus. Hrsg. v. Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1979, S. 451.

Als Hitler am 18. Dezember 1940 die Weisung Nr. 21 „Fall Barbarossa“ unterzeichnete, lebten die Machthaber in Deutschland noch im Rausch der militärischen Erfolge des Frühjahrs und Sommers 1940. Und doch spürten sie, daß sie, gemessen an ihrem Kriegszielprogramm, noch keinen wirklich durchschlagenden Erfolg erfochten hatten. Großbritannien war ungeschlagen, ihre Herrschaft in West- und Nordeuropa daher ständig gefährdet. Die entscheidende Schwelle zur Herrschaft über Europa und über die Welt, nämlich die Niederwerfung der Sowjetunion, galt es erst noch zu überschreiten.

Die politische und ökonomische Motivation und die Zielvorstellungen des geplanten neuen Feldzugs im Osten waren grundsätzlich unverändert.³ Der Krieg hatte aber inzwischen unumkehrbare Tatsachen geschaffen und diktierte jetzt denen, die ihn entfesselt hatten, zunehmend seine Bedingungen. Die militärstrategischen und kriegswirtschaftlichen Probleme, die innenpolitischen und sozialen Sorgen der Faschisten und vor allem auch der Widerstand der unterdrückten Völker gegen ihre Knechtung und Ausbeutung ließen die deutschen Imperialisten immer ungeduldiger danach trachten, jene „Zentralentscheidung“⁴ herbeizuführen, die ihnen zum unwiderruflich sicheren Sieg verhelfen sollte.

Göring nannte im November 1940 die aktuellen Beweggründe für den geplanten Krieg und zugleich dessen Zielsetzung, als er General Georg Thomas, dem Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes des OKW, auftrag, Unterlagen für den wirtschaftlichen Raubzug in der UdSSR herbeizuschaffen: „Der Führer hat sich zu diesem Kriege entschlossen, weil 1. der Bolschewik uns doch eines Tages angreifen wird und seine Industrie zerschlagen sein muß, ehe er zum Kriege bereit ist (das verlogene Argument des Präventivkrieges verbarg hier nur schlecht den Klassenhaß des Faschismus – D. E.); 2. der Krieg gegen England länger dauern wird, als wir erwarteten, und wir daher aus Ernährungsgründen die englische Blockade nach Osten durchbrechen müssen. Mitteleuropa kann nur mit Hilfe der ukrainischen Erntemengen ernährt werden; 3. wir bis zum Kaukasus durchstoßen müssen, um uns der kaukasischen Ölgebiete zu bemächtigen, da ohne sie gegen England und Amerika eine großzügige Luftkriegführung nicht möglich ist.“⁵

Als der Wirtschaftsstab „Oldenburg“⁶ am 4. Juni 1941 zu einer ersten – viertägigen – Arbeitssitzung zusammentrat, in deren Verlauf auch ein Planspiel stattfand, formulierte Thomas in seiner Eröffnungsansprache das grundlegende politische Ziel des Unternehmens „Barbarossa“ in seiner engen Verknüpfung mit dem wirtschaftlichen in lakonischer Kürze: „Zwei Hauptforderungen entstehen . . . neben dem ersten Ziel der Zerschlagung der feindlichen Wehrmacht: a) die Vernichtung des bolschewistischen Systems, b) eine baldige Ausnutzung des wirtschaftlichen Potentials Rußlands, insonderheit auf dem Ernährungs- und Treibstoffgebiet.“⁷

Von vornherein war es diesmal den führend Beteiligten klar, daß die wirtschaftlichen Raubziele die militärischen Entscheidungen wesentlich beeinflussen würden. Thomas, als Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes des OKW auch Mitglied des Aufsichtsrats

3 Vgl. *Konzept für die „Neuordnung“ der Welt*, S. 24 ff. u. 74 ff.

4 Ebenda, S. 80 ff.

5 ZStA Potsdam, FS, Film 1826, Aussage von Georg Thomas, 16. 8. 1945.

6 Siehe Band I dieser „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945“, Berlin 1969 (2. Aufl. 1971; 3. Aufl. 1984); im folgenden zit. *Band I* (S. 231 ff.).

7 ZStA Potsdam, FS, Film 1741, Ms. d. Rede von Thomas am 4. 6. 1941. – Es gelte, sagte Thomas weiter, „durch deutsche Tatkraft die russische Wirtschaftskraft in den Kampf gegen England zu stellen“ (ebenda). Siehe auch *Deutschland im zweiten Weltkrieg*. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann (im folgenden *DZW*), Bd. 1, Berlin 1974, S. 557.

der Kontinentale Öl AG (Konti Öl)⁸, sah dies voraus und forderte: „Der militärischen Führung muß immer wieder vor Augen gehalten werden, daß ein Feldzug gegen Rußland zum großen Teil wirtschaftliche Hintergründe hat und daß die Forderungen der Wirtschaft in diesem Feldzug mehr als sonst berücksichtigt werden müssen.“⁹

Am Vorabend des Krieges gegen die UdSSR gewannen zugleich die wirtschaftsstrategischen Vorstellungen und Forderungen des deutschen Finanzkapitals konkretere Gestalt, die sich auf die Ausbeutung der wirtschaftlichen Ressourcen des Sowjetlandes und auf den Fortgang des Kampfes um die Weltherrschaft des deutschen Imperialismus richteten.¹⁰ Maßgebend in der Formulierung solcher „globaler Perspektiven“¹¹ war die Monopolgruppierung unter der Führung des IG-Farben-Konzerns und der Deutschen Bank. Sie betrachtete die Niederwerfung der Sowjetunion und den Raub ihrer riesigen Reichtümer, an erster Stelle des Erdöls und des ukrainischen Weizens, zwar als wichtigstes Ziel des geplanten neuen „Blitzfeldzuges“ und als Schlüsselentscheidung des gesamten Krieges, nicht aber als das eigentliche Fernziel des deutschen Imperialismus auf dem Weg nach Osten. Dieses sah sie – ähnlich wie schon seit den Zeiten des Bagdadbahnbaus und des ersten Weltkriegs – in der Beherrschung des Nahen und Mittleren Ostens und der Ausbeutung seiner Erdölquellen. Militärstrategisch war erst damit die Landbrücke zum Suezkanal und nach Afrika (Ägypten) geschlossen und das Sprungbrett nach Indien gewonnen – Ziele, die ihr mit der Niederwerfung Englands identisch zu sein schienen. Von dieser Position aus gedachte sie die künftigen Auseinandersetzungen mit den übrigen von den anglo-amerikanischen Mächten beherrschten „Großwirtschaftsräumen“ und Einflußsphären um die Weltherrschaft aufzunehmen. Führende Repräsentanten des IG-Farben-Konzerns wie Krauch vertraten erwiesenermaßen diese Linie. Das gleiche galt für die Beherrscher der Deutschen Bank und für die Leiter anderer Banken und Großkonzerne, wie sie sich zahlreich im Aufsichtsrat der Kontinentale Öl AG zusammenfanden bzw. seit Anbeginn wesentliche Stützen der Vierjahresplangruppierung¹² darstellten.

Hitler und das OKW gingen auf der Linie der zuletzt skizzierten, am weitesten ausgreifenden Expansionspläne vor. „Der russische Raum berge unermeßliche Reichtümer“, meinte Hitler im Januar 1941; seien sie erst in deutscher Gewalt, so verfüge Deutschland „über alle Möglichkeiten, in Zukunft auch den Kampf gegen Kontinente zu führen, es könne dann von niemand mehr geschlagen werden“.¹³ Auf der Generalsversammlung am 30. März 1941 äußerte sich Hitler ähnlich über die „Begründung der Notwendigkeit, die russische Lage zu bereinigen. Nur so werden wir in der Lage sein, in zwei Jahren materiell und personell unsere Aufgaben in der Luft und auf den Weltmeeren zu meistern, wenn wir die Landfragen endgültig und gründlich lösen.“¹⁴ Im Entwurf der Weisung Nr. 32 schließlich

8 Siehe *Band I*, S. 235 ff.; *DZW*, Bd. 1, S. 555 f.

9 ZStA Potsdam, FS, Film 1741, Ms. d. Rede von Thomas am 4. 6. 1941.

10 Siehe *Band I*, S. 197 ff.

11 *Hallgarten, George W. F./Radkau, Joachim*, *Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute*, Frankfurt a. M./Köln 1974, S. 401.

12 Siehe *Band I*, S. 36 ff. u. passim.

13 *Fall Barbarossa*. Dokumente zur Vorbereitung der faschistischen Wehrmacht auf die Aggression gegen die Sowjetunion (1940/41). Ausgewählt u. eingeleitet von Erhard Moritz, Berlin 1970, S. 148, Dok. 37, Ausführungen Hitlers v. 9. 1. 1941.

14 *Der zweite Weltkrieg*. Dokumente. Ausgewählt u. eingeleitet von Gerhard Förster und Olaf Groehler, 2. Aufl. Berlin 1974, S. 102, Dok. 21, Tagebucheintragung des Chefs des Generalstabes des Heeres (Halder) üb. Ansprache Hitlers v. 30. 3. 1941.

entsprach die militärstrategische Zielsetzung „für die Zeit nach Barbarossa“ ganz dem, was die Gründer der Konti Öl erwarteten: „Fortsetzung des Kampfes gegen die britische Position im Mittelmeer und in Vorderasien durch konzentrischen Angriff, der aus Libyen durch Ägypten, aus Bulgarien durch die Türkei und unter Umständen auch aus Transkaukasien heraus durch den Iran vorgesehen ist“.¹⁵

b) Der Stand der Rüstung beim Überfall auf die UdSSR

Im September 1940 stand das im August konzipierte Rüstungsprogramm für den Überfall auf die UdSSR („Augustprogramm“) im einzelnen fest. Es erhielt die Bezeichnung „Rüstungsprogramm B“ („Barbarossa“). Hitlers Erlaß über die „Steigerung der Rüstung“ vom 28. September 1940¹⁶ schloß eine mehrwöchige Phase fiebriger Aktivität und zahlreicher vorbereitender Beratungen im OKW und in den Rüstungsdienststellen der Wehrmachtteile mit der Forderung ab, daß „bis zum 1. 4. 1941 ein möglichst hoher Stand in der Ausrüstung der geforderten Divisionen“ erreicht werde.¹⁷ Das gesamte „Kriegsheer 1941“ sollte binnen sieben Monaten, am 1. Mai 1941, die Stärke von mindestens 200 Divisionen haben. Das Feldheer sollte auf 180 Divisionen gebracht werden, darunter 20 Panzer- und 10 motorisierte Infanteriedivisionen.¹⁸

Gegenüber dem „Juniprogramm“¹⁹, das nach dem Waffenstillstand mit Frankreich aufgestellt worden war, sollten Heeresstärke und Heeresrüstung kurzfristig auf etwa das Anderthalbfache gesteigert werden. Außerdem blieben die großen Rüstungsprogramme für Kriegsmarine und Luftwaffe bestehen und wurden sogar noch erweitert. Es stand also folgendes riesige Rüstungsprogramm für die nächsten sechs bis sieben Monate fest²⁰:

Für das *Heer*: Ausrüstung für 180 Feld- und entsprechende Besatzungsdivisionen, insbesondere forcierte Verstärkung der Panzerwaffe und der Motorisierung;
für die *Kriegsmarine*: Unbefristete Weiterführung des „erweiterten U-Boot-Programms“ (d. h. U-Boote, Zerstörer, Torpedoboote, Minensuchboote, Schnell- und Räumboote) auch

15 *Fall Barbarossa*, S. 74, Dok. 11.

16 Ebenda, S. 212ff., Dok. 61.

17 Ebenda, S. 214.

18 Siehe *Band I*, S. 212ff.

19 Das „Juniprogramm“ (s. *DZW*, Bd. 1, S. 341f.) sah in der Fassung der „Führerentscheidung“ vom 13. 7. 1940 ein Heer von 146 (kurz vorher noch 120) Felddivisionen und 15 Besatzungsdivisionen vor sowie ein entsprechendes Heeresrüstungsprogramm, dessen Zielsetzungen innerhalb von drei Jahren erreicht werden sollten (ausführlich dazu beispielsweise Thomas in seiner Rede auf der Besprechung mit den Rüstungsinspektoren am 13. 9. 1940 (ZStA Potsdam, FS, Film 1777); s. a. *Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab) 1940–1945* (im folgenden: *KTB des OKW*), Bd. 1, Frankfurt a. M. 1965, S. 78 E, AN WiRüAmt „Steigerung der Rüstung“, 4. 11. 1940.

20 Nach *Fall Barbarossa*, S. 212f., Dok. 61 (wie Anm. 16); ebenda, S. 221, Dok. 63, Bericht WiRüAmt v. 10. 7. 1941. Die dazugehörigen „Dringlichkeitsstufen“ der Rüstungsproduktion führt Wagner an. (Wagner, *Raimund*, Die kriegsökonomische Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion und die Rolle der militärischen Wirtschaftsorganisation des Oberkommandos der faschistischen Wehrmacht, in *Auf antisowjetischem Kriegskurs*. Studien zur militärischen Vorbereitung des deutschen Imperialismus auf die Aggression gegen die UdSSR (1933–1941), Berlin 1970, S. 274f.).

über den 1. Januar 1942 hinaus, überdies die Fertigstellung der großen Überwasserstreitkräfte (darunter vier Schlachtschiffe); für die *Luftwaffe*: Durchführung des „Beschaffungsprogramms 18“ (d. h. gesteigerte Produktion von rund 30 Flugzeugtypen), außerdem schnellste Steigerung der Produktion von Flakgeschützen und Flakmunition.

Die für das kommende Jahr voraussehbare militärstrategische Lage ließ es den deutschen Imperialisten gleichermaßen als angeraten erscheinen, sowohl das große Heer für den „Blitzfeldzug“ bestens auszustatten als auch Marine und Luftwaffe für die ihnen zugeordneten Aufgaben in näherer und weiterer Zukunft möglichst stark aufzurüsten. Der für 1941 – wenn auch nur für wenige Monate – einkalkulierte Zweifrontenkrieg mußte die Situation für Hitlerdeutschland wesentlich komplizierter gestalten. Während das Heer in die Sowjetunion einfallen sollte, würde man, so rechneten die faschistischen Militärs, die West- und Nordflanke des Kontinents gegen die britische Flotte sichern müssen. Hierfür und für die geplanten späteren großen neuen Offensivoperationen gegen Großbritannien hielten sie eine möglichst starke Über- und Unterwasserflotte für unumgänglich notwendig. Was die Luftwaffe betraf, so hatte sie in den zehn Monaten vor dem Überfall auf die UdSSR (1. August 1940 bis 31. Mai 1941), besonders während der „Luftschlacht über England“, um das Anderthalbfache höhere Verluste als in der Zeit der Feldzüge in Polen, Nord- und Westeuropa zusammengenommen.²¹ Einer Einbuße von 5681 Flugzeugen in diesen Monaten (davon Totalverlust 3648) stand ein Zugang von 8119 gegenüber; an Kampfflugzeugen (Bombern) wog der Neuzugang von 2588 den Verlust von 2426 Flugzeugen nur knapp auf.²² Es erschien den Faschisten dringend geboten, ihre Kampfkraft in der Luft für den Osten wie für den Westen auf einen Höchststand zu bringen.

Die Vorhaben des „Rüstungsprogramms B“ überschritten bei dem gegebenen Grad der Mobilisierung des kriegswirtschaftlichen Potentials die wirtschaftlichen Möglichkeiten Hitlerdeutschlands. Unter den führenden Repräsentanten von Wehrmacht und Rüstungswirtschaft war die Meinung verbreitet, daß diese Vorhaben „das Leistungsvermögen der deutschen Industrie und Wirtschaft bei weitem übersteigen“²³. Im Herbst 1940 setzte daher ein wütendes Tauziehen um Regulierungskompetenzen, Dringlichkeitsstufen, Rohstoffkontingente und Arbeitskräfte ein. Das Reichswirtschaftsministerium beschuldigte das OKW, „ein vollständiges Durcheinander der gesamten Wirtschaft“ anzurichten²⁴; das OKW wandte sich voller Argwohn gegen die Machtaspirationen des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition in bezug auf Produktions- und Arbeitskräftelenkung; die Wehrmachtteile machten einander Kapazitäten und Dringlichkeiten streitig.

Das befohlene Rüstungsprogramm für „Barbarossa“ blieb überdies nicht unverändert bestehen. Neue Anforderungen traten hinzu. Im Verlauf des Winters 1940/41 wurde die Produktion aller stark bevorrateten Munitionsarten zwar gedrosselt; dafür trat aber bei allen drei Wehrmachtteilen neuer zusätzlicher Rüstungsbedarf auf. Beim Heer betraf das die Tropenausrüstung für das Afrikakorps (Rüstungsprogramm „Achse“) und die Aus-

21 Siehe ZStA Potsdam, FS, Film 2317, OKW-Ausarb. „Verlust- und Verbrauchszahlen der Wehrmacht 1. 8. 1940–31. 5. 1941“. Etwa entsprechende Gesamtverlustzahlen für rund 11 bzw. 12 Monate (bis 22. 6. 1941) bei Groehler (*Groehler, Olaf*, Geschichte des Luftkriegs 1910 bis 1970, Berlin 1974, S. 334; *derselbe*, Zum Aufbau und zur Entwicklung der faschistischen Luftwaffe bis zum Überfall auf die Sowjetunion, in *Auf antisowjetischem Kriegskurs*, S. 416f.).

22 Wie Anm. 21 (Film 2317).

23 *Fall Barbarossa*, S. 215, Dok. 62, AN WiRüAmt über das „Augustprogramm“, 6. 12. 1940.

24 ZStA Potsdam, FS, Film 1777, AN üb. Besprechung im RWiM am 1. 11. 1940.

rüstung „für einen eventuellen Gaskrieg“²⁵ gegen die Sowjetunion, bei der Kriegsmarine beträchtlich erhöhte Munitionsforderungen für Flak, mittlere und schwere Artillerie und bei der Luftwaffe die Forderungen des „Beschaffungsprogramms 19“, d. h. eine allgemeine Erhöhung der Flugzeugproduktion um rund 40 Prozent gegenüber dem „Beschaffungsprogramm 18“²⁶ sowie eine gesteigerte Produktion von Flakmunition²⁷.

Die Rüstungsmaschinerie Hitlerdeutschlands spielte sich Ende 1940/Anfang 1941 offensichtlich auf die „Umrüstung“ ein; sie lief von nun an in verschärftem Tempo. Wenn auch starke Zweifel anfangs die Fachleute aus dem OKW geplagt hatten, ob das Rüstungsprogramm B zu erfüllen sei, so sprach aus ihren späteren Berichten zunehmende Zufriedenheit mit den erzielten Erfolgen. In dem abschließenden Bericht über die Erfüllung des Rüstungsprogramms B²⁸ stellte das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt fest, daß ungeachtet der zahlreichen Programmänderungen im Laufe des Winters „die für die Berichtszeit vorgesehenen Fertigungsprogramme der Wehrmachtteile im großen und ganzen trotz großer Schwierigkeiten erfüllt werden“. Damit habe man „unter stärkster Anspannung des gesamten im großdeutschen Wirtschaftsraum sowie den besetzten Gebieten zur Verfügung stehenden Fertigungspotentials eine gewaltige Steigerung in der materiellen Ausrüstung der Wehrmacht erreicht . . . Durch Ausbau von neuen Kapazitäten für die Schwerpunktprogramme der drei Wehrmachtteile wurde sichergestellt, daß die für die nächste Zeit hier vorgesehenen Steigerungen auch tatsächlich erreicht werden.“ Doch reichte diese Anspannung der Kriegswirtschaft nicht dazu aus, alle Vorhaben der Wehrmachtspitze zu verwirklichen. „Es konnte daher nur der entsprechend der Kriegslage jeweils wichtigste Programmteil voll durchgeführt werden.“

Als vorrangig hatte sich im Laufe der Monate immer stärker die Heeresrüstung in den Vordergrund geschoben. Mit dem Bau von Kriegsschiffen war man daher zurückgeblieben; vor allem in der Armierung lagen die Produktionsziffern „aus Mangel an Kapazitäten teilweise sehr weit (um 26 Prozent bis 90 Prozent) hinter dem Soll zurück“. Auch das erweiterte U-Boot-Programm war „nicht voll erfüllt“ worden, obwohl hier die Steigerung „beträchtlich“ war. Die Luftwaffe meldete große Rückstände bei der Ausrüstung der Luftabwehr mit Waffen, Gerät und Munition und bei der Abwurfmunition (Spreng- und Brandbomben). Die Produktion von Flak-Artillerie war außer den schweren Kalibern (8,8 und 10,5 cm) „weit hinter dem Soll zurück“; „völlig unzureichend“ aber war die Bevorratung „bei sämtlichen Sprenggranaten“ für die schweren Kaliber.

Das Heer hingegen war mit Munition, abgesehen von wenigen Munitionsarten, „völlig hinreichend“, d. h. „meist weit über zwölfwachen Großkampf-Monatsverbrauch“ bevorratet. An Geschützen und Handfeuerwaffen wurde der vorgesehene Produktionsumfang

25 *Fall Barbarossa*, S. 222, Dok. 63, Bericht WiRüAmt v. 10. 7. 1941. — Was den Gaskrieg und die Produktion von Giftgas betraf, so notierte Keitel am 9. 5. 1941: „Dieser Frage kommt im Hinblick auf Barbarossa erhöhte Bedeutung zu.“ (ZStA Potsdam, FS, Film 1742, Vortragsnotiz WFS/Abt. L für Chef L: „Überblick über den Rüstungsstand des Heeres, Stand 1. 4. 1941 (Rote Hefte)“, 29. 4. 1941, Marginalnotiz Keitels v. 9. 5. 1941 (dort hs.: 9. 4.).

26 *Fall Barbarossa*, S. 221 (wie Anm. 23). — Das Luftwaffenbeschaffungsprogramm 19 blieb allerdings weitgehend auf dem Papier und war im Juni 1941 durch das „Göringprogramm“ schon wieder überholt (s. Abschn. 2).

27 Ebenda, S. 222 (wie Anm. 25).

28 ZStA Potsdam, FS, Film 2313, „Bericht über die Leistungen auf dem Gebiet der materiellen Wehrmachtrüstung in der Zeit vom 1. 9. 1940 bis 1. 4. 1941“ (WiRüAmt), mit Anlagen, v. 10. 7. 1941. Hiernach auch das Folgende (Teilabdruck in *Fall Barbarossa*, S. 221 ff., Dok. 63).

„größtenteils erreicht“. Die Ausstattung der Truppe allerdings war noch nicht komplett; „die notwendige Gesamtausstattung des Kriegsheeres 1941 wird – bis auf verschwindende Ausnahmen – bis August 1941 gedeckt“.

Die Munitionslage des Heeres, die nach Meinung des OKW „als sehr gut zu bezeichnen“ war²⁹, veranlaßte die Rüstungsdienststellen der Wehrmacht bei der Munitionsherstellung „zu einer weitgehenden Einschränkung, ja teilweise zur Stilllegung der Fertigungen ab 1. 4. 1941“³⁰. Die Bestellungen auf verschiedene Geschützarten wurden zugunsten der Flakproduktion gleichfalls herabgesetzt.

Die Rüstungsanstrengungen der deutschen Imperialisten seit dem Sommer 1940 erreichten in den ersten Monaten des Jahres 1941 ihren Höhepunkt. Am Vorabend des Überfalls auf die UdSSR stellte die faschistische Militärmaschine in der Tat einen gewaltigen, technisch modern und quantitativ gut ausgestatteten Vernichtungsapparat dar, wenn auch ihre Ausrüstung und die Modernisierung ihres Waffenbestandes mit der starken Vermehrung der Zahl der Divisionen nicht vollständig Schritt hielten.

Die Monatsproduktion an Panzern betrug im zweiten Quartal 1941 durchschnittlich 306 gegen 109 Stück im gleichen Zeitraum des Vorjahres.³¹ Der Bestand an Panzerkampfwagen und Sturmgeschützen aller Typen beim Heer wuchs vom 1. September 1940 bis zum 1. Juni 1941 von 3506 auf 5639 an; das bedeutete gegenüber dem Stand vom 1. September 1939 eine Steigerung um 76 Prozent, gegenüber dem vom 1. Mai 1940 eine solche um 66 Prozent.³²

Der Gesamtbestand des Heeres an Geschützen und Granatwerfern mit einem Kaliber von 7,5 cm und darüber belief sich am 1. Juni 1941 auf 27901.³³

Tabelle 1

Bestand an Heeresartillerie und Granatwerfern (Kaliber 7,5 und darüber) April 1940 und Juni 1941 (in Stck.)

	Stand 1. 4. 1940	Stand 1. 6. 1941
Leichtes Infanteriegeschütz 7,5 cm	3327	4176
Schweres Infanteriegeschütz 15 cm	465	867
Leichte Feldhaubitze 10,5 cm	5381	7076
Schwere Feldhaubitze 15 cm	2330	2867
Kanone 10 cm	700	760
Mörser 21 cm	124	388
Schwerer Granatwerfer 8 cm	6796	11767

Quelle: Müller-Hillebrand, Bd. 3, S. 29, S. 42, S. 180 u. S. 266–274 (Tab.): Müller-Hillebrand, Bd. 2, S. 55, S. 92; s. a. Lachmann, Manfred, Die Entwicklung der Bewaffnung des faschistischen deutschen Heeres bis zum Überfall auf die UdSSR, in Auf antisowjetischem Kriegskurs, S. 378.

²⁹ ZStA Potsdam, FS, Film 1742, Vortragsnotiz WFSt/Abt. L: „Überblick . . .“, 29. 4. 1941.

³⁰ Wie Anm. 28.

³¹ *The Effects of Strategic Bombing on the German War Economy. The United States Strategic Bombing Survey.* (Bearb. v.) Overall Economic Effects Division, o. O., Oktober 1945 (im folgenden: *The Effects*), S. 278, Tab. 104.

³² Müller-Hillebrand, Burkhart, *Der Zweifrontenkrieg. Das Heer vom Beginn des Feldzuges gegen die Sowjetunion bis zum Kriegsende* (= *Das Heer 1933–1945. Entwicklung des organisatorischen Aufbaues*, Bd. 3), Frankfurt a. M. 1969 (im folgenden: Müller-Hillebrand, Bd. 3), S. 274/275 (Tabelle).

³³ Ebenda, S. 180. Hier und in folgenden Zahlenangaben ohne Berücksichtigung der Beutewaffen.

Der Bestand an Panzerabwehrwaffen (Pak und Panzerbüchsen) stieg in dem von Tabelle 1 erfaßten Zeitraum von 13950 auf 40987 Stück. Es standen allerdings ausschließlich Kanonen kleineren Kalibers (hauptsächlich 3,7 cm), ferner Panzerabwehrbüchsen zur Verfügung.³⁴

Im Vergleich zum Waffenbestand des Heeres am 1. April 1940 bzw. zum Munitionsverbrauch während des Feldzugs gegen Frankreich vom 10. Mai bis zum 20. Juni 1940 – 42 „Großkampftage“ – betrug der Bestand am 1. Juni 1941³⁵:

bei leichten Infanteriegeschützen 7,5 cm:

an Waffen das 1,26fache und an Munition das 21fache

bei schweren Infanteriegeschützen 15 cm:

an Waffen das 1,86fache und an Munition das 15fache

bei leichten Feldhaubitzen 10,5 cm:

an Waffen das 1,31fache und an Munition das 18fache

bei schweren Feldhaubitzen 15 cm:

an Waffen das 1,23fache und an Munition das 9fache

bei Kanonen 10 cm:

an Waffen das 1,09fache und an Munition das 10fache

bei Granatwerfern 8 cm:

an Waffen das 1,73fache und an Munition das 28fache

bei Mörsern 21 cm:

an Waffen das 3,13fache und an Munition das 29fache.

Fast zehn Monate lang, von Juli 1940 bis April 1941, führte die faschistische Wehrmacht in Europa zu Lande keinen Krieg. In dieser Zeit häuften sich Munition, Waffen und Gerät – ganz abgesehen von der ungeheuren Beute – zu umfänglichen Vorräten, mit denen man, gemessen an dem Feldzug im Westen 1940, viele Monate hätte Krieg führen können. Die Bewaffnung der Heeresdivisionen hielt jedoch nicht ganz mit ihrer Vermehrung Schritt. Mit Artillerie war das Heer verhältnismäßig schwächer ausgerüstet als im Vorjahr, da nicht genügend Kraftfahrzeuge, besonders Zugmaschinen, vorhanden waren.³⁶ Ungeachtet der erheblichen Bestandszunahme an Panzern verringerte sich die Quote der Ausstattung der Panzerdivisionen mit Panzern; waren im Sommer 1940 die vorhandenen zehn Panzerdivisionen mit durchschnittlich je 258 Panzern ausgerüstet, so verfügten ein Jahr später 21 Panzerdivisionen über durchschnittlich je 196 Panzer.³⁷ Die Bestückung mit modernen Panzertypen entsprach ebenfalls nicht den Wünschen und Erwartungen der Faschisten. Vom Panzer IV, dem damals modernsten der in der Serienproduktion befindlichen Typen,

34 Müller-Hillebrand, Burkhart, Die Blitzfeldzüge 1939–1941. Das Heer im Kriege bis zum Beginn des Feldzuges gegen die Sowjetunion im Juni 1941 (= Das Heer 1933–1945. Entwicklung des organisatorischen Aufbaues, Bd. 2), Frankfurt a. M. 1956 (im folgenden: Müller-Hillebrand, Bd. 2), S. 108.

35 Derselbe, Bd. 3, S. 43 u. 180.

36 Derselbe, Bd. 2, S. 105. – Diese Lage war entstanden, obwohl die besetzten Gebiete eine bedeutende Entlastung brachten; so wurden allein mit in Frankreich neu produzierten Fahrzeugen und mit Beutefahrzeugen zu dieser Zeit nicht weniger als 88 Infanterie-, drei motorisierte Infanterie- und eine Panzerdivision ausgestattet (ebenda; s. a. Höhn, Hans, Der Aufbau des faschistischen Heeres zum Aggressionsinstrument gegen die UdSSR, in *Auf antisowjetischem Kriegskurs*, S. 336).

37 Ebenda, S. 107.

wurden im ersten Halbjahr nur 188 Stück hergestellt, d. h. knapp 12 Prozent aller erzeugten Panzer.³⁸

Auf dem Gebiet der Rohstoffherzeugung stand den deutschen Imperialisten in Deutschland und in den besetzten Teilen Europas ein beeindruckendes Potential zur Verfügung. Der Zweckpessimismus, den die Analysen der Rüstungsdienststellen der Wehrmacht über die Rohstofflage häufig verbreiteten, zielte auf die „totalere“ Mobilisierung dieses Potentials, besonders in den besetzten und noch zu besetzenden Ländern. Das war offensichtlich der Fall bei Nichteisenmetallen, besonders aber bei Mineralöl und bei Eisen und Stahl, die man sich in der UdSSR zu beschaffen hoffte. Bei Mineralöl fehlten nach Berechnungen des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes des OKW für das zweite Halbjahr 1941 über 40 Prozent des Kriegsbedarfs bis Oktober und rund 30 Prozent von Oktober an, wo man mit dem Ende des Feldzugs rechnete: „Die fehlenden Mengen müssen aus Rußland eingeführt werden.“³⁹

In den Monaten vor dem Überfall auf die UdSSR investierten Rüstungsdienststellen und Konzerne verstärkt in jenen Zweigen der Grundstoffindustrie und der Schwerchemie, die unmittelbare Lieferanten der Rüstungsindustrie waren. Diese Periode wurde zu einer der erfolgreichsten und profitträchtigsten für den IG-Farben-Konzern und andere mit dem Reichsamt für Wirtschaftsausbau und dem GB Chemie verbundenen Konzerne. Wie es im Bericht des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes vom 10. Juli 1941 hieß, „konnte der Ausbau der für die Wehrmachtfertigung ausschlaggebenden Grundstoffindustrien (Buna-, Treibstoff-, Aluminium-, Pulver- und Sprengstoffherzeugung) stark erweitert werden“⁴⁰. Die Kapazitäten für die synthetische Produktion von Mineralöl wuchsen von 1940 bis 1941 von 3,5 auf 4,2 Millionen t,⁴¹ bei Gummi (Buna) stieg die Produktion von 40000 auf 69000 t.⁴² 1942 sollten rund 100000 t Buna erzeugt werden.⁴³ Was Pulver und Sprengstoff anbetraf, so berichtete Krauch dem Generalrat des Vierjahresplanes am 24. Juni 1941 befriedigt: „Die Versorgungslage ist als sehr gesichert anzusehen.“⁴⁴

Den Zahlen nach ergab sich auf zahlreichen Gebieten der kriegswichtigen Produktion ein Übergewicht des Aggressors über die Sowjetunion. (Tabelle 2)

Die Verteidigungspolitik der UdSSR war seit geraumer Zeit verstärkt darauf gerichtet, die Abwehrbereitschaft des Landes zu erhöhen. Die Beschlüsse des XVIII. Parteitags der KPdSU (März 1939) trugen der wachsenden Kriegsgefahr Rechnung. Sie orientierten auf eine beschleunigte Entwicklung der Verteidigungsindustrie und auf die Stärkung der Kampfkraft der Streitkräfte.

Die vermehrten Rüstungsanstrengungen in der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges begannen zur Zeit des Überfalls erste Früchte zu tragen. Die sowjetischen Luftstreitkräfte waren den deutschen zwar noch unterlegen. Moderne Typen von Kriegsflugzeugen gingen erst in die Produktion oder wurden allmählich bei der Truppe eingeführt.⁴⁵ In der Produktion von Artillerie und Panzern aber stand die sowjetische Industrie keineswegs hinter

38 Ebenda.

39 ZStA Potsdam, FS, Film 1746, „Derzeitige Lage auf dem Rohstoffgebiet“, 4. 7. 1941.

40 Wie Anm. 28.

41 ZStA Potsdam, FS, Film 8322, Protokoll der Sitzung des Generalrats des Vierjahresplans am 24. 6. 1941 (Ausführungen Krauchs).

42 *The Effects*, S. 83, Tab. 43.

43 Wie Anm. 41.

44 Wie Anm. 41.

45 Siehe *Groehler*, Geschichte des Luftkriegs, S. 298 ff.

Tabelle 2
Produktionsziffern Hitlerdeutschlands (mit annektierten und okkupierten Gebieten) und der UdSSR
1941 bzw. 1940

	Maßeinheit	„Großdeutschland“ und besetzte Gebiete (1941)	UdSSR (1940)
Kohle (Braunkohle in Steinkohleeinheiten um- gerechnet)	Mill. t	402,8*	153,7
Roheisen	“	24,4	14,9
Stahl	“	31,8	18,3
Walzwerkerzeugnisse	“	22,5	13,1
Erdöl	“	4,7**	31,1 ⁰
Zement	“	13,4 ⁰⁰	5,7
Elektroenergie	Md. kWh	70,0 ⁰⁰	48,3
Metallbearbeitungsmaschinen	Stck.	197960 ⁰⁰	58500
Kraftwagen u. Traktoren	“	374000 ⁰⁰⁰	211700
davon LKW	“	64900 ⁰⁰⁰	136000
Lokomotiven	“	1918 ⁰⁰	914
Güterwaggons	“	44845 ⁰⁰	30900

* Kohlenwirtschaftsjahr 1940/41

** Ohne synthetische Produktion (4,1 Mill. t), aber mit Import aus Rumänien und Ungarn (2,8 Mill. t)

⁰ Mitunter findet sich die unrichtige Zahl von 44,5 Mill. t (so *DZW*, Bd. 1, S. 532 u. 570)

⁰⁰ Nur „Großdeutschland“

⁰⁰⁰ Wegen der Vergleichbarkeit Angabe für 1938 (Deutschland und Österreich)

Quelle: *Sovetskaja ekonomika v period Velikoj otečestvennoj vojny 1941–1945*, Red. I. A. Gladkov, Moskau 1970, S. 10, 29 u. 314; *Kravcenko, G. S.*, *Ekonomika SSSR v gody Velikoj Otečestvennoj vojny (1941–1945 gg.)*, 2. Aufl., Moskau 1970, S. 35 ff.; *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*, hrsg. v. Statistischen Reichsamte, Jg. 1941/42, S. 215; *The Effects*, S. 75, Tab. 37 u. passim; *Wagenführ, Rolf*, *Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945*, 2. Aufl., Berlin (West) 1963, S. 52, 171 u. 167; *Bleyer, Wolfgang*, *Der geheime Bericht über die Rüstung des faschistischen Deutschlands vom 27. Januar 1945*, in *JfW*, 1969, T. 2, S. 363; *DZW*, Bd. 1, S. 570.

der deutschen zurück. Moderne, den deutschen überlegene Panzertypen liefen bereits vom Fließband. Während der Ausstoß an deutschen Panzern im ersten Halbjahr 1941 insgesamt bei 1617 Stück lag⁴⁶, produzierte die sowjetische Industrie allein an schweren KW-Panzern 393 Stück und an mittleren Panzern T-34 1110 Stück.⁴⁷

Die deutschen Imperialisten erörterten hingegen in grober Fehleinschätzung der Lage schon im Frühjahr 1941⁴⁸ die „Möglichkeiten einer einschneidenden Rüstungsverlagerung

46 *The Effects*, S. 278, Tab. 104.

47 *Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion*. Hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Bd. 5, 1. Buch, Moskau 1974, S. 141.

48 Siehe *Moritz, Erhard*, *Zur Fehleinschätzung des sowjetischen Kriegspotentials durch die faschistische Wehrmachtführung in den Jahren 1935 bis 1941*, in *Auf antisowjetischem Kriegskurs*, S. 150 ff.

(vom Heer auf Luftwaffe und Kriegsmarine – D. E.) mit Abschluß des Sommerfeldzuges“. ⁴⁹ Gemäß dem Blitzkriegskonzept sollte dem Feldzug gegen die UdSSR in gewohnter Weise eine militärische und vor allem rüstungswirtschaftliche Atempause, Auffrischungs- und „Umrüstungs“phase folgen. Frühzeitig sollte „in gedanklicher Arbeit“ die „Verminderung des Heeres um etwa ein Drittel, unter Beibehaltung von 20 Pz.-Divn., 10 mot. Divn., 10 Geb. Divn.“ geprüft werden. ⁵⁰ Der Chef des OKW, Generalfeldmarschall Keitel, hielt es immerhin, seiner Marginalnotiz an der zitierten Ausarbeitung zufolge, für „richtig“, die „Anordnung der Maßnahmen erst, wenn der Sommerfeldzug die gewünschte klare Entscheidung absehen läßt“, zu treffen.

2. Die „Umrüstung“ vom Sommer 1941 und ihr Scheitern

a) Das „Göringprogramm“

Als am 22. Juni 1941 im Morgengrauen 153 deutsche Divisionen ⁵¹ über die UdSSR herfielen, die Kriegsfackel in Hunderte sowjetische Dörfer und Städte warfen, war dies ein schrecklicher Tag für das Sowjetland, zugleich aber der schwärzeste Tag in der deutschen Geschichte. Die deutschen Imperialisten hatten das deutsche Volk in einen ebenso verbrecherischen wie abenteuerlichen Krieg gegen das erste sozialistische Land der Erde gezerrt.

Ihr kriegswirtschaftliches Konzept für die folgenden Monate und Jahre lag zu diesem Zeitpunkt in seinen Umrissen bereits fest. Es entsprach voll und ganz ihren Vorstellungen vom weiteren Verlauf des Kampfes um die Weltherrschaft. Sein Kernpunkt und der Schwerpunkt der erneuten „Umrüstung“, die buchstäblich mit dem 22. Juni einsetzte, war eine Konzentration aller Kräfte auf die Lufrüstung, insbesondere auf die Produktion von Bombenflugzeugen. Hierin sahen die Faschisten den Schlüssel für das Eindringen in den Nahen und Mittleren Osten bis nach Indien, für weitere Erfolge im Mittelmeerraum und in Afrika, für den Kampf um die Britischen Inseln und schließlich für spätere Auseinandersetzungen über den Atlantik hinweg. Fest einkalkuliert hatten sie von vornherein die Zerschlagung der UdSSR binnen weniger Monate und die Verfügung über die wirtschaftlichen Reichtümer des Landes, insbesondere über das Erdöl.

⁴⁹ Wie Anm. 29. Hiernach auch das Folgende.

⁵⁰ Ebenda. – Eine ähnliche Konzeption der „Umrüstung“ hatte der GB Chemie unter einem anderen Aspekt bereits im Januar 1941 in einer Geheimdenkschrift niedergelegt, die sich mit der „Entwicklung der Rohstofflage bei langer Kriegsdauer“ befaßte. Die euphemistischen Voraussagen dieser Denkschrift waren an die „Grundforderung“ der „Luftsicherheit der deutschen Industrie“ geknüpft, diese wiederum an die „Ausschaltung der englischen Insel als amerikanischer (! – D. E.) Flugzeugträger“ durch wirksame Zufuhrblockade, die allein zum „Zusammenbruch“ Englands führen könne. Die Schlußfolgerungen für die Kriegswirtschaft lauteten: „U-Boot(e), Luftwaffe, Rohstoff-Chemie in vorderste Front. Alles andere steht zurück.“ Die „Lösung“ liege, so hieß es abschließend, allein in der „Arbeitseinsatzfrage“, und zwar durch die „Verminderung des Heeres zugunsten der Rohstoffsicherung, der Luftwaffen- und U-Boot-Verstärkung“. (ZStA Potsdam, FS, Film 1726, Denkschrift „Zur Entwicklung der Rohstofflage bei langer Kriegsdauer“ v. 28. 1. 1941 (=Nürnb. Dok. NI-8835).

⁵¹ *DZW*, Bd. 2, S. 25. – Am Überfall waren außerdem rund 40 Divisionen aus verbündeten und Satellitenstaaten sowie insgesamt 4300 Panzer, 42000 Geschütze und Granatwerfer und über 4000 Flugzeuge beteiligt.

Anfang April 1941 legte die Luftwaffenführung „anhand bereits weitgehend ausgearbeiteter Planungsunterlagen in Gestalt von Diagrammen dar, welchen Verlauf für die nächsten Jahre ihr Rüstungsprogramm voraussichtlich nehmen wird und welche Kapazitäten, Rohstoffe und Menschen hierzu benötigt werden“.⁵² Dem Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt erschienen „diese Forderungen sehr hoch gestellt“.⁵³

Göring und seine Berater bereiteten zugleich die Rüstungsorganisation der Luftwaffe auf das große zukünftige Rüstungsprogramm vor. Am 14. Mai berief Göring, unverkennbar nach dem Vorbild und als Konkurrenz des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition bzw. des Rüstungsbeirats, einen „Industrierat des Reichsmarschalls für die Fertigung von Luftwaffengerät“ aus sechs Vertretern führender Monopole, der unter dem Vorsitz von Generaloberst Ernst Udet, Generalluftzeugmeister und Chef des Technischen Amtes (Amt C) des Oberbefehlshabers der Luftwaffe, „die Erfahrungen maßgebender Industrieführer in größtmöglichem Maße für die Rüstungssteigerung der Luftwaffenindustrie zu verwerten“ hatte.⁵⁴ Ständiger Vertreter des Vorsitzenden war William Werner, ein führender Vertreter der Konzerngruppe Junkers/Auto Union. Er galt als der Rationalisierungsfachmann des Industrierats. Ihm zur Seite stand Richard Bruhn von der gleichen Konzerngruppe. Heinrich Koppenberg, der seine Karriere als Protégé Flicks begonnen und den Göring mit allen Vollmachten für die Leichtmetallversorgung der Luftwaffe versehen hatte, verstärkte als früherer Vorstandsvorsitzer des Junkers-Konzerns das Übergewicht dieser Gruppierung im Industrierat noch außerordentlich. Durch Karl Frydag waren ferner die Henschel Flugzeugwerke AG (Henschel-Konzern), durch Rudolf Egger (Büssing NAG/AEG), den Leiter der Wirtschaftsgruppe Fahrzeugindustrie, die führenden Konzerne des Automobil- und Motorenbaus und durch Karl Lange, den Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau, die großen Maschinenbaukonzerne vertreten.

Wenn der Industrierat der Luftwaffe dem Rüstungsbeirat oberflächlich nachgebildet und wie dieser zum Zweck der Rationalisierung und „Leistungssteigerung“ in der Rüstungsindustrie geschaffen war, so hatte er doch keinen organisatorischen Unterbau in Form von Ausschüssen und Arbeitsgemeinschaften. Die Vollmachten seiner Mitglieder waren durch das Fehlen einer eigenen Exekutive stark beschnitten. Alle geplanten Vorhaben und Maßnahmen sollten durch den Generalluftzeugmeister bestätigt werden, der sich zunächst sogar ihre „Durchführung im einzelnen“ vorbehielt.⁵⁵ Die personelle Basis des Industrierats war schmal, seine Zusammensetzung einseitig. Sein Rückhalt bei der Reichsgruppe Industrie war augenscheinlich unzureichend. Zunächst war nicht einmal der Leiter der Wirtschaftsgruppe Luftfahrtindustrie als Mitglied berufen worden. Montan-, Elektro- und Chemieindustrie waren nicht vertreten.

Die neue Form staatsmonopolistischer Regulierung in der Luftwaffenrüstung, die maßgebliche Kreise der hohen Luftwaffenbürokratie hiermit durchsetzten, gestattete ihnen, die starke Position innerhalb des staatsmonopolistischen Machtgefüges zu halten, die sie bislang – unter Ausnutzung des Konkurrenzkampfes der Flugzeugkonzerne, die nahezu

52 ZStA Potsdam, FS, Film 2313, AN WiRüAmt, 4. 4. 1941. Nach *Groehler*, Geschichte des Luftkriegs, S. 338, waren seit Februar 1941 Beratungen über das erwähnte neue Luftrüstungsprogramm im Gange.

53 Ebenda (Film 2313).

54 *Anatomie des Krieges*. Neue Dokumente zur Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges. Hrsg. v. Dietrich Eichholtz u. Wolfgang Schumann, Berlin 1969, S. 331, Dok. 161, RVfg. Udets v. 22. 5. 1941.

55 Ebenda.

vollständig von Staatsaufträgen, von staatlichen Krediten und Subventionen abhängig waren – behaupten konnten. Sie bezahlten das immerhin damit, daß der Industrierat in seiner Arbeitsfähigkeit und Effektivität stark beschränkt und gehemmt blieb. Im Oktober 1941 wurde er schließlich erheblich erweitert und reorganisiert.⁵⁶

Am 20. Juni 1941, zwei Tage vor dem Angriff auf die UdSSR, gab ein kurzer, aber inhaltschwerer Erlaß Hitlers über das „Luftwaffensonderprogramm“ den Weg frei für die Pläne der Luftwaffenführung: „Durch Einschränkung der Heeresrüstung können Fertigungsstätten und Arbeitskräfte freigemacht werden. Diese freigemachten Betriebsmittel sind über den Reichsminister für Bewaffnung und Munition in erster Linie für das erweiterte Luftwaffenprogramm zur Verfügung zu stellen . . . Die Aufteilung der freiwerdenden Betriebsmittel für das Luftwaffensonderprogramm und für die dringlichsten Programme des Heeres und der Marine regelt der Reichsminister für Bewaffnung und Munition.“⁵⁷ Daß dem Munitionsminister, der den Erlaß offensichtlich selbst entworfen und Hitler ohne Hinzuziehung des OKW sogleich hatte unterschreiben lassen⁵⁸, eine derartige Schlüsselstellung bei der kommenden „Umrüstung“ vorbehalten blieb, sollte sich bald als bedeutungsvoll erweisen.

In seinen grundsätzlichen „Richtlinien“ vom 14. Juli für die „personelle und materielle Rüstung“⁵⁹, die sich ausdrücklich auf die Weisung Nr. 32 bezogen, bekräftigte Hitler noch einmal kategorisch den Vorrang der Luftwaffenrüstung: „Der Schwerpunkt der Rüstung geht auf die Luftwaffe über, die in großem Umfange zu verstärken ist.“ Heer und Heeresrüstung seien „demnächst wesentlich zu verringern“, abgesehen von der Panzerwaffe; die Kriegsmarine habe sich auf das U-Boot-Programm zu beschränken. Für das „erweiterte Luft-Groß-Rüstungs-Programm“ seien „alle aus Wehrmacht und Wirtschaft verfügbaren Kräfte und Mittel“ einzusetzen. „Seine Verwirklichung bis zum Frühjahr 1942 ist von entscheidender Bedeutung für die Gesamtkriegsführung.“ Hitler bekräftigte noch einmal die Vollmachten des Reichsministers für Bewaffnung und Munition im Rahmen der gesamten „Umrüstung“.

Vom 23. Juni 1941 datierte das dicke Papierbündel des „Göringplans“ oder „Göringprogramms“, wie jenes besondere Luftwaffenrüstungsprogramm getauft wurde, das nach den Intentionen seiner Urheber auf Jahre hinaus im Mittelpunkt aller kriegswirtschaftlichen Anstrengungen des deutschen Imperialismus stehen sollte. Das Göringprogramm war keineswegs ein bloßes Flugzeugbauprogramm. Es umfaßte umfangreiche Pläne für die Produktion von Leichtmetall und Flugzeugtreibstoff sowie für die Produktion von Pulver und Sprengstoff, speziell für Zwecke des Luftkriegs, und schloß gewaltige Planungen für den Ausbau entsprechender Produktionskapazitäten ein, insbesondere für Aluminium. Es war leicht vorauszusehen, daß letzten Endes alle Bereiche der Kriegswirtschaft von den Auswirkungen des „Göringprogramms“ betroffen sein würden.

Den Kern dieses Programms bildete eine Vervierfachung der Stärke der Luftwaffe in zwei bis zweieinhalb Jahren. Die Chefs der Luftrüstung gingen von einer monatlichen Produktion von 1200 Maschinen aus, da die deutsche Gesamtproduktion an Flugzeugen

⁵⁶ Siehe S. 32.

⁵⁷ ZStA Potsdam, FS, Film 2312, Hitler-Erlaß v. 20. 6. 1941; Faks. in *DZW*, Bd. 2, S. 99.

⁵⁸ *Thomas, Georg*, Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918–1943/45). Hrsg. v. Wolfgang Birkenfeld, Boppard 1966, S. 533, Thomas an Keitel, 29. 6. 1941.

⁵⁹ *Hitlers Weisungen für die Kriegsführung 1939–1945*. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht. Hrsg. v. Walther Hubatsch, Frankfurt a. M. 1962, S. 136ff., Weisung Nr. 32 b (fehlerhaft abgedr. bei *Thomas*, S. 452ff.). Hiernach auch das Folgende.

einschließlich Übungs- und Transportflugzeugen auf ihrem vorläufigen Höhepunkt im März 1941 die Stückzahl von 1174 erreicht hatte.⁶⁰ Bis zum Sommer war sie allerdings wieder um über zehn Prozent abgesunken.⁶¹ Das erste Zwischenziel war eine „Verdoppelung um 1200 Kampfmaschinen“ („Elchprogramm“).⁶² Am 1. Juni 1942 sollte schließlich das Zweieinhalbfache der „heutigen Produktion“ – also monatlich 3000 Flugzeuge – erreicht sein.⁶³ In vier Monaten sollte ein Flugzeugmotorenwerk mit einer Kapazität von monatlich 1000 Motoren aus dem Boden gestampft werden.⁶⁴ Drei riesige neue Flugzeugfabriken sollten entstehen; für die betreffenden drei Konzerne – höchstwahrscheinlich Junkers, Heinkel und Messerschmitt – waren „bis zum 1. Dezember 1941 Werkbauten mit insgesamt 300000 m² Hallenfläche“ herzustellen.⁶⁵ Mindestens 400 Maschinen monatlich sollten, so erklärte Feldmarschall Milch am 26. Juni 1941, in Kürze „in den gut eingerichteten Firmen im russischen Raum“ produziert werden.⁶⁶ Milch verlangte, daß an Arbeitskräften zusätzlich zu den 1,3 Millionen, die schon in der Luftrüstung beschäftigt seien, mindestens weitere 3,5 Millionen neu gestellt würden.⁶⁷

Am 2. Juli beauftragte Todt in seiner Eigenschaft als „Generalbevollmächtigter für die Regelung der Bauwirtschaft“ (GB Bau) den Architekten der faschistischen Protzbauten und „Generalbauinspektor für die Neugestaltung der Reichshauptstadt“, Albert Speer, damit, „im Auftrage des Reichsmarschalls die Baumaßnahmen des Göringplanes durchzuführen“.⁶⁸

Auf der Sitzung am 23. Juni 1941 bei Göring⁶⁹, deren Datum das damals verabschiedete Göringprogramm trug, wurde vor allem ausführlich über den „Leichtmetallausbauplan“⁷⁰ beraten, einen der wichtigsten Bestandteile jenes Programms. Diesen Plan hatte das Reichsamt für Wirtschaftsausbau unter Krauch ausgearbeitet. Das Reichsamt faßte darin die Kapazitäten ganz Europas einschließlich der sowjetischen zusammen – ungeachtet „der Unsicherheit der in Rußland greifbaren Produktion“ – und errechnete für Anfang 1941 eine bestehende Gesamtkapazität von 531000 t jährlicher Produktion (davon Deutschland 220000 und „Rußland“ 124000 t). Hiervon ausgehend, „plante“ es einen Kapazitätswachstum auf das Doppelte binnen drei Jahren. 60 Prozent der Produktion sollten der Luftwaffe vorbehalten bleiben.⁷¹

60 *The Effects*, S. 277, Tab. 102.

61 Ebenda.

62 *Thomas*, S. 449, Protokoll (WiRüAmt) der Besprechung bei Staatssekretär Milch (RLM) v. 26. 6. 1941.

63 Ebenda.

64 Ebenda.

65 ZStA Potsdam, FS, Film 4566. Niederschrift üb. d. 2. Sitzung d. „Erfahrungsgemeinschaft Rüstungsausbau“ v. 31. 7. 1941.

66 Wie Anm. 62.

67 Wie Anm. 62.

68 ZStA Potsdam, FS, Film 4566, Vfg. GB Bau v. 2. 7. 1941.

69 BA Koblenz, R 2/5481, Protokoll der Sitzung; gedr. bei *Petrick, Fritz*, Zwei Schlüsseldokumente zur faschistischen „Aufteilung der europäischen Aluminiumindustrie“, in *JfW*, 1977, T. 1, (im folgenden: Zwei Schlüsseldokumente), S. 260 ff.

70 ZStA Potsdam, FS, Film 10763, „Göringplan vom 23. 6. 1941. Flugtreibstoff- und Leichtmetall-Ausbauplan“, 1. Fassung v. 25./26. 6. 1941; 2. Fassung „Stand 15. 7. 1941“, v. 22. 7. 1941. Hiernach auch das Folgende.

71 Ebenda, Film 1742, Vortragsnotiz WiRüAmt f. Keitel „Erweitertes Luftrüstungsprogramm“, 6. 7. 1941; Anlage: „Auswirkungen des Luftrüstungsprogramms auf dem Rohstoffgebiet.“

Tabelle 3

Produktionsplanung für Leichtmetall im faschistischen Machtbereich 1942–1945 (in 1000 t Jahresproduktion)

	Aluminium	Tonerde (Vorprodukt von Aluminium)	Magnesium
Erzeugung 1941	460	905	35,4
davon: „Großdeutschland“	247	495	30,2
Kapazität Ende 1941	630,9	1211,4	50,7
“ “ 1942	805,9	1537,9	70,6
“ “ 1943	931,9	1818,9	88,6
“ “ 1944	1028,9	2018,9	100,6
davon: „Großdeutschland“	336	653	68,3
„Rußland“	150	278	0,5
Norwegen	249	178	10
Frankreich	116	364	11
Italien	100	200	10
Balkan	45,2	145,9	—

Quelle: Wie Anm. 70 (1. Fassung); in der 2. Fassung noch erhöhte Zahlen.

Dieses Programm beruhte auf abenteuerlichen Vorstellungen und irrealen Voraussetzungen. Es umfaßte, wie in seiner Präambel zu lesen war, die „vollständige Neuschaffung nicht nur der Leichtmetall-Produktionsstätten, sondern sämtlicher Vorprodukte und deren Erzeugungstätten sowie eine Neuschaffung der umfangreichen notwendigen Energiemengen“. Sein Kernstück stellte der Plan dar, die Leichtmetallerzeugung in Norwegen auf der Grundlage seiner reichen Energiequellen zu konzentrieren und die norwegische Jahresproduktion von ca. 30000 t (1938/39) auf 260000 t Endkapazität zu steigern. Die Kosten dafür veranschlagte Koppenberg, der Generalvollmacht für das Norwegenprojekt hatte, auf anderthalb Milliarden Mark.⁷² Der Rohstoff Bauxit sollte vorwiegend aus Ungarn quer durch Europa nach Norwegen transportiert werden. Am Tage nach dem Angriff auf die UdSSR wurden im voraus schon die Bauxitlager im Norden der Sowjetunion den künftigen norwegischen Aluminiumhütten zugeteilt.⁷³

Die Konzeption für einen „Leichtmetallplan Norwegen“ war in der Vierjahresplanorganisation und bei der Luftwaffe schon im Frühjahr 1940 nach der Eroberung Norwegens entstanden. Der Plan hatte Ende 1940 erstmals Gestalt angenommen.⁷⁴ Schon damals war das Reichsluftfahrtministerium, mit Kreisen der Flugzeugindustrie (Junkers) und

72 Wie Anm. 69. — Koppenberg gedachte einen möglichst großen Anteil des bei diesem Riesengeschäft anfallenden Profits in die eigene Tasche zu wirtschaften und ließ die Planungen für das Projekt durch die von ihm vollständig beherrschte Mineralölbau-Gesellschaft mbH aufstellen (ebenda).

73 Ebenda.

74 Petrick, Zwei Schlüsseldokumente, S. 249ff.; Milward, Alan S., The Fascist Economy in Norway, Oxford 1972, bsd. S. 171ff.; Eichholtz, Dietrich, Die Norwegen-Denkschrift des IG-Farben-Konzerns von 1941, in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, Nr. 1–2/1974, S. 4ff.; ZStA Potsdam, FS, Film 8322, Ms. v. Eberhard Neukirch (Reichsamt für Wirtschaftsausbau): „Die Entwicklung des Leichtmetallausbaues im Vierjahresplan mit besonderer Berücksichtigung der Zeit des großdeutschen Freiheitskampfes ab 1939“, 5. 6. 1943.

der Banken (Dresdner Bank, Bank der Deutschen Luftfahrt) im Rücken, für den Geschmack der bisher im Aluminiumgeschäft führenden Monopole, der Vereinigten Aluminiumwerke (VAW), der Deutschen Bank und auch der IG Farbenindustrie AG, zu selbstherrlich vorgegangen. Das Ministerium hatte vor allem den Finanzierungsplan Krauchs und der VAW abgelehnt, eine hundertprozentig staatliche Finanzierung durchgesetzt⁷⁵ und sogar erklärt, es beanspruche „auch für die Zeit nach dem Kriege unter allen Umständen die Majorität und Führung“.⁷⁶ Obwohl nun Hauptbestandteil des Leichtmetallplans im Göringprogramm, blieb das Norwegenprojekt Ausdruck interner Gegensätze zwischen den beiden konkurrierenden Gruppierungen.

Bei der Aufstellung des „Flugtreibstoff-Ausbauplans“ dominierten hingegen der IG-Farben-Konzern und das von seinem Aufsichtsratsvorsitzen Krauch geleitete Reichsamt für Wirtschaftsausbau bzw. die ebenfalls von Krauch repräsentierte Dienststelle des GB Chemie vollständig. Dieses Projekt stellte den dritten Eckpfeiler des Göringprogramms dar.

Die Treibstofflage des deutschen Imperialismus war, gemessen an seinen Absichten und Zielen, prekär. Die Rüstungsdienststellen der Wehrmacht hatten in dieser Hinsicht bereits vor dem 22. Juni 1941 trostlose Zustände für den Herbst 1941 vorausgesagt. Nach Berechnungen des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts vom Mai 1941 mußten die Treibstoffvorräte der Wehrmacht in Höhe von fast 1 Million t binnen drei Monaten, d. h. bis September 1941, auf 220 000 t zusammenschrumpfen, davon allein der Vorrat an Flugtreibstoff von rund 210 000 auf 31 000 t.⁷⁷

Nach dem Flugbenzinplan des Göringprogramms sollte, ausgehend von einem Stand von 160 000 t monatlich, binnen eines Jahres (Mitte 1942) eine Kapazität von 260 000 t (3,12 Millionen t jährlich), Anfang 1943 sogar eine solche von 390 000 t (4,68 Millionen t jährlich) zur Verfügung stehen.⁷⁸ Für den damit verbundenen Bau mehrerer großer Hydrier- bzw. erdölverarbeitender Anlagen – für die großen Hydrierwerke in Pölitz, Wesseling und Magdeburg war die „Totalumstellung auf Erdölverarbeitung“ vorgesehen – forderte der GB Chemie enorme Mengen von Eisen und Stahl, an Bauvolumen, an Arbeitskräften, Devisen usw. Unter den „weiteren Voraussetzungen“ des Plans stand an erster Stelle die „Lieferung geeigneter Russen-Rohöle in Höhe bis zu 4 Mill. jato“, die ab Mitte 1943 voll, in Höhe von 1,5 Millionen t Jahresmenge aber schon ab Frühjahr 1942 (!) in Deutschland verarbeitet werden sollten. Die Gesamtmenge sollte vom Frühjahr 1943 an über eine Pipeline von Odessa nach Schlesien und nach Brück fließen, die später nach Pölitz bei Stettin bzw. an die Ostsee zu verlängern wäre.

Von Anfang an waren es also die Erdölquellen der Sowjetunion, deren Eroberung den

75 Ebenda (Ms. Neukirch).

76 BA Koblenz, R 2/5481, AN RMdF üb. Sitzung v. 25. 11. 1940.

77 ZStA Potsdam, FS, Film 1781, „Voraussichtliche Versorgungslage in den Sommermonaten 1941“, 20. 5. 1941. – Kritisch wurde die Treibstoffsituation tatsächlich ab Ende Oktober 1941 (*Reinhardt, Klaus*, Die Wende vor Moskau. Das Scheitern der Strategie Hitlers im Winter 1941/42, Stuttgart 1972, S. 116 ff.; *Birkenfeld, Wolfgang*, Der synthetische Treibstoff 1933–1945. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Wirtschafts- und Rüstungspolitik, Göttingen/Berlin (West)/Frankfurt a. M. 1964, (im folgenden: Treibstoff), S. 155 f.

78 Wie Anm. 70. Hiernach auch das Folgende. – Die Luftwaffe forderte sogar, daß die gesamte (zusätzliche) Produktion von Flugbenzin aus dem unerhört anlagen- und arbeitsaufwendigen Hochleistungstreibstoff (Hundertoktanbenzin) zu bestehen habe (ebenda, 2. Fassung d. Flugtreibstoffplans).

Hauptposten in der Treibstoffplanung des Göringprogramms bildete. Sogleich mit Beginn des Krieges gegen die UdSSR erfolgte daher die „Ausdehnung der Generalvollmacht des GB-Chem auf die besetzten *und noch zu besetzenden* Gebiete sowie die mit dem Reich in enger wirtschaftlicher Verbindung stehenden Länder“.⁷⁹

Die gesamten Forderungen Krauchs nach künftigen Erdöleinfuhren aus der UdSSR beliefen sich auf jährlich 9 Millionen t⁸⁰, die des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes auf 9,3 Millionen t für 1942 und auf 12,2 Millionen t für 1943.⁸¹ Demgegenüber stand 1941 ein Gesamtaufkommen von weniger als 9 Millionen t Mineralöl, über das der deutsche Imperialismus zu jener Zeit in dem von ihm beherrschten Teil Europas tatsächlich verfügte.⁸² Damit erklärte sich der Stoßseufzer von General Thomas: „Ohne Besitz des Kaukasus hat es keinen Zweck mehr, das Flugbenzinprogramm von Krauch weiter zu verfolgen.“⁸³

Die Investitionsvorhaben des GB Chemie auf dem Treibstoffgebiet rangierten von nun an in der allerhöchsten Dringlichkeitsstufe der Kriegswirtschaft; seine Anforderungen an Arbeitskräften beispielsweise waren „gleichrangig mit den Anforderungen des Motorenbaus für die Luftwaffe zu befriedigen“.⁸⁴ Damit „erreichte der Treibstoffausbau während der letzten Monate des Jahres (1941 – D. E.) eine Position innerhalb der deutschen Gesamtrüstung, die – von den letzten Kriegsmonaten abgesehen – einzig dasteht“.⁸⁵

Was der zuletzt zitierte Autor allerdings verschweigt⁸⁶, ist die mit Ausmaß und Abenteuerlichkeit der „Programme“ sprunghaft zunehmende Brutalisierung der Ausbeutung, die ihre Entsprechung in der Brutalisierung der faschistischen Kriegführung hatte und wie diese ein Ausdruck des klaffenden Widerspruchs zwischen Kriegszielen und -plänen einerseits, den realen wirtschaftlichen und militärischen Gegebenheiten und Möglichkeiten andererseits war. Der GB Chemie hatte bereits Ende 1940/Anfang 1941 mit Görings Hilfe begonnen, sich für die Bauvorhaben auf dem Gebiet der Treibstoff- und Bunaproduktion neue materielle und Arbeitskräftressourcen zu erschließen. Er machte sich die wirtschaftlichen Potenzen des Machtbereichs der SS zunutze und schloß mit Himmler ein enges Bündnis. Als Standort für eines der größten Hydrierwerke zur Herstellung von Hochleistungsflugtreibstoff sah er Auschwitz vor. Und so besiegelten der Schweiß, die Tränen und das Blut von Zehntausenden von Opfern des Naziregimes auf den Baustellen des Konzentrationslagers Auschwitz jenes menschenfeindliche Bündnis, das die deutschen

79 ZStA Potsdam, FS, Film 1741, Vortrag Dr. Ritter (GB Chemie) auf der Tagung der Rüstungsinspektoren: „Über die Arbeiten des Gen.-bevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung Prof. Dr. C. Krauch“, 21. 1. 1942; meine Hervorh.

80 ZStA Potsdam, FS, Film 8273, KTB d. WiRüAmt/Stab, Eintr. v. 23. 7. 1941 (üb. Bespr. Krauch – Thomas).

81 Wie Anm. 71. – Für das letzte Quartal 1941 berechnete Thomas das Defizit mit 1,74 Mill. Tonnen (ebenda).

82 *The Effects*, S. 75, Tab. 35 (ohne Lagerabgang). Die hier angegebene Zahl (8,9 Mill. t) enthält außer Treibstoff auch andere Mineralölprodukte; die Ziffer in der von Wagenführ (*Wagenführ, Rolf*, Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945, 2. Aufl., Berlin 1963, S. 171) aufgestellten „Kraftstoffbilanz“ (6,9 Mill. t) ist jedoch unvollständig in der Erfassung und zu niedrig.

83 Wie Anm. 80; Eintr. v. 29. 7. 1941.

84 ZStA Potsdam, FS, Film 4566, RVfg. RMfBuM an die Vorsitzenden der Prüfungskommission, 16. 7. 1941.

85 *Birkenfeld*, Treibstoff, S. 164.

86 Ebenda, S. 165 f., S. 174.

Rüstungsmonopole, voran der IG-Farben-Konzern, und die SS miteinander geschlossen hatten.⁸⁷

Das Göringprogramm war Ausfluß einer kriegswirtschaftlichen Konzeption von äußerster Aggressivität und Brutalität. Die Abenteuerlichkeit der Planungen lag ebenso auf der Hand wie ihre Gefährlichkeit.⁸⁸ Das wirtschaftliche Blitzkriegskonzept der deutschen Imperialisten erreichte darin seinen Höhepunkt – gerade zu einem Zeitpunkt, an dem es, ungeachtet aller Anfangserfolge im Osten, unwiderruflich zum Scheitern verurteilt war.

b) Ansätze zur „Umrüstung“

Die „Umsteuerung der Rüstung“ auf das Göringprogramm lief bei weitem nicht so schnell und reibungslos an, wie die rigorosen Befehle Hitlers und Görings es erwarten ließen. Das Durcheinander und Gegeneinander im staatsmonopolistischen Mechanismus der Kriegswirtschaft war zu keinem anderen Zeitpunkt während des Krieges größer als im zweiten Halbjahr 1941. Wesentliche Ursache hierfür waren in zunehmendem Maße die militärischen Ereignisse an der deutsch-sowjetischen Front. Anfangs machten sich aber auch andere Faktoren und Widersprüche ursächlich bemerkbar, die dem System immanent waren. Die unstillbare Gier der deutschen Imperialisten nach Expansion und Weltherrschaft stieß auf Grenzen in dem verfügbaren Wirtschaftspotential. Diese Grenzen waren freilich keine absoluten. Die Dialektik der Politik des Regimes war aber so beschaffen, daß die Barbarei und Skrupellosigkeit, mit der die Faschisten Krieg führten, andere Völker unterjochten, raubten und mordeten, mit ihren Skrupeln und Zweifeln hinsichtlich der Festigkeit des eigenen Hinterlandes, einschließlich der Massenbasis ihrer Diktatur, widerspruchsvoll korrespondierten.

In gewissem Grade hing hiermit der Tatbestand zusammen, daß es ihnen einstweilen nicht gelang, die Regulierungsvollmachten in der Kriegswirtschaft wirksam an einer Stelle zu konzentrieren und eine staatsmonopolistische Zentralgewalt zu schaffen, die mit Konsequenz jene Eingriffe in der Volkswirtschaft hätte vornehmen können, welche für die geplante „Umrüstung“ großen Stils erforderlich gewesen wären. Es war die Konkurrenzgesetzlichkeit des Systems, die sich vorerst als stärker erwies als die „eiserne Notwendigkeit“ des Krieges.

Mit dem Göringprogramm meldeten die Luftwaffenführung und die Vierjahresplan-Gruppierung ihren Anspruch auf staatsmonopolistische Alleinherrschaft an. Sollte das Programm verwirklicht oder zumindest erfolgreich in Angriff genommen werden, so mußten sie die kriegswirtschaftliche Regulierungsgewalt in einem bisher nicht dagewesenen Ausmaß bei sich konzentrieren. Eine seit langem akute Grundfrage des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland erschien in neuem Licht: Auf welche Kräftegruppierung würde die Führung in Rüstung und Kriegswirtschaft übergehen?

Die Ambitionen der Luftwaffe und des Vierjahresplans durchzusetzen, war aber zu einer Zeit undenkbar, in der gerade das Heer im Osten mit seiner vollen Kraft im Kampf gegen den – wie es sich herausstellte – stärksten und entschlossensten Gegner stand. Das Heer hätte damit seinen Einfluß auf den Gang der Kriegswirtschaft weitgehend eingebüßt; es

⁸⁷ Siehe S. 220f.

⁸⁸ Petzina legt allein Göring die „Irrealität“ des Göringprogramms zur Last; das Amt Krauch trage dafür keine Verantwortung (Petzina, Dieter, Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968 (im folgenden: Autarkiepolitik), S. 147).

hätte Entwicklung und effektiven Stand der Produktion seiner Ausrüstung nicht mehr maßgeblich regulieren können.

Abgesehen von den Rüstungsdienststellen des Heeres war es vor allem das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition unter Fritz Todt, dessen Interessen hierbei mitsprachen. Seit etwas über einem Jahr waren ihm von Hitler und Göring bedeutende Regulierungsvollmachten gerade auf dem Gebiet der Produktion der Heeresbewaffnung übertragen worden. General Thomas urteilte später, auf das Jahr 1941 zurückblickend: „Daß der RMfBuM auf weite Sicht anstrebte, die Gesamtrüstung bei sich zu vereinen, wurde immer klarer.“⁸⁹ Hinter dem Munitionsminister stand die Leitung der Reichsgruppe Industrie. Sein Ministerium war die Exekutive der großen Rüstungsmonopole, die Panzer, Waffen und Munition für das Heer produzierten. Unter diesen wiederum spielten die Montankonzerne, insbesondere die Ruhrkonzerne, die führende Rolle.

Todt deutete schon frühzeitig an, daß die Arbeitskräftelage es nicht erlauben werde, sogleich das Programm der Luftwaffe in Angriff zu nehmen. „Eine generelle Entlastung auf dem Arbeitsmarkt kann nach Auffassung von Dr. Todt erst im Herbst erfolgen.“⁹⁰ Was die Werkzeugmaschinen betraf, die ursprünglich für den Export in die UdSSR vorgesehen waren, so sollten sie nach Aufhebung der Tarnung von „Barbarossa“ „auf Luftwaffen-, Panzer- und Flakprogramm verteilt“ werden.⁹¹ All dies verriet keine große Neigung des Ministers, in absehbarer Zeit die Heeresrüstung zugunsten der Luftwaffe zu kürzen.

Daß es Todt gelang, sich in Hitlers Erlaß vom 20. Juni 1941⁹² eine zentrale Stellung bei der „Umrüstung“ vorbehalten zu lassen, kam nicht nur für die Luftwaffenführung, sondern auch für das OKW überraschend. Nach den Vollmachten aus diesem Erlaß hing das Schicksal der „Umrüstung“ weitgehend vom Reichsminister für Bewaffnung und Munition ab.

Am gleichen Tag ergingen neun Erlasse Görings⁹³, die Todt „veranlaßt“ hatte, ohne sich vorher mit der Wehrmachtführung abzusprechen.⁹⁴ Sie betrafen überwiegend die Regulierung des Arbeitskräfte-marktes und verschafften dem Munitionsminister wichtige neue Vollmachten auf diesem Gebiet, auf dem er bereits seit Anfang des Jahres eine sehr starke Position innehatte. Das Erlaßbündel hatte er Göring augenscheinlich mit dem Argument, das Luftwaffenprogramm besser mit Arbeitskräften versorgen zu wollen, vorgelegt. Göring übertrug ihm als GB Bau ferner die Verteilungsbefugnis für das Gesamtkontingent an Baueisen und Holz⁹⁵ – ebenfalls ein empfindlicher Eingriff in die Machtvollkommenheit des OKW, des Reichsamts für Wirtschaftsausbau und anderer Stellen.

Dem Heereswaffenamt und dem ihm übergeordneten Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres, Generaloberst Friedrich Fromm, blieb nichts anderes übrig als einzusehen, daß ihre Interessen jetzt eng mit denen des bisher heftig angefeindeten Munitionsministeriums verknüpft waren. Angesichts der gefestigten Position Todts fühlte sich Fromm so weit ermutigt, daß er sich unumwunden „gegen den Führerbefehl“ vom 20. Juni, d. h. gegen das Göringprogramm, aussprach.⁹⁶

89 Thomas, S. 257.

90 ZStA Potsdam, FS, Film 2325, AN üb. Bespr. zwischen Thomas u. Todt am 11. 6. 1941, 13. 6. 1941.

91 Ebenda. 92 Siehe S. 13.

93 ZStA Potsdam, FS, Film 2312, neun Erlasse Görings v. 20. 6. 1941, mit Rs. Todt v. 21. 6. 1941.

94 Thomas, S. 533, Thomas an Keitel üb. Bespr. mit Todt am 27. 6. 1941, 29. 6. 1941.

95 ZStA Potsdam, FS, Film 1746, Erlaß BfV, 3. 7. 1941.

96 Ebenda, Film 2313, AN WiRüAmt üb. „Stellungnahme OKH zum Führerbefehl vom 20. 6.“, 23. 6. 1941.

Todt nutzte die Bereitschaft des Chefs der Heeresrüstung zu Zugeständnissen sofort aus und gab am 21. Juni mit ihm gemeinsam den Erlaß über die Bildung einer Panzerkommission heraus, die er schon seit längerem⁹⁷ vorbereitet hatte. Der Erlaß begann mit einer eindeutigen Forderung nach Erhalt und Stärkung der „Schlagkraft des Heeres“ und damit der Heeresrüstung: „Das große Panzerprogramm des Heeres steht im Rahmen der Heeresrüstung an erster Stelle in höchster Dringlichkeitsstufe. Es stellt das Rückgrat dar für den Aufbau der schnellen Verbände und damit für die Schlagkraft des Heeres überhaupt. Es ist daher unumgänglich und unverzüglich notwendig, alle militärischen, technischen und fabrikatorischen Kräfte dienstlicher und ziviler Quellen zusammenzufassen und zu einheitlicher Planung, Erprobung und Fertigung zusammenzuführen.“⁹⁸ Das erwähnte Panzerprogramm war auf zwei Jahre berechnet; Hitler hatte befohlen, die „Zahl der Panzerdivisionen von 20 auf 36 zu erhöhen“⁹⁹ und sie mit neuen Typen schwerer Panzer auszustatten. In Anbetracht dieses und anderer umfangreicher Rüstungsvorhaben des Heeres beharrte Fromm darauf, die Einschränkung der Heeresrüstung müsse „über OKW durch den Führer in ihrem Umfang befohlen werden, bevor die praktischen Folgerungen daraus gezogen werden können“.¹⁰⁰

In anderer Hinsicht sollte die Bildung der Panzerkommission, der ersten einer ganzen Reihe von „Entwicklungskommissionen“ des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition, bald ihre Schattenseiten für die Heeresdienststellen zeigen. In der Kommission waren die Rüstungskonzerne durch ihre führenden Direktoren, Konstrukteure und Ingenieure vertreten und zeigten sich, zusammen mit den Beamten des Ministeriums, den Vertretern der Wehrmacht schon zahlenmäßig überlegen. Alle Rüstungsaufträge auf dem Gebiet der Panzerproduktion sollten der Kommission „zur vorherigen Mitprüfung im Sinne einer vereinfachten, leistungssteigernden Fertigung“ vorgelegt werden.¹⁰¹ Das Heer mußte seine Typenwünsche den Kommissionsbeschlüssen unterordnen. In der Möglichkeit, Waffentypen selbst zu konstruieren, wurde es faktisch immer stärker beschränkt. Den Vorsitz der Kommission hatte als ständiger Vertreter des Ministers Ferdinand Porsche, der Vorstandsvorsitz des Volkswagenwerks, inne.

Damit wurden, wenn auch vorerst nur für Panzerwagen, dem Heereswaffenamt bedeutende Kompetenzen entwunden, die weitgehend und unmittelbar in die Hände der maßgeblichen Panzerproduzenten unter den Rüstungskonzernen gelangten. Das Heer mußte seinen Anspruch aufgeben, in technischen und Konstruktionsangelegenheiten allein zu entscheiden, einen Anspruch, der sich nach den Erfahrungen der Rüstungskonzerne profit-

97 Siehe ebenda, Film 2312, AO Todts v. 11. 1. 1941. Gemäß dieser Anordnung wurde Direktor Oskar Hacker (Steyr-Daimler-Puch/Reichswerke-Konzern), bisher Geschäftsführer des Sonderausschusses Panzerwagen, zum „Sonderbeauftragten für Panzerwagen“ beim RMfBuM bestellt.

98 *Anatomie des Krieges*, S. 336, Dok. 164, Erlaß v. Todt u. Fromm, 21. 6. 1941.

99 ZStA Potsdam, FS, Film 8273, KTB d. WIRüAmt/Stab, Eintr. v. 14. 7. 1941; s. a. ebenda, Eintr. v. 26. 6. 1941. Reinhardt erwähnt eine Weisung Hitlers vom 13. Juli 1941, nach der „die bestehenden Panzer- und Infanteriedivisionen (mot.) bis zum 1. Mai 1942 auf 36 beziehungsweise 18 zu erhöhen“ waren, die jedoch aus drei vollen Regimentern bestehen sollten (Reinhardt, S. 29). Schon im Monat zuvor hatte Hitler den „Wunsch“ geäußert, das Panzerprogramm von 600 auf 900 gepanzerte Fahrzeuge monatlich zu erhöhen (wie Anm. 94). Der durchschnittliche monatliche Ausstoß lag von Januar bis Juni 1941 bei 270 Stück! (*The Effects*, S. 278, Tab. 104).

100 ZStA Potsdam, FS, Film 2313, FS Fromm an Warlimont (WFSt/Abt. L), 23. 6. 1941.

101 Wie Anm. 98.

mindernd auswirkte. Die Monopole lösten damit auf ihre Weise und zu ihren Gunsten den Widerspruch zwischen den Erfordernissen der rationalisierten und profitablen Serienproduktion von Panzern und dem Drängen der Wehrmacht auf ständige rascheste Anpassung der Konstruktionen an die modernen kriegstechnischen Anforderungen und an die Verhältnisse auf dem jeweiligen Kriegsschauplatz.

Der Reichsminister für Bewaffnung und Munition hatte sich gut gerüstet für die zu erwartende Auseinandersetzung mit der Luftwaffenführung um die entscheidenden Regulierungsvollmachten in der Kriegswirtschaft. Als Generalfeldmarschall Erhard Milch, Generalinspekteur der Luftwaffe und Staatssekretär im Reichsluftfahrtministerium, am 26. Juni 1941 das Göringprogramm vor Spitzenvertretern der Rüstungsdienststellen der Wehrmacht und des Vierjahresplans erläuterte und seine „besonderen umfassenden Vollmachten“¹⁰² herausstrich, wurde ihm – in Todts Abwesenheit – vorgehalten: „Führerbefehl vom 20. 6. an Reichsminister Todt steht im gewissen Widerspruch zu der Vollmacht und den Ausführungen des Feldmarschall Milch.“¹⁰³ Milch und Todt hatten daraufhin am folgenden Tag einen heftigen Zusammenstoß.¹⁰⁴ Thomas berichtete nach einer Aussprache mit Todt darüber: „Todt hatte anscheinend gedroht, beim Führer seine Ablösung zu erbitten, wenn Milch diese Vollmacht behält.“¹⁰⁵ Der Generalinspekteur der Luftwaffe war sich seiner Vollmachten aber durchaus nicht sehr sicher, da Göring, wie er sich Thomas gegenüber ausdrückte, „zwei Herzen in seiner Brust“ trage, „eines für die Luftwaffe und eines als Vorsitzender des Reichsverteidigungsrates“¹⁰⁶, d. h. als Verantwortlicher auch für die übrigen Bereiche von Wehrmachtrüstung und Kriegswirtschaft.

Für eine Zeitspanne von Wochen, höchstens wenigen Monaten blieb der Ausgang dieses internen Konflikts im Ungewissen, was nicht zuletzt mit der keineswegs entschiedenen Lage an der deutsch-sowjetischen Front zusammenhing. Für das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt des OKW lag hierin eine Chance. Es wählte sich im Kampf um eine zentrale Kommandostelle für die Kriegswirtschaft in einer besonders günstigen Situation. Die Idee, eine solche Stelle zu schaffen und selbst zu leiten, schwebte dem Chef des Amtes, General Thomas, seit Jahren vor und tauchte seit Kriegsbeginn immer von neuem in seinen Memoranden und Vortragsnotizen auf.

Das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt hatte im kriegswirtschaftlichen Regulierungsmechanismus immer noch eine starke Stellung. Seit Anfang 1941 war seine Position zwar in bestimmten empfindlichen Punkten zugunsten des Munitionsministeriums geschwächt worden, insgesamt hatte sich aber das Gewicht des Amtes für die sich anbahnende Auseinandersetzung um die „Umrüstung“ eher erhöht, besonders seit Göring ihm im Herbst 1940 die gesamte Vorbereitung auf die wirtschaftliche Ausplünderung der UdSSR, später die Geschäfts- und Federführung für den Wirtschaftsführungsstab Ost und die Dienstaufsicht über den Wirtschaftsstab Ost übertragen hatte.¹⁰⁷ Damals hatte sich das Amt jene

102 Thomas, S. 448, Protokoll WiRüAmt (Hünemann) üb. Bespr. b. Staatssekr. Milch am 26. 6. 1941.

103 Ebenda, S. 450. Siehe auch *Groehler*, Geschichte des Luftkriegs, S. 338.

104 Wie Anm. 94. – Albert Speer war Zeuge dieses Vorfalls (*Speer, Albert*, Erinnerungen, Berlin (West) 1971 (9. Aufl.), S. 198). Ludwig berichtet über zwei derartige Auseinandersetzungen (am 26. und am 27. 6.); *Ludwig, Karl-Heinz*, Technik und Ingenieure im Dritten Reich, Düsseldorf 1974 (im folgenden: *Ludwig*, Technik), S. 372 f.

105 Wie Anm. 94.

106 Wie Anm. 94 (S. 534).

107 Siehe *Band I*, S. 233 f.

weitgehende Zusicherung Görings beschafft, daß Todt „allein für die Fertigung eingesetzt sei und daß Führung der Rüstung einschließlich Rohstoffverteilung und Arbeitseinsatz allein beim OKW liegen könne, das ihn (Göring – D. E.) in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ministerrats für die Reichsverteidigung zu unterrichten habe“.¹⁰⁸

Ähnlichen Bescheid erhielt Todt, als er Ende Juni 1941 unmittelbar an Hitler die Forderung herantrug, es müsse jetzt „eine Stelle geschaffen werden, die rücksichtslos gegen die drei Oberbefehlshaber (der Wehrmachtteile – D. E.) entscheidet“.¹⁰⁹ Darauf suchte er, um nicht der Luftwaffe das Feld zu überlassen, zunächst einen Kompromiß mit dem Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt. Da zur gleichen Zeit auch Milch dieses Amt um Hilfe anging, fühlte Thomas sich in seiner Meinung bestärkt, „daß zur Zeit eine besonders günstige Lage ist, die Führung der Rüstung beim OKW wieder fest in die Hand zu nehmen“.¹¹⁰

Während das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt sich aber in den folgenden Wochen des langen und breiten über die „Unmöglichkeit“ ausließ, das Göringprogramm oder gar alle Rüstungsvorhaben der Wehrmacht zugleich zu verwirklichen, während es die unbequemen Forderungen auf „rücksichtsloses Zusammenstreichen“ der Rüstungsprogramme von Heer und Marine vertrat¹¹¹ und erneut wegen einer „zentralen Wehrmacht-Planungsstelle“ vorstellig wurde¹¹², handelte das Munitionsministerium ohne Verzögerung. Todts Erlaß vom 11. Juli 1941¹¹³ erschien noch vor dem Erlaß Hitlers vom 14. Juli und ließ gar keinen Zweifel daran, daß der Munitionsminister die ihm im Erlaß vom 20. Juni vorbehaltene zentrale Stellung bei der „Umrüstung“ niemandem abzutreten gedachte. „Todt hat“, so notierte Thomas am 14. Juli, „von sich aus eine Verfügung über die Umsteuerung der Rüstung auf das neue Luftwaffenprogramm herausgegeben . . . Damit zieht Todt auch die Kapazitätsverteilung an sich.“¹¹⁴

Das neue Luftwaffenprogramm, so hieß es eingangs in Todts Erlaß, bedinge eine „erhebliche Verstärkung“ der Luftwaffenrüstung.¹¹⁵ Von einer „Senkung der Fertigungszahlen“ blieben jedoch das „Panzerprogramm, die reine U-Boot-Fertigung einschließlich der Torpedos sowie die Flakmunitions- und Flakrohrfertigung und Sonderfertigungen auf Grund höchster Entscheidung ausgenommen“. Ein von Todt eingesetzter „Kapazitätenausschuß“ unter seinem altgedienten Mitarbeiter Georg Rickhey (Demag), in den OKW und Wehrmachtteile je einen Vertreter entsenden sollten, entschied über die Übertragung von Rüstungskapazitäten vor allem des Heeres auf die Luftwaffe. Die Übertragung – im Erlaß stets „Austausch von Kapazitäten“ (!) genannt – sollte möglichst so vor sich gehen, daß ganze Betriebe von Heeresaufträgen freigemacht würden. Mit diesen Aufträgen seien „nur einige wenige Formen möglichst hundertprozentig weiterzubeschäftigen“; sie sollten auf solche Betriebe konzentriert werden, „die am rationellsten arbeiten“. Das konnte nur bedeuten, daß die großen, führenden Heereslieferanten weiterhin und womöglich noch ausschließlicher für die Heeresrüstung produzierten. Zur gleichen Zeit setzte der Munitions-

108 ZStA Potsdam, Fall XI, Nr. 415, Bl. 153, Dok. PS-1456, AN Thomas' üb. Vortrag bei Göring, 6. 11. 1940.

109 Wie Anm. 94.

110 Wie Anm. 94 (S. 534).

111 Wie Anm. 99; div. Eintr. Juni–August 1941 (bsd. 26. 6., 1. 7., 1. 8., 4. 8., 8. 8.).

112 *Fall Barbarossa*, S. 225, Dok. 63, Bericht WiRüAmt v. 10. 7. 1941.

113 ZStA Potsdam, FS, Film 4186, Erlaß Todts betr. „Austausch von Kapazitäten“, 11. 7. 1941.

114 Wie Anm. 99; Eintr. v. 14. 7. 1941.

115 Wie Anm. 113. Hiernach auch das Folgende.

minister zum Beispiel in allen 31 Firmen, die in ihrem Produktionsprogramm Ersatzteile für Panzer führten – darunter Alkett, Daimler-Benz, Krupp, Henschel und Maybach –, Sonderbeauftragte ein. Mit höchster Dringlichkeit sollten „Engpaßersatzteile“ für die Ostfront produziert werden, um die erschreckenden Panzerausfälle wettzumachen. Die Beauftragten hatten „alle erforderlichen Maschinen auf 24stündige Arbeitszeit zu programmieren“, und zwar für die „nächsten Wochen“.¹¹⁶

Die alleinige Verfügungsgewalt über die freiwerdenden Arbeitskräfte erhielten die Prüfungskommissionen, die ebenfalls dem Munitionsminister unterstanden.¹¹⁷ Der Generalflugzeugmeister hatte seine Anforderungen dem Ministerium bzw. dem Kapazitätenausschuß mitzuteilen. Er war, ebenso wie die Dienststellen von Heer und Kriegsmarine, „nicht befugt“, Weisungen unmittelbar an die Betriebe zu geben. Alle endgültigen Entscheidungen lagen beim Munitionsminister.

Mit seinem Erlaß legte sich Todt zwar auf ein bestimmtes Verfahren der „Umrüstung“ zugunsten der Luftwaffenrüstung fest; er konzentrierte aber wichtige Vollmachten für die Regulierung dieses Prozesses in seiner Hand, und ihm blieb es auch weitgehend überlassen, das Tempo des Vorgehens zu bestimmen. Im Laufe des Augusts beschwerte sich die Luftwaffenführung des öfteren, „daß Todts Kapazitätenumlagerung zu langsam vor sich geht“¹¹⁸ und daß die „Umsteuerung der Rüstung“ sich „praktisch . . . noch nicht ausgewirkt“ habe.¹¹⁹ Immerhin begann das OKH noch im Juli 1941 damit, lange Listen über die „Streichung und Kürzung von Wehrmachtsaufträgen“ anzulegen, zuerst für weniger wichtiges Kriegsgerät und Zubehör, bald auch für „Großwaffen“. Das OKM folgte diesem Beispiel. „Drosselungslisten“ gingen an die Rüstungsinspektionen und -kommandos, diese wiederum machten „Drosselungsvorschläge“, und schließlich erhielten die Betriebe entsprechende „Drosselungsschreiben“.¹²⁰

Die hiermit einsetzenden Veränderungen in der Struktur der deutschen Kriegsproduktion entsprachen ihrem Umfang nach allerdings keineswegs dem, was die Urheber des Göringprogramms für nötig hielten. Ihr Tempo verlangsamte sich in dem gleichen Maße wie der Vormarsch der faschistischen Armeen auf sowjetischem Boden. Wie sie sich tatsächlich auf die Luftwaffenrüstung auswirkten, ist nicht leicht zu beurteilen, zumal da diese Auswirkungen gebietsweise und je nach Industriezweig sehr unterschiedlich waren. Es gab Rüstungsinspektionen, die nach einem Vierteljahr die „Umsteuerung der Heeresfertigung“ als „restlos abgeschlossen“ meldeten und über ihr Ergebnis ausdrücklich vermerkten, es habe statt einer großzügigen Freisetzung im Endeffekt „nur eine rein innerbetriebliche Umsetzung der Arbeitskräfte“ stattgefunden; denn anstelle der annullierten oder gekürzten Heeresaufträge seien neue Waffen und Geräte in Produktion genommen worden.¹²¹

116 Zur gleichen Zeit setzte der Munitionsminister zum Beispiel in allen 31 Firmen, die in ihrem Produktionsprogramm Ersatzteile für Panzer führten – darunter Alkett, Daimler-Benz, Krupp, Henschel und Maybach –, Sonderbeauftragte ein. Mit höchster Dringlichkeit sollten „Engpaßersatzteile“ für die Ostfront produziert werden, um die erschreckenden Panzerausfälle zu vermindern. Die Beauftragten hatten „alle erforderlichen Maschinen auf 24stündige Arbeitszeit zu programmieren“, und zwar für die „nächsten Wochen“ (*Ludwig*, Technik, S. 375; zit. Vfgg. RMfBuM v. 12. u. 21. 7. 1941).

117 Siehe S. 180 f.

118 Wie Anm. 99, Eintr. v. 2. 8. 1941.

119 ZStA Potsdam, FS, Film 1781, (monatl.) Lagebericht der RüIn III (Berlin), 15. 8. 1941.

120 Div. Mat. hierzu für Juli–Oktober 1941 in: ZStA Potsdam, FS, Film 2313 und 3643.

121 Ebenda, Film 1781, (monatl.) Lagebericht der RüIn VI (Münster), 14. 11. 1941.

In Lageberichten der Wirtschafts- bzw. Industrie- und Handelskammern an die Reichswirtschaftskammer hieß es für den Zeitraum August/September 1941, der angeordnete Kapazitätenaustausch zugunsten der Luftwaffe habe sich „noch nicht weiter ausgewirkt. Die bisherigen Aufträge laufen im wesentlichen weiter.“¹²²

Die für die Heeresrüstung Verantwortlichen im OKH und in den Rüstungsinspektionen waren indessen nach wie vor beunruhigt. Sie wandten sich mit zunehmendem Nachdruck gegen den geplanten raschen Abbau der Heeresrüstung aus der Befürchtung heraus, „daß die vom OKH befohlenen Kapazitäten eines Tages nurmehr auf dem Papier stehen“ könnten.¹²³ Wenn erst „die Arbeiter und Kapazitäten durch andere Wehrmachtteile in Anspruch genommen“ seien, so argumentierten sie mit dem unmißverständlichen Hinweis auf die zunehmende Verlangsamung des Vormarsches in der Sowjetunion, würden sie „dem Heer . . . nicht mehr zur Verfügung stehen“.¹²⁴ Der Reichsminister für Bewaffnung und Munition schließlich äußerte am 1. Oktober gegenüber dem Reichsarbeitsminister anlässlich des Abzugs französischer Zwangsarbeiter von Bauvorhaben des Heeres (Panzerfertigung) und der Marine unumwunden, „daß diese einseitige Förderung der Luftwaffenfertigung unter völliger Hintansetzung der wichtigsten Rüstungsbauvorhaben nicht im Interesse der gesamten Aufrüstung gelegen ist“.¹²⁵

Die Produktion von Kriegsflugzeugen entwickelte sich tatsächlich in einer den Wünschen und Plänen der Strategen des Göringprogramms genau entgegengesetzten Richtung. Sie sank von ihrem Höhepunkt im März 1941 bis zum November von 1174 auf 895 Maschinen ab – das bei den rapide wachsenden Verlusten im Osten – und überschritt dieses Niveau wesentlich erst vom Frühjahr 1942 an.¹²⁶ Allerdings entstanden gerade in dieser Zeit sehr umfangreiche neue Werkanlagen für die Flugzeugindustrie. Die Dienststelle des „Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt“, d. h. Albert Speers, die diese Bauten ausführte, stand in fast täglichem Arbeitskontakt sowohl mit dem Generalinspekteur der Luftwaffe als vor allem auch mit dem Munitionsminister, der in Personalunion Generalbevollmächtigter für die Regelung der Bauwirtschaft war. Nach der Arbeitskräftebilanz der überwiegend für die Rüstung produzierenden und unmittelbar von Wehrmachtsdienststellen betreuten Betriebe, der sogenannten W- oder A-Betriebe, in denen Mitte 1941 rund 45 Prozent aller in der Industrie Beschäftigten tätig waren¹²⁷, wuchs die Beschäftigtenzahl der hauptsächlich für die Luftwaffe arbeitenden Betriebe nicht unbedeutend, ohne daß jedoch die für das Heer arbeitenden Werke Arbeitskräfte in größerer Anzahl einbüßten.

Der Zuwachs bei den für die Luftwaffe arbeitenden Betrieben beruhte also so gut wie ausschließlich darauf, daß Arbeitskräfte außerhalb der W-Betriebe einschließlich ausländischer Zwangsarbeiter für diese verpflichtet wurden. Immerhin ist zusätzlich mit einer gewissen – geringen – Zahl von Arbeitskräften zu rechnen, die innerhalb der W-Betriebe des Heeres und der Marine auf Aufträge der Luftwaffe „umgesetzt“ wurden. (Tabelle 4)

In einer später ausgearbeiteten Studie resümierte man im OKW, „daß die Führerlasse vom 20. Juni bzw. 14. Juli 1941 verhältnismäßig nur geringe Wirkung in der Rüstungs-

122 BA Koblenz, R 11/78, Auszüge aus den Lageberichten für Mitte Aug./Mitte Sept. 1941.

123 ZStA Potsdam, FS, Film 3643, AN RKdo Augsburg, Gruppe Heer, üb. Bespr. am 2. 9. 1941, 3. 9. 1941.

124 Ebenda, Film 2313, Chef HRüst/BdE an Chef OKW, 18. 9. 1941.

125 Ebenda, Film 4566, RMfBuM an RArbM, 1. 10. 1941.

126 *The Effects*, S. 277, Tab. 102.

127 Ebenda, S. 214, Tab. 13; S. 213, Tab. 11.

Tabelle 4
Beschäftigte der W-Betriebe (in 1 000)

	Insgesamt	davon Heer	Luftwaffe	Kriegsmarine
31. 3. 1941	4325,7	1395,6	1341,6	545,4
30. 6. 1941	4516,5	1397,4	1519,1	598,4
31. 12. 1941	4694,0	1390,7	1762,4	620,6

Quelle: ZStA Potsdam, FS, Film 8297, Aufstellung RMfBuM über Arbeitskräftelage der W-Betriebe, 10. 8. 1932.

industrie“ gehabt hätten und daß die „Umrüstung“ insgesamt „nicht so einschneidende Änderungen“ in der Kriegswirtschaft bewirkt habe.¹²⁸

c) Die Krise des wirtschaftlichen Blitzkriegskonzepts

Die Konflikte innerhalb des staatsmonopolistischen Mechanismus der Kriegswirtschaft waren keineswegs ein Symptom dafür, daß die herrschenden Kreise Hitlerdeutschlands sich etwa nicht über die strategische und rüstungswirtschaftliche Linie einig gewesen wären, die dem Göringprogramm zugrunde lag. Im Gegenteil, die Hoffnung auf einen entscheidenden Sieg über die UdSSR binnen weniger Monate einte sie, und die Umrüstung auf einen künftigen Kampf gegen die anglo-amerikanisch beherrschte Hemisphäre stand im Mittelpunkt ihrer strategischen Konzeption. Auch Todt und der von ihm mit den Bauten für die Flugzeugindustrie betraute Speer verwendeten seit Juni 1941 einen großen Teil ihrer Energie darauf, das Umrüstungskonzept zu verwirklichen.

Was die gesamte „Umrüstung“ von Anfang an illusorisch machte, die genannten Konflikte schürte und das Göringprogramm binnen kurzem in der Versenkung verschwinden ließ, waren vielmehr die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz im Osten. Der Verlauf der Kämpfe an der deutsch-sowjetischen Front nahm schon nach wenigen Wochen der ersten Anfangserfolge der Wehrmacht nachweislich Einfluß auf das kriegswirtschaftliche Geschehen.

Die Rote Armee durchkreuzte mit ihrem heroischen Widerstand den Zeitplan der Aggressoren auf empfindlichste Weise. Ende Juli mußte die Heeresgruppe Mitte vor Smolensk für längere Zeit zur Verteidigung übergehen. Im Norden stockte der Vormarsch der deutschen Truppen vor Leningrad, im Süden vor Kiew. Bis Anfang September verlor die Hitlerwehrmacht im Osten beispielsweise über 1800 Panzerkampfwagen, d. h. 53 Prozent ihres ursprünglichen Bestandes.¹²⁹ Die Totalverluste beliefen sich allein im Juli und August auf insgesamt 1350 Panzer.¹³⁰ Monatsverluste in dieser Höhe erlitten die Faschisten erst wieder im Jahre 1943. Die Mannschaftsverluste des Heeres an der deutsch-sowjetischen Front betragen bis Ende August 410000 Mann.¹³¹ Im September und Oktober verlangsamte sich angesichts dringender Forderungen des Heeres nach Nachschub an Munition

128 ZStA Potsdam, FS, Film 2325, Studie üb. „Umrüstung“ v. Oberst Dr. Hedler, o. D. (etwa Mai/Juni 1942).

129 Müller-Hillebrand, Bd. 3, S. 205.

130 Ebenda, Tab. S. 274/75.

131 DZW, Bd. 2, S. 67.

und nach neuen Waffen das Tempo der „Umrüstung“ immer mehr. Ende Oktober lief sich die erste, Ende November die zweite Offensive der faschistischen Truppen gegen Moskau fest. Während der großen sowjetischen Gegenoffensive, die am 5./6. Dezember begann, brachen die Blitzkriegsstrategie und mit ihr das Göringprogramm endgültig und vollständig zusammen.

Diese Entwicklung war die eigentliche Ursache für das Scheitern der „Umrüstung“ im zweiten Halbjahr 1941. Zwar veranlaßte erst die sowjetische Gegenoffensive im Dezember die deutschen Imperialisten, sich ernstlich auf die neue kriegswirtschaftliche Lage einzustellen; aber schon seit Mitte August erwiesen sich die Ereignisse an der deutsch-sowjetischen Front als der entscheidende ursächliche Faktor für das Scheitern des wirtschaftlichen Blitzkriegskonzepts.

Maßgebliche Kreise des Regimes hielten es angesichts der hohen eigenen Verluste an Menschen und an Rüstungsmaterial für zu riskant, die Heeresrüstung schon jetzt so drastisch zu kürzen, wie die „Umrüstung“ es erfordert hätte. Es war die Wehrmachtführung, die zuerst den unvermutet harten Widerstand des Gegners und die außergewöhnlich hohen eigenen Verluste registrierte und daher selbst das Signal zur Verlangsamung der „Umrüstung“ und zu erheblichen Abstrichen davon gab. Am 16. August 1941 beriet Generalfeldmarschall Keitel mit dem Munitionsminister und den Chefs der Rüstungsdienststellen der Wehrmacht nach zweitägigen Vorbesprechungen über die Verwirklichung des Hitler-Erlasses vom 14. Juli. Der Verlauf dieser Besprechung zeugte von dem völlig vergeblichen Bemühen, den Erlaß und damit die „Umrüstung“ weiterhin als reale Planorientierung zu betrachten. Die obersten Instanzen der Wehrmachtrüstung und der Kriegswirtschaft mußten es sich eingestehen, daß die Voraussetzungen dafür – der Sieg über die UdSSR und die Verfügung über ihre wirtschaftlichen Reichtümer – ganz im unklaren lagen.

Keitel verkündete zwar in hohler Prahlerei, der Wehrmacht könne „im Erdkampf ein ernst zu nehmender Gegner nicht mehr erstehen“¹³²; er mußte aber zugleich als „retardierende Momente“¹³³ für die befohlene „Umrüstung“ großen Arbeitskräfte- und Rohstoffmangel hervorheben. Zwar meinte er, „daß die Schwerpunktforderungen erfüllbar seien, erklärte aber im gleichen Atemzug: „Die eingereichten Forderungen (der Wehrmachtteile – D. E.) kann ich nicht erfüllen.“¹³⁴ Als feststehend gab er bekannt, daß das Panzerprogramm auf den monatlichen Produktionsausstoß von 600 Panzern – statt des früher geplanten von 900 oder gar von „Idealforderungen“ nach 2000 Panzern¹³⁵ – zuzüglich einer bestimmten Zahl neuentwickelter schwerster(Tiger-)Panzer (erst 50, dann 25 Stück¹³⁶) beschränkt worden sei. Damit war das Ziel vom Juni/Juli, 36 Panzerdivisionen aufzustellen, in unabsehbare Ferne gerückt; wenige Tage nach der Beratung schoben Hitler und seine Generale auch den schon am 8. August reduzierten Plan auf, der vorsah, 30 solcher Divisionen zu bilden.¹³⁷

132 Thomas, S. 459, Protokoll d. „Besprechung Chef OKW mit den Wehrmachtteilen am 16. 8. 41“, v. 18. 8. 1941.

133 Ebenda, S. 460.

134 ZStA Potsdam, FS, Film 1742, Konzept Keitels f. „Rüstungsbesprechung 16. 8. 1941: Stichworte für meine Ausführungen“.

135 Ebenda, AN üb. d. Sitzung des Panzerausschusses am 17. 7. 1941; dazu Anschreiben Thomas an Keitel v. 19. 7. 1941.

136 Ebenda, Marginalnotiz Keitels (16. 8.) an Schreiben Thomas' v. 19. 7. 1941.

137 Ebenda, Film 1828, AN Chef/Abt. L für WiRüAmt 20. 8. 1941 üb. Festleg. zwischen Hitler, Keitel, Brauchitsch u. Fromm betr. Heeresrüstung; Reinhardt, S. 38 (nach Keitels Befehl

Das Kernstück der „Umsteuerung der Rüstung“, das Göringprogramm, war bereits bis zur Unkenntlichkeit zusammengeschrumpft. Milch schilderte den Arbeitskräftemangel, der es der Luftwaffe unmöglich mache, auch „nur einen einzigen Mann in das erweiterte Luftrüstungsprogramm überzuführen“.¹³⁸ Die Luftwaffe hatte aus der Not bereits eine Tugend gemacht und das sogenannte Elchprogramm verkündet. Das Elchprogramm war ursprünglich als erste Phase des Göringprogramms konzipiert und hatte eine Verdoppelung der Luftwaffenstärke bis Frühjahr 1942 vorgesehen. Nun klang es bereits ganz anders: „1) Das Elchprogramm: Die Luftwaffe soll wieder auf den Stand gebracht werden, auf dem sie vor Beginn der Ostoperation war (d. i. die Sollstärke vom Stand des 1. April – D. E.). Vorläufig soll eine Vergrößerung der Luftwaffe nicht erfolgen, vielleicht jedoch von Sommer 1942 an. Dann tritt 2) die Fortführung des Göringprogramms ein. Dieses sieht eine Vervierfachung der Luftwaffe vor, die jedoch nicht durchführbar sein wird, da es an der Aluminium- und Treibstofffrage scheitert . . . Amtschef (General Thomas – D. E.), GFM Milch und Generaloberst Udet sind darüber einig, daß im besten Falle eine Verdoppelung in Betracht gezogen werden könnte.“¹³⁹ Selbst das Elchprogramm in seiner jetzigen Fassung, so erklärte Milch auf der Sitzung vom 16. August, müsse „bereits um 20 Prozent herabgesetzt werden“; es würden damit „nur 60 Prozent des Sollstandes der notwendigen Front- und Heimatausstattung erreicht werden“.¹⁴⁰ Er spielte auf die hohen Verluste an der deutsch-sowjetischen Front an: „Fertigung und Abgang an Flugzeugen halten sich zur Zeit gerade die Waage.“¹⁴¹

Todt sprach im Unterschied zu Keitel deutlicher aus, daß die militärische Entwicklung anders verlief, als die Faschisten es erwartet hatten: „Der Plan des Panzerprogramms und des erweiterten Luftrüstungsprogramms entstand zu einem Zeitpunkt, wo man glaubte, nach Beendigung des Ostfeldzuges rund 1 Million Arbeitskräfte aus dem Heer für die Wirtschaft freimachen zu können. Die Lage hat sich jedoch heute geändert.“¹⁴² Er ließ durchblicken, daß er angesichts der Arbeitskräftesituation keine Möglichkeit sähe, das Göringprogramm zu erfüllen. Generaloberst Fromm blieb demgegenüber dabei, man werde bei der vorgesehenen Auflösung von 50 Divisionen nach „Beendigung der Ostoperationen“ immerhin 300000 Mann für die Rüstungsindustrie freibekommen und außerdem 200000 Mann aus älteren Jahrgängen ablösen.¹⁴³

Ein positives Ergebnis war unter den gegebenen Umständen nicht zu erwarten. General

vom 8. 8. 1941 sollten nurmehr 30 Panzer- u. 15 mot. Infanteriedivisionen, jeweils mit zwei anstatt drei Regimentern, aufgestellt werden).

138 Wie Anm. 132 (S. 466).

139 ZStA Potsdam, FS, Film 1826, AN WiRüAmt/Stab „über die Chefbesprechungen bei GFM Keitel vom 14. bis 16. 8. 1941“, v. 17. 8. 1941. Zu den rasch aufeinander folgenden Abänderungen des Göring- bzw. Elchprogramms s. *Irving, David*, Die Tragödie der Deutschen Luftwaffe. Aus den Akten und Erinnerungen von Feldmarschall Milch, Frankfurt a. M./Berlin (West)/Wien 1970, S. 189ff. Falsche Bewertung und Einordnung von Elch- und Göringprogramm in *The Effects*, S. 151, S. 153.

140 *Thomas*, S. 466f. (wie Anm. 132).

141 Ebenda, S. 467. – Schon am 30. 6. hatte sich Milch über die hohen Verluste geäußert, die die Produktion wegen Aluminiummangels nicht aufholen könne: „Wenn es so weiterginge, wäre die Luftwaffe in einem Monat in Rußland fertig.“ (ZStA Potsdam, FS, Film 2313, AN Chef WiRüAmt üb. Anruf Milch, 30. 6. 1941). Siehe auch *Groehler*, Geschichte des Luftkriegs, S. 318 (ff.).

142 *Thomas*, S. 465 (wie Anm. 132).

143 Ebenda, S. 467.

Thomas zeichnete zur Selbstverständigung als Fazit der dreitägigen Besprechungen ein niederschmetterndes Resultat auf: „1. Einschränkung des Panzerprogramms, 2. Totmachen der Gaskriegsvorbereitungen beim Heer, 3. Totmachen der Seelöwe-Vorbereitungen, 4. Einschränkungen des Flakprogramms, 5. Angleichung des Luftwaffenprogramms an die gegebenen Möglichkeiten.“¹⁴⁴ Der Hitler-Erlaß vom 14. Juli galt auf dem Papier zwar nach wie vor als „unabänderlich“¹⁴⁵; in Wirklichkeit aber war er schon einen Monat nach seiner Verkündung „praktisch überholt“¹⁴⁶, da sein Kernpunkt, das Göringprogramm, weder umfassend noch konzentriert in Angriff genommen und das Panzerprogramm wesentlich gekürzt worden war.

Die völlig neuen Maßstäbe und Anforderungen, die jetzt angesichts der militärischen Lage im Osten für die deutsche Kriegswirtschaft galten, wirkten sich unmittelbar auf die Planung der militärischen Operationen aus. Die Kontroversen in der Wehrmachtführung seit Ende Juli 1941 über die vorrangige Stoßrichtung der folgenden Angriffe wurden durch eine „Führerweisung“ vom 21. August 1941 beendet, in der als das wichtigste Ziel der nächsten Zeit „nicht die Einnahme Moskaus, sondern die Wegnahme der Krim, des Industrie- und Kohlengebietes am Donez und die Abschnürung der russischen Ölzufuhr aus dem Kaukasus“ bezeichnet wurde¹⁴⁷, da, wie Hitler diesen Befehl in einer „Studie“ begründete, „die Vernichtung bzw. Wegnahme lebenswichtiger Rohstoffquellen noch entscheidender ist als die Besetzung oder Zerstörung industrieller Verarbeitungsstätten“.¹⁴⁸ Die kriegswirtschaftliche Situation und das daraus erwachsende wirtschaftsstrategische Motiv – die „Wegnahme“ der landwirtschaftlichen Ressourcen der Ukraine, des Dnepr-Donec-Industrieviers (Kohle, Mangan, Eisenerz) und vor allem der Erdölquellen des Kaukasus – beeinflussten hier unmittelbar und wesentlich den militärischen Entschluß.

Hitlers Erlaß vom 11. September 1941¹⁴⁹, entstanden während der Zeit der erfolgreichen faschistischen Offensive in der Ukraine, war – mit anderen Mitteln – gleichfalls ein Versuch, das Steuer herumzureißen und doch noch auf den Rüstungskurs zu gelangen, den die Erlasse vom Juni und Juli vorgezeichnet hatten. Die Wehrmachtteile wurden dazu angehalten, sich auf die Rüstungsschwerpunkte zu konzentrieren. Ihre Rüstungsaufträge an die Industrie sollten vom OKW kontrolliert und aufeinander abgestimmt werden; alle „Forderungen der Wehrmachtteile für Beschaffung und Entwicklung an die Beschaffungsämter“ sollten über das OKW geleitet werden. Hier sollte der „Abgleich“ des nicht Erfüllbaren stattfinden.

Im Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt sah man hierin die Chance, eine zentrale kriegswirtschaftliche Kommandoposition zu erlangen, mußte aber sehr bald erkennen, daß dem Amt die Voraussetzungen für die „Anpassung und Abgleichung der Beschaffungsnotwendigkeiten der Wehrmacht an die Leistungsfähigkeit der Industrie“¹⁵⁰ fehlten. Das OKW brauchte einen Monat, um Durchführungsbestimmungen zum Erlaß¹⁵¹ zu formulieren. Keitel hatte die Erwartungen frühzeitig und vorausschauend gedämpft: Es sollte

144 Wie Anm. 139.

145 Wie Anm. 134.

146 Thomas, S. 287.

147 *KTB des OKW*, Bd. I, S. 1062; *DZW*, Bd. 2, S. 48 ff.

148 *KTB des OKW*, Bd. I, S. 1062; *Reinhardt*, S. 42 f.

149 ZStA Potsdam, FS, Film 1818. Hiernach auch das Folgende.

150 Ebenda, Film 5682, Befehl Keitels v. 19. 10. 1941.

151 Ebenda.

nur das „Allernotwendigste“ durch das OKW geregelt werden.¹⁵² Er beruhigte zugleich die Wehrmachtteile: „Das Oberkommando der Wehrmacht beabsichtigt nicht, in das bisherige Beschaffungsverfahren der Wehrmachtteile einzugreifen, die nach wie vor für die Durchführung der vom Führer festgelegten Programme verantwortlich bleiben.“¹⁵³

Die Wehrmachtteile entzogen sich von vornherein der Verpflichtung, ihre Aufträge und vor allem ihre Entwicklungsvorhaben dem OKW gegenüber offenzulegen, und waren durchaus abgeneigt, ihre unmittelbare Zusammenarbeit mit den Rüstungskonzernen von ihm kontrollieren zu lassen. Besonders die Luftwaffenführung nutzte ihre starke Position dazu aus, die neuen Bestimmungen zu umgehen. Anfang November ließ Göring die Luftwaffe durch Hitler ausdrücklich von der Auflage befreien, ihre Entwicklungsvorhaben dem OKW bekanntzugeben.¹⁵⁴

Der Reichsminister für Bewaffnung und Munition stand dem Gedanken nicht gänzlich ablehnend gegenüber, die Wehrmachtteile in ihrer Selbständigkeit und in ihren Vollmachten in Rüstungsfragen zu beschneiden. Bei seinem engen Kontakt zu Hitler hatte er in Verhandlungen mit dem OKW eine viel stärkere Position als bei gesonderten Auseinandersetzungen mit den Wehrmachtteilen. Im Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt vermerkte man: „Reichsminister für Bewaffnung und Munition will Stellung des OKW gegenüber den WT bezüglich der Gestaltung der Rüstungsprogramme stärken, da sonst die WT ‚auf kaltem Wege‘ doch machen, was sie wollen.“¹⁵⁵ Doch zu dieser Zeit – Anfang Oktober 1941 – mehrten sich bereits die Stimmen im OKW, die eine „zu große Verantwortung und Arbeitslast für OKW“¹⁵⁶ vorbeugend als Grund für das absehbare Scheitern des Vorhabens ins Feld führten, die Rüstungsplanung und Wirtschaftsorganisation der Wehrmacht im OKW zu zentralisieren.

Seit Ende September/Anfang Oktober 1941 konzentrierten die deutschen Imperialisten ihre Kräfte wieder auf den Angriff in Richtung Moskau. Sie beabsichtigten, der UdSSR mit der Einnahme der Stadt den „letzten gewaltigen Hieb“ zu versetzen, der „noch vor dem Einbruch des Winters diesen Gegner zerschmettern“ sollte.¹⁵⁷ Das Scheitern der Offensive Ende Oktober und eines zweiten Anlaufs Ende November verschärfte die kriegswirtschaftliche Situation einschneidend. Von Oktober 1941 an verdrängte die Sorge um die Auffrischung der offensiven Verbände im Osten, um ihre materielle Neuausstattung und ihren Nachschub nach und nach alle anderen kriegswirtschaftlichen Probleme. Von Woche zu Woche mehr gewann der Gedanke Raum, daß der Krieg gegen die Sowjetunion im Jahre 1942 weitergeführt werden müsse. Hitler und die Militärs planten eine längere Winterpause ein, in der sie die Kampfkraft des Heeres wiederherstellen und die Offensive des nächsten Jahres vorbereiten wollten.¹⁵⁸

Die Mannschaftsverluste des Heeres an der deutsch-sowjetischen Front waren nach wie

152 Ebenda, Film 8274, KTB WiRüAmt/Stab, Eintr. v. 17. 9. 1941.

153 Ebenda, Film 2325, OKW-Erlaß v. 10. 10. 1941, zit. in Studie üb. „Umrüstung“ v. Oberst Dr. Hedler, o. D. (etwa Mai/Juni 1942).

154 Ebenda, Film 2313, Vortragsnotiz WiRüAmt (Rü II) f. Amtschef, 4. 11. 1941.

155 Wie Anm. 152 (Eintr. v. 1. 10. 1941).

156 Ebenda.

157 DZW, Bd. 2, S. 58 (Tagesbefehl Hitlers v. 2. 10. 1941).

158 Zeitweilige Erfolge der Offensive gegen Moskau ließen zwischenher die Wellen des Optimismus bei der faschistischen Führung wieder überschäumen; so wurde eine „besondere Funkverbindung von Maikop nach Bukarest geplant, die am 1. 12. stehen soll“ (wie Anm. 152, Eintr. v. 23. 10. 1941).

vor erschreckend hoch und betrug im September 141 000, im Oktober 115 000 Mann.¹⁵⁹ Bereits zum 1. Oktober wurde die Masse des Jahrganges 1922, der insgesamt 270 000 Wehrpflichtige umfaßte, eingezogen, was der Kriegswirtschaft einen fühlbaren Aderlaß an jungen Facharbeitern zufügte.¹⁶⁰

Gegenüber rund 4 300 Panzern, mit denen die Wehrmacht die UdSSR überfallen hatte, waren am 10. November 2 090 gepanzerte Fahrzeuge¹⁶¹ vernichtet oder außer Gefecht gesetzt. Als Ersatz waren dem Heer im Laufe der Zeit nur 601 Panzer und Sturmgeschütze zugeführt worden.¹⁶² Am 10. November meldete die deutsche Seite einen Fehlbestand von 1 697 gepanzerten Fahrzeugen.¹⁶³ Das OKH beurteilte die Kampfkraft der Panzerdivisionen nur noch mit „35 % ihrer normalen Stärke“.¹⁶⁴

Zur gleichen Zeit registrierte der Generalquartiermeister des Heeres 25 777 LKW, 19 242 PKW, 30 423 Kräder, 1 729 Zugmaschinen und 4 410 sonstige Fahrzeuge als „Abgang“.¹⁶⁵ Tatsächlich fahrbereit waren Mitte November von 500 000 Fahrzeugen, über die das Heer zu Beginn des Überfalls verfügte, nur noch 15 Prozent (75 000).¹⁶⁶

Damit waren die Voraussetzungen für den Plan, die Schnellen Truppen des Heeres auf 30 Panzer- und 15 motorisierte Infanteriedivisionen zu erweitern, hinfällig und das dazugehörige Panzerprogramm illusorisch geworden. Die schwer angeschlagenen Verbände, so urteilte das OKH, würden bis zum Frühjahr 1942 nicht mehr genügend für „weitreichende schnelle Operationen“ aufgefrischt werden können.¹⁶⁷ Die bisherige, ohnehin unzureichende Heeresmotorisierung sei „nicht mehr aufrechtzuerhalten“.¹⁶⁸

Die Munitionsreserven der meisten Geschosarten waren im November aufgebraucht. Der Generalquartiermeister stellte am 26. November fest, daß nur durch „die Wiederaufnahme bzw. Erhöhung der Fertigung der meisten Munitionsarten“ der „Anschluß an die Vorräte gewährleistet“ sei.¹⁶⁹

Um sich greifende Unsicherheit war von Herbst 1941 an charakteristisch für die Situation in allen Rüstungsdienststellen. So klagte man im Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt: „Der eindeutige Befehl, daß der WT Heer nach beendetem Ostfeldzug in der Bewilligung von Forderungen auf dem Gebiet der Rüstung zugunsten der WT Luftwaffe und Marine erheblich eingeschränkt werden müsse, wird des öfteren durch kurze Anweisungen seitens des Chefs OKW, Fertigungen wieder voranzutreiben, die nicht unter die Schwerpunktprogramme fallen, aufgehoben bzw. seine hundertprozentige Durchführung unmöglich gemacht.“¹⁷⁰ Thomas trug Keitel am 19. November 1941 zusammenfassend vor, welche bedeutenden Anforderungen an die Heeresrüstung „in letzter Zeit“ gestellt worden seien: „1. Weiterfertigung der schweren Artillerie . . . , 2. Erneute erhebliche Steigerung der

159 *DZW*, Bd. 2, S. 67.

160 *Reinhardt*, S. 102f.

161 *DZW*, Bd. 2, S. 25; *Reinhardt*, S. 115.

162 *Reinhardt*, S. 115.

163 *Ebenda*.

164 *KTB des OKW*, Bd. 1, S. 1074, Dok. 106, „Beurteilung der Kampfkraft des Ostheeres“, 6. 11. 1941.

165 *Reinhardt*, S. 115 (nach OKH-Bericht v. 25. 11. 1941).

166 *Ebenda* (Bericht v. 18. 11. 1941).

167 *Ebenda*, S. 116, Bericht v. 3. 11. 1941.

168 *Ebenda*, Bericht v. 18. 11. 1941.

169 *Ebenda*, S. 114, Bericht v. 26. 11. 1941.

170 *ZStA Potsdam, FS, Film 2313, Vortragsnotiz WiRüAmt (Rü II) f. Amtschef*, 13. 11. 1941.

Fertigung verschiedener Munitionsarten, 3. Schwerpunkt in der Panzerkampfwagenfertigung beim Panzerkampfwagen IV, 4. Beschleunigte Fertigung der 7,5 cm Pak in möglichst großer Anzahl.“¹⁷¹

Am 25. Oktober noch hatte das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt den Wehrmachtteilen für das Jahr 1942 in Form eines Erlasses „Rohstoffmengen für die Fertigungsprognose“¹⁷² vorgegeben.

Tabelle 5

Rohstoffvorgaben des OKW für die Wehrmachtteile für 1942 (in t/Monat)

	Heer	Kriegsmarine	Luftwaffe
Eisen und Stahl (Maschinen- und Baueisen)	180 000	185 000	335 000
Aluminium	1 750	3 000	24 000
Kupfer	700	2 900	3 500
Blei	825	2 950	2 400
Zinn	52,5	175	150
Chrom	296	382,5	552,5
Kautschuk	140	610	1 300

Quelle: ZStA Potsdam, FS, Film 8288, Verfügung WiRüAmt, 25. 10. 1941, Anlage.

Diese Prognosezahlen, nach denen die Luftwaffe weit vorn und das Heer ganz hinten rangierte, waren noch ein Resultat des Blitzkriegsdenkens. Sie entsprachen noch ganz und gar der Konzeption der „Umrüstung“ und des Göringprogramms. Wenige Wochen später, als sie sich längst als Anachronismus erwiesen hatten, wandte sich der Chef der Heeresrüstung noch einmal ausdrücklich gegen die Prognosezahlen und erklärte mit Schärfe, daß die für das Heer vorgesehenen Rohstoffmengen „das Programm der Schnellen Truppen in seiner Gesamtheit nicht durchführen lassen, . . . das zusätzliche Munitionsprogramm des Heeres nicht zulassen und [daß] allein hierfür weitere Rohstoffe notwendig sind“, kurzum, daß „die Erhaltung des Heeres im Kriegszustand nicht im erforderlichen Maße möglich ist“.¹⁷³

Die Unterlagen des Heereswaffenamtes, auf die Fromm sich stützte, wiesen aus, daß selbst bei scharfer Konzentration auf die „Schwerpunktprogramme“ – Panzer, schwere Pak und Flak – nur 30 Prozent des dafür erforderlichen Eisens und Stahls aus den vom Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt vorgegebenen Mengen zu decken seien und daß diese Zahl sich noch durch den Mangel an NE- und Legierungsmetallen (Chrom, Molybdän, Wolfram, Nickel, Kupfer, Aluminium) und an Kautschuk verringere. Voraussichtlich ließe sich demnach für 1942, so schlußfolgerte der Chef des HWA, General Emil Leeb, „nur folgender Ausstoß erreichen:

Schnelle Truppen (gepanz. Kfz. u. Zgkw.)	25–30 Prozent
s. Pak	100 Prozent
Flak (2 cm) bis März 1942	67 Prozent; ab April 1942 0 Prozent.

171 Ebenda, Vortragsnotiz WiRüAmt für Chef OKW, 19. 11. 1941.

172 Ebenda, Film 8288, Vfg. WiRüAmt, 25. 10. 1941, Anlage.

173 Ebenda, Film 2313, Memo Chef HRüst/BdE üb. „Die Munitionslage“, o. D. (hs. Marg.: „Für Besprechung Chef HRüst-Chef WiRü bei Min. Todt am 4. 12., 16 Uhr“).

während alle anderen Fertigungen z. T. erheblich darunter bleiben oder ganz ausfallen“.¹⁷⁴ Der Luftwaffenführung und der Vierjahresplangruppierung einschließlich der Konzerne der Flugzeugindustrie ging es inzwischen darum, vom Göringprogramm zu retten, was zu retten war, den staatsmonopolistischen Mechanismus auf diesem Sektor der Kriegswirtschaft wirkungsvoll auszubauen und die Flugzeugindustrie gründlich zu rationalisieren. Die Aktivität der Luftwaffenführung stand zeitlich und sachlich mit derjenigen des GB Chemie im Zusammenhang, der etwa zur gleichen Zeit auf die beschleunigte Fertigstellung „einiger Großvorhaben des Mineralölplanes aus dem Jahresplan 1942“ drängte und für 13 solcher Vorhaben vom OKW „eine automatische Bevorzugung vor allen anderen Aufträgen“ forderte.¹⁷⁵

Am 4. Oktober wurde das Amt des Generalluftzeugmeisters reorganisiert.¹⁷⁶ Zwei Tage später traten Albert Vögler, Aufsichtsratsvorsitzer des Konzerns der Vereinigten Stahlwerke, und Rudolf Lahs, der Leiter der Wirtschaftsgruppe Luftfahrtindustrie, in den Industrierat für Luftwaffengerät ein, und anstelle von Koppenberg wurde Ludger Westrick, Vorstandsvorsitzer der Vereinigte Aluminiumwerke AG, des größten deutschen Aluminiumkonzerns, Mitglied des Industrierats. Der Eintritt Westricks und besonders Vöglers in den Industrierat bekundete die entschiedene Absicht der Spitzen des deutschen Finanzkapitals, die Luftrüstung nach Kräften zu forcieren und ihre staatsmonopolistische Organisation schlagkräftiger zu gestalten. Die Reorganisation des Industrierats zeugte zugleich davon, daß jene Kreise die Hoffnung nicht sinken ließen, mit dem Göringprogramm auch die ihm zugrundeliegende politisch-strategische Konzeption zu verwirklichen.

Durch einen Erlaß Görings „über die Einrichtung von Fertigungsringen innerhalb der deutschen Luftwaffenindustrie und über die Aufgaben der Ringführer“¹⁷⁷ wurden „auf Vorschlag des Industrierates alle gleichgerichteten Industriezweige, die an der Luftwaffenindustrie beteiligt sind, zu Fertigungsringen zusammengeschlossen“.¹⁷⁸ Unter der Führung des Industrierats sollten sogenannte Ringe bzw. Fertigungsringe nach dem Vorbild der Sonderausschüsse und Arbeitsgemeinschaften des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition arbeiten. Sie standen unter der Führung einer Leitfirma und eines maßgeblichen Vertreters dieser Firma, des Ringführers, und hatten gegenüber den übrigen Rüstungs- und Zulieferfirmen bedeutende Vollmachten für die Verteilung der Aufträge und für die Rationalisierung der Produktion.

Aus der unmittelbaren Leitung der Rüstungsdienststellen der Luftwaffe verdrängte zur gleichen Zeit Generalfeldmarschall Milch Generalluftzeugmeister Ernst Udet. Milch übernahm de facto den Vorsitz im Industrierat. In Udet fand man einen Sündenbock für das Scheitern der Blitzkriegskonzeption der Luftwaffe. Er mußte seinen Kopf auch dafür

174 Reinhardt, S. 111f., Denkschrift HWA (Leeb) üb. „Die rüstungswirtschaftliche Lage des Heeres. Stand 5. 11. 1941“, v. November 1941.

175 ZStA Potsdam, FS, Film 5682, GB Chemie an OKW WiRüAmt, 10. 11. 1941. Das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt bezeichnete es in einer Studie, die von den Treibstoffverbrauchs- und -vorratszahlen der zweiten Jahreshälfte 1941 ausging, als schon von diesem Standpunkt aus „absolut unmöglich“, das Göringprogramm durchzuführen. (Ebenda, Film, 10667, Studie WiRüAmt (Tomberg), o. D., etwa Jan./Febr. 1942). Über die akuten Treibstoffschwierigkeiten ab Herbst 1941 s. Reinhardt, S. 116ff.

176 ZStA Potsdam, FS, Film 2312, Befehl des Generalluftzeugmeisters (Ernst Udet) v. 4. 10. 1941.

177 Ebenda, Film 2325, Göring-Erlaß, Okt. 1941 (mit Anschreiben v. 20. 11. 1941).

178 *Anatomie des Krieges*, S. 367, Dok. 186, Bericht d. Industrierats für Luftwaffengerät v. 12. 12. 1941.

erhalten, daß nach wie vor Typenwirrwarr und heftige Konkurrenz unter den Flugzeugkonzernen herrschten, daß selbst die in Produktion befindlichen Serien immer wieder durch neue technische Wünsche des Generalstabs und des Technischen Amtes der Luftwaffe gestört wurden und daß von der angestrebten „amerikanischen“ Massenproduktion keine Rede sein konnte. Am 17. November beging er Selbstmord.¹⁷⁹

Am 22. Oktober 1941 berieten Thomas und Milch über das „neue Luftrüstungsprogramm“. Diesmal war William Werner (Auto-Union/Junkers), der stellvertretende Vorsitzende des Industrierats der Luftwaffe, anwesend. Milch legte zunächst einen reduzierten, aber immer noch anspruchsvollen Plan für die Luftrüstung vor, nach dem die Produktion von Kriegsflyerzeugen (davon ca. 80 Prozent Frontflugzeuge) von rund 12500 im laufenden Jahr auf 16500 im Jahre 1942 und auf 20600 im Jahre 1943, d. h. um 32 bzw. 24 und insgesamt um 65,5 Prozent steigen sollte.¹⁸⁰

Danach erhielt Werner das Wort. Er „legt im einzelnen sein Programm dar. Es geht aus auf eine wesentliche Rationalisierung der Fertigung, die die amerikanischen Methoden der Massenfertigung vorsieht, und außerdem auf moderne Fabrikationsverfahren. Wir leisten heute in 75 Prozent unserer Industrie vorsintflutliche Arbeit, weil wir hauptsächlich Späne fabrizieren. Es fehlte bisher im wesentlichen die Konkurrenz, und es war falsch, jeden Preis zu bezahlen, da der höhere Preis auch mehr Aufwände enthielt, dieser höhere Aufwand damit aber auch gleich mehr Arbeitskräfte und Material gebunden hat als die billigere Herstellung, d. h. die Herstellung mit geringerem Aufwand. Gleiche Teile sollen nur noch an zwei, höchstens an drei Stellen gefertigt werden. Alle Firmen haben sich an die Firma mit dem geringsten Aufwand in ihrer Fertigung anzugleichen, wobei die Fabrikationsmethoden der Firma mit geringstem Aufwand allen übrigen zur Verfügung stehen. Die Erziehungsarbeit wird durch geringere Rohstoff- und Arbeiterzuteilung unterstützt werden müssen.“¹⁸¹

Werner propagierte hier das System der „Bestbetriebe“, ein System der Rationalisierung der Kriegsproduktion, das im wesentlichen auf eine Zentralisation der Produktion und der Profite bei den modernsten, den sogenannten Bestbetrieben, d. h. in der Regel bei den großen Flugzeugfirmen, hinauslief. Der jeweilige Ringführer – selbst führender Vertreter eines Bestbetriebes – bzw. der Industrierat sollte die Zentralisierung mittels seiner staatsmonopolistischen Regulierungsvollmacht durchsetzen. Ein ganz ähnliches System lag seit langem der Arbeit in den Ausschüssen und Arbeitsgemeinschaften des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition zugrunde.¹⁸² Die Berufung Vöglers, der Grauen Eminenz des Munitionsministeriums, in den Industrierat der Luftwaffe hing mit Sicherheit damit zusammen, daß dieses System jetzt Eingang in die Luftrüstung finden sollte.

Ein durchschlagender Erfolg – Vervielfachung der Produktion und der Profite – blieb allerdings davon abhängig, ob eine kontinuierliche Produktion großer Serien möglich war; dies wiederum hing weitgehend vom Schicksal der Konzeption der herrschenden Klasse für Luftkrieg und Luftrüstung ab.

Angesichts des Scheiterns der Oktoberoffensive der Faschisten gegen Moskau versteifte

179 Der Göring-Erlaß über die Reorganisation des Industrierates war ungenau datiert („im Oktober 1941“) und wurde mit Rundschreiben des GL erst am 20. 11. 1941, d. h. nach Udets Tod (!), verschickt (s. Anm. 177). Siehe auch *Groehler*, Geschichte des Luftkriegs, S. 340 f.

180 ZStA Potsdam, FS, Film 8288, Protokoll WiRüAmt (Thomas) üb. d. Sitzung b. Milch v. 22. 10. 1941.

181 Ebenda.

182 Siehe *Band I*, Kap. 3.

sich der Widerstand des Heeres und des Munitionsministeriums gegen das Luftrüstungsprogramm. „Das Heer gibt praktisch keine nennenswerten Kapazitäten und Arbeitskräfte frei“, stellte man Anfang November im Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt fest.¹⁸³ Bis zum 10. November hatte die Luftwaffe an der deutsch-sowjetischen Front aber bereits 5180 Frontflugzeuge, davon 2966 als Totalverlust, verloren und nur 5124 Maschinen als Neuzugang erhalten.¹⁸⁴ Weiterer Nachschub an Bomben- und Jagdflugzeugen war am 10. November nicht mehr vorhanden, so daß seit Anfang des Monats die Verluste nicht mehr hatten ausgeglichen werden können. Die laufende Produktion war zu gering, besonders an Jagdflugzeugen, um künftige Verluste auszugleichen.¹⁸⁵

Zur gleichen Zeit, als die Ausgangspositionen für das Göringprogramm sich auf diese Weise dramatisch verschlechtert hatten, machten es die schlechten Aussichten auf Arbeitskräfte-, Maschinen- und Rohstoffzuweisungen für 1942 vollends illusorisch. Als gravierende „Engpässe“ nannte Milch in seiner Studie über die „Voraussetzung für die Durchführung des ‚Göringprogrammes‘“ Spezialmaschinen für die Kurbelwellenproduktion, Aluminium, Kupfer und besonders Chrom.¹⁸⁶

In der ersten Novemberhälfte rief Göring die Spitzenrepräsentanten der deutschen Kriegswirtschaft zu mehreren aufeinanderfolgenden, großen Konferenzen zusammen. Die Konferenzrunde begann am 7. November mit einer Besprechung über die „Ausrichtung der Kriegswirtschaft auf das Rüstungsprogramm“.¹⁸⁷ Noch am gleichen Tag leitete Göring eine weitere Sitzung, die sich mit der Arbeitskräftelage, vor allem mit dem Zwangseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener und ziviler Arbeitskräfte, befaßte. Am 8. November gab er neue, programmatische Richtlinien für die Ausbeutung der besetzten Gebiete der UdSSR bekannt.

Das ostentative Hervortreten Görings – sein letzter großer Auftritt als oberster Chef aller Rüstungsdienststellen und kriegswirtschaftlichen Organe – ist als Versuch zu werten, das strategische Konzept der „Umrüstung“ und des Göringprogramms bzw. des inzwischen modifizierten Luftrüstungsprogramms auch gegen Widerstände und unter der Voraussetzung zu verwirklichen, daß die Wehrmacht den Krieg gegen die UdSSR im kommenden Jahr würde weiterführen müssen. Hierzu bedurfte es vor allem rasch erweiterter industrieller Kapazitäten, großer zusätzlicher Mengen an Rohstoffen und Millionen neuer Arbeitskräfte. Die Kapazitäten sollte die Rationalisierung freimachen; Rohstoffe und Arbeitskräfte sollten rücksichtslos aus den besetzten Ländern, in erster Linie aus der Sowjetunion, herausgepumpt werden.

Im Gegensatz zu den Themen der zuletzt genannten Konferenzen, auf denen Göring bindende neue Richtlinien von großer Tragweite verkündete, behandelte er das umfassende Thema der ersten Sitzung offensichtlich ohne Initiative, schwunglos und ohne erkennbares Ergebnis. Er faßte nur die seit langem diskutierten Forderungen nach Rationalisierung der Kriegsproduktion zusammen, ohne klare Anweisungen zu geben oder wenigstens konkrete Vorschläge zu machen. Die Beschwörung, „den derzeitigen Vorsprung gegenüber

183 ZStA Potsdam, FS, Film 2313, AN („Entwurf“) WiRüAmt (Chef Rü), 5. 11. 1941.

184 Reinhardt, S. 110f (Bericht ObdL/GenSt. v. 14. 11. 1941).

185 Ebenda. Die Produktion von Jagdflugzeugen war vom Jahreshöhepunkt im April 1941 (476) bis November auf die Hälfte (232), die von Bombern von August (454) bis November (331) ebenfalls stark gefallen (*The Effects*, S. 277, Tab. 102).

186 Reinhardt, S. 109f. (Studie v. 10. 11. 1941).

187 ZStA Potsdam, FS, Film 2325, Ergebnisprot. d. Sitzung i. RLM v. 7. 11. 1941. Hiernach auch das Folgende.

der feindlichen Rüstungswirtschaft unbedingt aufrechtzuerhalten“, verband er mit der Mahnung, daß „vom Jahre 1943 ab mit einem gesteigerten Rüstungsstand der Vereinigten Staaten zu rechnen sein“ werde. Er forderte „Fließarbeit in großen Serien“. Jede Erzeugung solle „auf möglichst wenig Betriebe verteilt werden“, damit die Maschinen in zwei oder gar drei Schichten genutzt werden könnten.

Aber er warnte zugleich – nicht ohne den Beigeschmack von Demagogie – vor Folgen, die dem Regime während des Krieges unangenehm waren: „Die Rechtsform der Betriebe selbst soll jedoch unberührt bleiben, insbesondere sollen auch keine Zusammenballungen zu Großkonzernen entstehen.“ Davon redete ausgerechnet der Mann, dessen kriegswirtschaftliches Programm sich stets mit der Linie des größten deutschen Konzernpolypen, des IG-Farben-Konzerns, deckte und unter dessen Oberleitung durch Profitmacherei und Raub größten Stils ein weiterer Riesenkonzern, die Reichswerke AG „Hermann Göring“, herangewachsen war! Der warnende Wink richtete sich augenscheinlich an die Adresse der bedeutendsten Konkurrenten jener Monopolgiganten, nämlich der Ruhrmontankonzerne, und damit an die Adresse der Rüstungsorganisation des Reichsministers für Bewaffnung und Munition. Die Erfahrungen des Munitionsministeriums auf dem Gebiet der Rationalisierung würdigte Göring keines Wortes; er tat so, als existierten sie nicht, und verlangte, die „notwendig werdenden Folgerungen organisatorischer Art (Ringbildung) – wie in der Flugzeugindustrie – . . . rasch und energisch zu ziehen“.

In der folgenden Zeit wurde die Rationalisierung der Kriegsproduktion zu jenem Feld interner Auseinandersetzungen, auf dem sich der Kampf um eine zentralisierte, einheitliche Regulierungsgewalt in der Kriegswirtschaft hauptsächlich fortsetzte. Görings Intervention blieb hier, außer auf dem Gebiet der Luftrüstung, ohne Resultat. Hitler selbst nahm sich dieser Frage an, die das immer brennendere allgemeine Interesse der herrschenden Klasse beanspruchte, auch unabhängig davon, was mit dem Konzept der „Umrüstung“ geschehen mochte.

Als in der zweiten Novemberhälfte der letzte Anlauf der Faschisten, Moskau zu erobern, mißglückte und die Rote Armee im Süden und Norden zu erfolgreichen Offensivoperationen überging, griffen Keitel und Todt frühere „Gedanken des Führers“¹⁸⁸ und Erlaßentwürfe über die Förderung „von einfachen und daher robusten Konstruktionen“ bei Waffen und Kriegsgerät¹⁸⁹ und über die „Bevorzugung primitiver Massenfertigung gegenüber hochleistungsfähigen Maschinen“¹⁹⁰ auf und veranlaßten Hitler, am 3. Dezember 1941 einen Erlaß über die „Vereinfachung und Leistungssteigerung unserer Rüstungsproduktion“¹⁹¹ zu unterzeichnen. Obwohl die Federführung während der vorbereitenden Arbeit für den Erlaß beim OKW lag, war Hitlers erster Gewährsmann bei der Abfassung des Erlasses doch Todt. Ohne Todts Einverständnis hatte keiner der Entwürfe des OKW eine Chance, Hitlers Unterschrift zu erhalten.

Hitler forderte im Erlaß eine durchgreifende „Rationalisierung unserer Fertigungsmethoden“, insbesondere „einen grundlegenden Wandel dahingehend, daß die Konstruktionen auf Massenfertigung eingestellt und die Fabrikationsmethoden entsprechend eingerichtet werden“. Die Konstruktionen von Waffen und Kriegsgerät sollten mittels ständiger Überprüfungen und Korrekturen „bis ins einzelne“ vereinfacht werden. Für die Ver-

188 Ebenda, Film 2313, Vortragsnotiz WFSSt/Abt. L, 29. 5. 1941.

189 Ebenda, Film 8288, RVfg. Chef OKW betr. „Technische Ausstattung der Wehrmacht“, 19. 9. 1941.

190 Wie Anm. 188.

191 ZStA Potsdam, FS, Film 5682, Hitler-Erlaß v. 3. 12. 1941. Hiernach auch das Folgende.

wirklichung dieser Forderungen wurden der Reichsminister für Bewaffnung und Munition und der Chef des OKW verantwortlich gemacht.

Keitel gegenüber hatte Hitler schon in den Vorbesprechungen besonders darauf bestanden, „daß sich gemäß Seite 4, 2. Abs. [des Erlaßentwurfes – D. E.], alle Firmen, sonstige geeignete Unternehmungen und einzelne Techniker an den ‚Vorschlägen für Produktionsverbesserungen‘ beteiligen sollen“.¹⁹² Keitel teilte Thomas mit: „Wie das praktisch zu machen ist, ist dem Führer egal; er fordert aber, daß OKW an die W[ehrmacht]teile dann befiehlt und eingreift, wenn den als richtig erkannten Forderungen und Vorschlägen nicht entsprochen wird.“

In der Linie des Erlasses war klar die Tendenz erkennbar, in Fragen der Produktion und Konstruktion die Wehrmachtführung der Rüstungsindustrie unterzuordnen und sie mehr und mehr als ausführendes Organ des Munitionsministeriums zu betrachten. Das entsprach genau der Konzeption des Munitionsministers und der hinter ihm stehenden Rüstungskonzerne. Ein je stärkeres Gewicht Hitler den Forderungen nach Einschaltung der Rüstungsmonopole beilegte, desto größer mußten Einfluß und Aktionsradius des Systems der „industriellen Selbstverantwortung“ werden. Erklärlicherweise konnten Todt und Keitel sich nicht darauf einigen, wie das „praktisch zu machen“ sei, und beließen es zunächst dabei, daß „das Verfahren in Durchführungsbestimmungen später erfolgt“.

d) Die Legende von den verpaßten kriegswirtschaftlichen Möglichkeiten

Vertreter der bürgerlichen Historiographie bezeichnen die Einschränkung der Heeresrüstung im Jahre 1941 als die erste verhängnisvolle Fehlentscheidung Hitlers im Krieg gegen die Sowjetunion. Ohne diese Entscheidung hätte – das wird offen oder zwischen den Zeilen ausgesprochen – der „Ostfeldzug“ und damit der zweite Weltkrieg sehr wohl anders, d. h. für die deutschen Imperialisten siegreich, ausgehen können. Diese „Theorie“ konserviert und stimuliert Antikommunismus, Antisowjetismus und revanchistisch-chauvinistischen Größenwahn, beruht auf haltlosen Voraussetzungen und entspricht keineswegs den historischen Tatsachen. Sie korrespondiert mit den allgemeiner gefaßten Thesen von der unzulänglichen wirtschaftlichen Vorbereitung Deutschlands auf den Krieg und von der zu spät erfolgten „totalen“ Mobilisierung der Wirtschaft im Krieg.¹⁹³

Über die Entwicklung der Industrieproduktion und der Rüstungsproduktion im Jahre 1941 liegen nur unsichere Zahlen vor. Die beiden vorhandenen Produktionsindizes – aus den USSBS-Veröffentlichungen und vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung – weisen sehr unterschiedliche Ziffern auf. Die methodischen Differenzen zwischen ihnen (Bezugszeitraum, Gebietsstand, Berechnungsgrundlage, Wägung, Preisberichtigung) sind bedeutend. (Tabelle 6)

Als sicher kann angenommen werden, daß die Rüstungsproduktion von 1940 bis 1941 im Vergleich zur gesamten Industrieproduktion erheblich schneller stieg, ganz besonders wenn ihr die Produktion der Zulieferindustrie und der Konsumgüterindustrie für Wehrmachtzwecke, die Produktion von Roh- und Grundstoffbetrieben (z. B. des „Wehrwirt-

¹⁹² Ebenda, Film 2313, Keitel an Thomas (hs.), 29. 11. 1941. Hiernach auch das Folgende.

¹⁹³ Siehe Engelberg, Ernst, Zur westdeutschen Theorie der verpaßten Gelegenheiten in der faschistischen Aufrüstung, in *Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg*, Bd. 3, Berlin 1962, S. 213 ff.; ferner *Band I*, S. 17 ff. u. passim.

Tabelle 6
Industrieproduktion und Rüstungsproduktion 1939–1942 (1939=100)

Jahr	Industrieproduktion		darunter Rüstungsgerät (IfW) bzw. Metall- verarbeitende Industrie (USSBS)	
	IfW	USSBS	IfW	USSBS
1939	100	100	100	100
1940	96,6	106,5	176	120,5
1941	98,9	116,6	176	145,9
1942	100	118,1	256	159

Quelle: IfW: *Wagenführ*, S. 191; USSBS: *The Effects*, S. 27, Tab. 5. — Der USSBS-Index, der in *DZW* verwendet wird, erfaßt Vorkriegsdeutschland (1939=100). Er ist anscheinend nach der Rüstungsseite hin (Metallverarb. Industrie) übergewichtet bzw. nicht rüstungspreisbereinigt. Setzt man ihn mit den sinkenden Beschäftigtenzahlen der Industrie in Beziehung, so ergibt sich eine unwahrscheinlich hohe Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität (vgl. auch S. 265f.). Der IfW-Index (1943=100) bezieht sich wahrscheinlich auf „Großdeutschland“ einschl. annektierte Gebiete und „Protektorat Böhmen und Mähren“. Die Ziffern für „Rüstungsgerät“ erfassen nur Waffen bzw. Waffensysteme und Munition; die zweifelhafteste — zu hohe — Angabe ist diejenige für 1940.

schaftlichen neuen Erzeugungsplanes“ des GB Chemie) und die Produktion von Ausrüstungen und Maschinen für Rüstungsbetriebe zugerechnet werden.

Hierbei muß berücksichtigt werden, daß bis zum Sommer 1941 ein 200-Divisionen-Heer aufgestellt worden war. 1,7 Millionen deutsche Arbeitskräfte zählte man am 31. Mai 1941 weniger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres; bis Mai 1942 wurden weitere 1,8 Millionen der Volkswirtschaft entzogen.¹⁹⁴ Diese Ausfälle wurden auch durch neue Zwangstransporte ausländischer Arbeitskräfte nach Deutschland nicht aufgewogen. Währenddessen stieg jedoch die Zahl der für die Wehrmacht Beschäftigten absolut und relativ.¹⁹⁵ Der ständige Mangel an Arbeitskräften während des ganzen Jahres 1941 ist ein beeindruckendes Indiz gegen die These von den „verpaßten“ kriegswirtschaftlichen Möglichkeiten.

Die Erzeugung an Munition, die im Juni/Juli 1940 einen Höhepunkt erreicht hatte, war danach stark reduziert worden. Von Anfang bis Mitte 1941 stieg sie wieder an, wenn auch nicht auf die alte Höhe. Angesichts der außerordentlich großen Vorräte an Waffen und Munition einschließlich der Beute aus dem Jahre 1940 war allerdings schon seit dem Frühjahr 1941 die Verlagerung bestimmter Kapazitäten vom Sektor der Heeresrüstung (besonders Munition) zu anderen, für die fernere Kriegführung vermeintlich entscheidenden Sektoren der Rüstung (Lufrüstung) eine Forderung, die sich folgerichtig aus dem faschistischen Blitzkriegskonzept ergab und seit Juni 1941 unter dem Begriff der „Umrüstung“ zur offiziellen kriegswirtschaftlichen Strategie wurde.

Die Munitionserzeugung fiel von nun an bis Ende 1941 ab. Der Produktionsrückgang betraf besonders Munition für Infanteriewaffen, Artillerie und Werfer. Flakmunition hingegen, Munition für Kampfwagen Geschütze und verschiedene andere Munitionsarten wurden in zunehmenden Mengen produziert.

¹⁹⁴ *The Effects*, S. 207, Tab. 6.

¹⁹⁵ Ebenda, S. 37, Tab. 15 u. S. 213, Tab. 11.

Eine ähnliche Entwicklung wies die Produktion von Waffen, d. h. von Gewehren, Maschinenwaffen, Geschützen und Werfern, auf. Hier war allerdings die Gesamtproduktion 1941 höher als im Vorjahr, was von bürgerlichen Historikern gern verschwiegen wird.

Tabelle 7

Produktion von Waffen und Munition 1939–1942
(Januar/Februar 1942=100)

Quartal bzw. Jahr	Munition	Munition (Heer)	Waffen	Waffen (Heer)
1939/IV	74	186	63	?
1940/I	82	195	68	86
1940/II	125	268	79	101
1940/III	139	299	83	97
1940/IV	102	185	86	101
1940 (Durchschnitt)	112	237	79	96
1941/I	105	178	107	127
1941/II	106	142	118	144
1941/III	100	94	109	132
1941/IV	95	86	90	90
1941 (Durchschnitt)	102	125	106	123
1942/I	105	117	105	109
1942/II	147	267	132	148
1942/III	193	419	145	156
1942/IV	220	534	167	179
1942 (Durchschnitt)	166	334	137	148

Quelle: *The Effects*, S. 275, S. 283 u. S. 286, Tab. 100, 111, 112 u. 115.

Die Einschränkung der Produktion von Waffen und besonders von Munition war im wesentlichen auf das Heer begrenzt. Sie wurde übrigens im Jahre 1942 in sehr schnellem Tempo wieder aufgeholt. Der rasche Produktionsanstieg dieses Jahres rührte nicht zum wenigsten daher, daß die Produzenten von Geschößteilen und -zubehör sowie von Pulver und Sprengstoff sich bei weitem nicht so früh und stark „umgestellt“ hatten und daher Anfang 1942 über große Lagerbestände verfügten.

Eine ganz andere Produktionskurve als die Munitionserzeugung wies diejenige von Panzern auf.

Tabelle 8

Produktion von Panzern 1939–1942 (Panzerkampfwagen und Sturmgeschütze)

	Stck.	Gewicht (t)
1939 (Sept.–Dez.)	247	5500
1940	1643	34820
1941	3790	76720
davon 1. Hälfte	1617	
davon 2. Hälfte	2173	
1942	4961	113860

Quelle: *The Effects*, S. 163 u. S. 278ff., Tab. 104 u. 105.

Im Mai 1941 wurden zum ersten Mal mehr als 300 Panzer pro Monat produziert. Im ersten Halbjahr 1941 erreichte der Ausstoß fast den des ganzen Jahres 1940; im zweiten Halbjahr übertraf er ihn um 32 Prozent. Die Gesamterzeugung 1941 belief sich auf 231 Prozent gegenüber der des Vorjahres (nach Gefechtsgewicht: 220 Prozent). Im November 1941 erklomm die Produktion den Höhepunkt des Jahres.¹⁹⁶

Die Investitionstätigkeit in der Rüstungsindustrie nahm im Jahre 1941 einen außerordentlich großen Umfang an. Diese Tatsache stand in engem Zusammenhang mit den Einschränkungen auf bestimmten Gebieten der unmittelbaren Rüstungsproduktion und war wie diese Bestandteil der langfristigen strategischen – militärischen wie wirtschaftlichen – Konzeption der herrschenden Kreise des Regimes. Schon am 18. Mai 1941 war das zukünftige Kriegskonzept nach „Barbarossa“ Gegenstand von Beratungen zwischen Hitler, Todt und Keitel. Am folgenden Tag informierte Keitel den zuständigen Abteilungschef (in Vertretung von General Thomas): „Chef OKW führt aus, daß für die weitere Kriegführung die Waffen- und Munitionsfertigung nicht die Hauptrolle spielt, sondern daß als Voraussetzung für diese Fertigung und für die weitere Kriegführung zunächst der Ausbau der Grundstoffindustrien weiter betrieben werden muß, und zwar für Gummi, Benzin, Energie, Aluminium.“¹⁹⁷

Zahlreiche bedeutende Rüstungsbauten wurden in Angriff genommen oder forciert vorangetrieben, besonders in der Flugzeug- und Flugmotorenindustrie und in den über den Vierjahresplan staatlich besonders geförderten Rohstoffindustrien (synthetischer Treibstoff und Kautschuk, Aluminium, Zellwolle). Diese Investitionen wirkten sich zum größten Teil erst in den folgenden Jahren in der eigentlichen Rüstungsproduktion aus. Der Maschinenbau lieferte 1941 in allen wichtigen Erzeugnisgruppen, ausgenommen rollendes Material (Lokomotiven und Waggonen), mehr Investitionsgüter an die Industrie als in irgendeinem anderen Jahr des Krieges.

Tabelle 9

Umsatz der Maschinenbauindustrie 1939–1942 (in Mill. RM)

	Maschinen	Ausrüstungen für Energieanlagen	Rollendes Material	Insgesamt
1939	4874	1571	478	6923
1940	4769	1947	563	7278
1941	5210	2253	698	8161
1942	5139	2231	838	8209

Quelle: The Effects, S. 218, Tab. 17.

Die Rüstungsanstrengungen des deutschen Imperialismus verringerten sich im Jahre 1941 insgesamt also keineswegs, obwohl im zweiten Halbjahr die Produktion in bestimmten Sektoren der Heeresrüstung zugunsten der Produktions- und Investitionsprogramme auf dem Gebiet der Luftwaffenrüstung gedrosselt wurde. Im Gegenteil, die kriegswirtschaftliche Maschinerie Hitlerdeutschlands arbeitete angespannter als zuvor. Die Produktions-

¹⁹⁶ Ebenda.

¹⁹⁷ ZStA Potsdam, FS, Film 1742, AN WiRüAmt (Hünemann) üb. Bespr. b. Keitel am 19. 5., v. 20. 5. 1941.

einschränkungen und -umstellungen verschoben nur die Proportionen zwischen verschiedenen Gebieten und Schwerpunkten der Rüstung. Sie schränkten ihre Kapazität nicht nur nicht ein, sondern erweiterten sie noch beträchtlich.

Die Rüstungsumstellung des Jahres 1941 war ebenso wie die des Jahres 1940 in jeder Hinsicht ein typisches Produkt der Blitzkriegsstrategie und -ideologie¹⁹⁸ – diesmal jedoch auf einer katastrophalen Fehlrechnung fußend: daß nämlich die UdSSR in wenigen Monaten zusammenbrechen werde. Beide „Umrüstungen“ entsprachen nach Inhalt und Aufeinanderfolge den wechselnden militärstrategischen Zielsetzungen der deutschen Imperialisten, die Zug um Zug „durch Vernichtungsschläge gleich zu Beginn der Feindseligkeiten“ (Carl Krauch)¹⁹⁹ einen Gegner nach dem anderen auf ihrem Weg zur Welt-herrschaft ausschalten wollten. Die Blitzkriegsstrategie war auf Atempausen zwischen Phasen großer militärischer Anstrengung und hoher wirtschaftlicher Belastung berechnet. Solche Pausen sollten jeweils den Umbau in der Rüstungsindustrie auf Grund veränderter Rüstungsprogramme ohne starke Spannungen im Gefüge der kapitalistischen Volkswirtschaft und möglichst ohne Produktionseinbußen ermöglichen.

Außerdem war die Absicht der herrschenden Kreise Hitlerdeutschlands unverkennbar, mittels der Blitzkriegsstrategie ihre Ziele jeweils mit jenem wirtschaftlichen Kräfteaufwand zu erreichen, der nicht nur dem jeweils verfügbaren Wirtschaftspotential, sondern auch dem ihnen vertretbar erscheinenden Grad seiner Mobilisierung entsprach. Die negativen Auswirkungen der Rüstung und des Krieges auf das eigene Volk sollten in kontrollierbaren, wenn auch durchaus hinausschiebbaren Grenzen gehalten werden, damit sozialen Erschütterungen und Konflikten vorgebeugt würde. Ein bestimmter Tiefpunkt des mit dem Krieg verbundenen Elends sollte – auf Kosten der unterjochten und ausgeplünderten Völker anderer Länder – im Durchschnitt nicht unterschritten werden. Den Schock von 1918 trug die herrschende Klasse noch in allzu lebhafter Erinnerung. Sie hatte auf ihre Weise bestimmte Schlußfolgerungen daraus gezogen.

Von Juni 1941 an sollte das wirtschaftliche Blitzkriegskonzept des deutschen Imperialismus in umfassender, geradezu „klassischer“ Weise verwirklicht werden. Der heldenmütige Widerstand des Sowjetvolkes, der die militärische Planung der Aggressoren von Anfang an durchkreuzte, enthüllte aber sogleich den tief illusionären Charakter dieses Konzepts.

198 Siehe dazu grundlegend Förster, Gerhard, *Totaler Krieg und Blitzkrieg. Die Theorie des totalen Krieges und des Blitzkrieges in der Militärdoktrin des faschistischen Deutschlands am Vorabend des zweiten Weltkrieges*, Berlin 1967, bsd. S. 87 ff., S. 94.

199 Eichholtz, Dietrich, *Zum Anteil des IG-Farben-Konzerns an der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges*, in *JfW*, 1969, T. 2, S. 99f., Bericht des GB Chemie vor dem Generalrat des Vierjahresplanes (Entwurf v. 20./21. 4. 1939).

Der Zusammenbruch des wirtschaftlichen Blitzkriegskonzepts. Konzentration der staatsmonopolistischen Regulierungsgewalt

1. Auswirkungen der Niederlage vor Moskau

Anfang Dezember brach der letzte Versuch der Wehrmacht zusammen, nach Moskau durchzustoßen. Unmittelbar danach begann die sowjetische Gegenoffensive.

Am 27. November hatte der Generalstabschef des Heeres, Generaloberst Franz Halder, bereits festgestellt: „Wir sind am Ende unserer personellen und materiellen Kraft.“¹ Die sowjetische Offensive vor Moskau, die am 5./6. Dezember 1941 begann und im Jahre 1942 auf breiterer Front bis März/April fortgesetzt wurde, offenbarte endgültig, daß das strategische Kalkül der faschistischen Aggressoren und damit die gesamte Planung des Raub- und Klassenkrieges gegen die UdSSR gescheitert waren. Die Grundkonzeption des „Blitzkriegs“, auf die der deutsche Imperialismus beim zweiten Versuch, seine Welt- hegemonie zu errichten, gebaut hatte, hatte sich als verfehlt erwiesen.

Die harten militärischen Tatsachen legten zugleich offen, daß das bisherige kriegswirtschaftliche Konzept und damit der staatsmonopolistische Regulierungsmechanismus in seiner bisherigen Wirkungsweise und Struktur für die Zukunft untauglich waren. Es ging nicht einfach nur um Ersatz für die materiellen Verluste der Front, die völlig neue Maßstäbe angenommen hatten. Die für die deutsche Kriegswirtschaft Verantwortlichen sahen sich vor der Aufgabe, mitten in einer schweren Niederlage und erbitterten Abwehrschlacht unter Einbuße von Hunderttausenden Arbeitskräften, die zur Wiederherstellung der Heeresstärke abgezogen wurden, einen auf lange Dauer funktionstüchtigen und wesentlich leistungsstärkeren Produktionsapparat zu organisieren, ohne daß sie über all die Reichtümer des Sowjetlandes verfügen konnten, die in ihrer Blitzkriegsrechnung bereits auf der Habenseite gestanden hatten.

Bis Ende November 1941 hatte der Krieg gegen die Sowjetunion das faschistische Heer an Toten, Vermißten bzw. Gefangenen und ins Hinterland abtransportierten Verwundeten und Kranken mehr als 750 000 Mann gekostet – alle vorangegangenen Feldzüge seit 1939 dagegen weniger als 100 000 Mann.² Die Angaben über die Wehrmachtverluste von

1 Halder, Franz, Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942, Bd. 3, Stuttgart 1964, S. 311.

2 *KTB des OKW*, Bd. I, S. 1120 f., „Personelle Verluste“, 22. 6.–31. 12. 1941, v. 5. 1. 1942 (753 000); Müller-Hillebrand, Bd. 3, S. 18 f. (740 000). Grigoleit (*Grigoleit, Joachim*, Vorstellungen und Maßnahmen der deutschen militärischen Führung zur personellen Sicherstellung des Aufbaus und des Einsatzes der faschistischen Wehrmacht bis zur Wende im zweiten Weltkrieg (1933–1943), Diss. Potsdam 1977, S. 88) betrachtet diese Zahlen als Ergebnisse vorläufiger Erhebungen und kommt auf insgesamt 822 000 Mann (davon rd. 420 000 Mann unwiederbringliche Verluste).

Dezember 1941 bis April 1942 belaufen sich auf weitere 560000 Mann.³ Allein das Heer verlor vom 22. Juni 1941 bis 30. April 1942 an der deutsch-sowjetischen Front 1,29 Mill. Mann; das waren 93,5 Prozent seiner Gesamtverluste und rund 40 Prozent der beim Überfall auf die UdSSR eingesetzten Verbände.⁴

Tabelle 10

Verluste an der deutsch-sowjetischen Front (Auswahl)
22. Juni 1941 bis 30. Januar 1942

	bis 1. 11. 1941	bis 30. 11. 1941	bis 31. 12. 1941	bis 30. 1. 1942
Gepanzerte Fahrzeuge	1812	3290	3730	4241
Kraftfahrzeuge	76488	93326	116440	121529
Flugzeuge (Frontverluste)	3838	4219	4643	5100
l. F. H.	538	651	1103	1300
s. F. H.	310	354	554	642
l. I. G.	640	721	919	1067
s. I. G.	196	228	302	352
l. Gr. W.	2378	2638	3162	3572
s. Gr. W.	1315	1501	1974	2318
Kan. 10 cm	65	75	108	132
3,7-cm-Pak	2479	2698	3349	3787
5-cm-Pak	274	291	426	475
Karabiner	49963	54422	60732	66432
MG	16211	17676	21062	24247
Pferde	85899	120494	143503	179132

Quelle: Reinhardt, S. 316, Anl. 7 (Quelle: 10-Tages-Meldungen des Heeres und der Luftwaffe).

An Panzern erlitt das Heer von Juni bis November 1941 einen Totalausfall von 2326 Panzerkampfwagen und Sturmgeschützen, die fast ausschließlich an der deutsch-sowjetischen Front verloren gingen.⁵ Demnach waren rund 55 Prozent des dort am 22. Juni eingesetzten Panzerbestandes vollständig ausgefallen. Von Dezember 1941 bis März 1942 gingen weitere 1234 Panzerkampfwagen und 107 Sturmgeschütze verloren.⁶ In den Zahlen sind die Ausfälle an reparierfähigen Panzern, die sich darüber hinaus auf ungefähr zwei Drittel der Totalverluste beliefen, nicht enthalten.⁷ Bei den 16 an der deutsch-sowjetischen Front eingesetzten Panzerdivisionen wurden am 30. März 1942 nur noch 140 einsatzfähige Panzer gezählt.⁸

An Infanteriewaffen und Geschützen hielten sich die Verluste bis zum Ausgang des

3 Grigoleit, Anlagenband S. 23, Anl. 8.

4 Ebenda; *DZW*, Bd. 2, S. 274 (nach Halder: 1,168 Mill.).

5 Müller-Hillebrand, Bd. 3, S. 21 und Aufstellung nach S. 274. Nach *The Effects*, S. 165, gingen bis Ende September an der deutsch-sowjetischen Front nur 500 deutsche Panzer verloren, in den nächsten drei Monaten dagegen 2500 (Nur: Panzerkampfwagen und Sturmgeschütze).

6 Müller-Hillebrand, Bd. 3, Aufstellung nach S. 274.

7 Ebenda, S. 205. Reinhardt (S. 258) gibt die Gesamtverluste des Ostheeres bis 31. 1. 1942 mit 4241 Panzern und Sturmgeschützen an (s. Tab. 10).

8 Reinhardt, S. 258.

Herbste im wesentlichen noch in den von den deutschen Militärs vorausgeschätzten Grenzen. Auf dem Rückzug vor Moskau dagegen verlor die Wehrmacht bedeutende Mengen an Waffen und Ausrüstung. Besonders an Geschützen waren die Verluste hoch, unverhältnismäßig höher als im gesamten Feldzug gegen Frankreich im Jahre 1940.

Tabelle 11

Verluste und Bestand an Geschützen des Heeres 1940 und 1941/42 (in Stck.)

	Bestand 1. 6. 1941	Verluste Dez. 1941 bis Febr. 1942 (90 Tage)	Verluste 10. 5.–20. 6. 1940 (42 Tage)	Bestand 1. 2. 1942
Pak (3,7 u. 5 cm)	15 506	1771	636	?
1. Inf. G. (7,5 cm)	4 176	510	154	3775
s. Inf. G. (15 cm)	867	165	23	791
1. F. H. (10,5 cm)	7 076	800–900 *	137	6 155
s. F. H. (15 cm)	2 867	361	88	2 514

* Meine Schätzung; in der Quelle fälschlich 147; Gesamtverlust 22. 6. 1941 bis 15. 3. 1942 = 1307.

Quelle: DZW, Bd. 2, S. 275 (dort einige Abweichungen); Müller-Hillebrand, Bd. 3, S. 29 u. S. 42.

Bis zum 10. November waren an Kraftfahrzeugen fast 81 600 Stück verlorengegangen.⁹ Von Dezember 1941 bis März 1942 beliefen sich die Totalverluste an Kraftfahrzeugen auf weitere 31 100 LKW, 18 300 PKW und 22 500 Motorräder, dazu 2 250 Zugmaschinen. Diesen Ausfällen von insgesamt rund 74 200 Kraftfahrzeugen standen Neuzuweisungen von nur 7 441 Stück gegenüber.¹⁰ Die Luftwaffe erlitt in der Zeit von Juni 1941 bis Januar 1942 einen Gesamtverlust von 6 894 Maschinen.¹¹

Der Verbrauch an Munition, besonders an Artilleriemunition, überschritt in den Herbst- und Wintermonaten die Produktion um ein Mehrfaches.¹² Die „katastrophale Eisenbahnleistung“¹³ verschlimmerte die Versorgung der Front. Um die Jahreswende 1941/42 verfügte die Truppe nur über ein bis zwei Zehntel ihrer normalen Ausstattung mit Infanterie- und Artilleriemunition und über 0,1 bis 0,5 Tagessätze an Treibstoff.¹⁴ Ende Dezember 1941 wandte sich das OKH an die Rüstungsinspektionen und forderte in Fernschreiben, die Erzeugung von Heeresmunition, besonders von Artilleriemunition, „schnellstens auf höchsten Ausstoß zu steigern“.¹⁵ Solche Versuche des OKH, unmittelbar in die Produktion einzugreifen, setzten sich noch wochenlang fort. „Generalstab schreit händeringend nach Kapazität der 10,5 cm“ (Feldhaubitzen-Sprenggranate), vermerkte das Rüstungskommando Augsburg Anfang Februar 1942¹⁶; das OKH verlangte, Kapazitäten

9 Reinhardt, S. 115.

10 Müller-Hillebrand, Bd. 3, S. 29; DZW, Bd. 2, S. 275.

11 Davon 4 903 Totalabgänge (Reinhardt, S. 260; s. a. Groehler, Geschichte des Luftkriegs, S. 333).

12 Müller-Hillebrand, Bd. 3, S. 43.

13 ZStA Potsdam, FS, Film 1829, AN WiRüAmt (Rü II) üb. Vortrag Thomas' bei Keitel am 13. 1. 1942, v. 14. 1. 1942. Über den Zusammenbruch des Transportwesens der Wehrmacht im Winter 1941/42 in der UdSSR s. Reinhardt, S. 280 ff.

14 Wie Anm. 13 (Film 1829).

15 ZStA Potsdam, FS, Film 3398, FS OKH Chef (HRüst/BdE) v. 24. u. 30. 12. 1941).

16 Ebenda, Film 4826, AN Rükdo Augsburg, 8. 2. 1942.

der 8,8 cm- auf solche der 10,5 cm-Sprenggranatenproduktion umzustellen, „weil die 8,8 cm nicht mehr zur Bekämpfung der russischen Panzer ausreicht“.¹⁷

Das faschistische Regime machte eine Krise durch, deren Auswirkungen auf die fernere Kriegslage und auf die wirtschaftliche, innen- und außenpolitische Situation die deutschen Imperialisten mit allen Mitteln auffangen wollten. Sie sahen sich insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet gezwungen, ihre Blitzkriegsillusionen – „kurze Kriege mit großen Ruhepausen“¹⁸ – fahren zu lassen, und bemühten sich nunmehr, sich in der Kriegswirtschaft auf die Bedingungen eines längeren kräftezehrenden Krieges einzustellen. Die Niederlage vor Moskau stellte das entscheidende Moment dieser Entwicklung dar, die schon ein bis zwei Monate vorher eingesetzt hatte. Der Eintritt der USA in den Krieg (Kriegserklärung Deutschlands am 11. Dezember 1941) bestärkte die deutschen Imperialisten in der Politik wesentlicher Veränderungen im staatsmonopolistischen Mechanismus der Kriegswirtschaft, änderte aber nichts an dem nun eingeschlagenen, schon seit einiger Zeit vorbereiteten Kurs.

Der Prozeß, in dem sich dieser Kurs durchsetzte, wies freilich, dem Grundcharakter der kapitalistischen Ordnung entsprechend, einen chaotischen Charakter auf, der durch seine Eilbedürftigkeit eher verstärkt als abgeschwächt wurde. Um die verschiedenen Konzeptionen wurden unter den beteiligten Gruppierungen, Institutionen und Personen heftige interne Auseinandersetzungen ausgetragen, bis sich schließlich seit dem Februar 1942 eine eindeutig dominierende herausschälte.

Das erste offiziell kundgetane Eingeständnis des Bankrotts der bisherigen kriegswirtschaftlichen Konzeption des deutschen Imperialismus waren die „Durchführungsbestimmungen Nr. 1“ vom 28. November 1941¹⁹ zu den Rüstungsrichtlinien des OKW vom 23. Oktober, die diese de facto aufhoben. Das Programm der „Kräfteverlagerung“ und der „Kräfteverteilung“, das die Richtlinien vom 23. Oktober vorsah, hatte noch auf der Voraussetzung aufgebaut, daß 49 Divisionen des Heeres und ein Teil der Heerestruppen, insgesamt also der vierte Teil des Gesamtheeres, nach siegreichem Feldzug aufgelöst und zum überwiegenden Teil der Kriegswirtschaft zur Verfügung gestellt werden sollten.²⁰ Die Durchführungsbestimmungen vom 28. November dagegen begannen bereits mit dem lapidaren Satz: „Mit einer Auflösung von Divisionen des Heeres ist im geplanten Umfang nicht zu rechnen.“²¹

Sollte jedoch ein neues Konzept erarbeitet werden, so mußte erst Hitlers „Umrüstungs“-Erlaß vom 14. Juli 1941²² fallen. Thomas bestürmte Keitel am 9. Dezember mit der Frage, was nun 1942 werden solle; er ließ durchblicken, daß die „Führerweisung“ vom 14. Juli nicht zu halten sei und „daß ein Verzicht auf irgend etwas eintreten muß“.²³ Bald herrschte im OKW Klarheit darüber, daß der Hitler-Erlaß hinfällig und schleunigst zurückzuziehen

17 Ebenda.

18 BA Koblenz, R 3/1547, Rede Speers vor den Gauwirtschaftsberatern, Gauamtsleitern für Technik und Gauobleuten der DAF am 18. 4. 1942.

19 ZStA Potsdam, FS, Film 2325.

20 Ebenda, „Richtlinien auf personellem Gebiet“, 23. 10. 1941 (Heerestruppen = selbständige Einheiten unter OKH, z. B. Artillerie-, Pionier- und Nachrichteneinheiten).

21 Ebenda, „Durchführungsbestimmungen Nr. 1“, 28. 11. 1941.

22 Siehe S. 13.

23 ZStA Potsdam, FS, Film 1742, Vortragsnotiz Thomas' für Chef OKW („Vor-Entwurf“) v. 9. 12. 1941.

sei: „Insgesamt ergibt sich . . . eine grundsätzlich neue Lage gegenüber den Voraussetzungen vom 14. 7. 1941.“²⁴

Im Dezember und um die Jahreswende 1941/42 arbeitete die Wehrmachtführung ihre Entwürfe²⁵ für den neuen Erlaß Hitlers über die „Rüstung 1942“ vom 10. Januar 1942 aus, in dem das Blitzkriegskonzept vom Sommer 1941 auf dem Gebiet der Kriegswirtschaft stillschweigend ad acta gelegt wurde. Der grundlegende Entwurf wurde schon am 13. Dezember 1941 im Wehrmachtführungsstab verfaßt.²⁶

In Hitlers neuem Erlaß²⁷ wurde die Rüstungsumstellung vom Sommer 1941, unbeschadet einiger laher Ausflüchte, in „Anpassung an die veränderte Kriegslage“ widerrufen. Das geschah nicht ausdrücklich und nur mit der Maßgabe, daß die alte rüstungsstrategische Zielsetzung, der „Ausbau der Luftwaffe und Kriegsmarine zum Kampf gegen die angelsächsischen Mächte“, wie es hieß, „auf weite Sicht . . . unverändert“ bliebe. Die weitere allgemeine Gültigkeit des überholten Erlasses vom 14. Juli 1941 in „wirtschaftlich-technischer“ Hinsicht wurde im Schlußpassus sogar bekräftigt und seine „erhöhte Bedeutung“ postuliert. Doch der Widerruf zeichnete sich klar ab in dem Verbot, ein „Absinken der Rüstung des Heeres“ zuzulassen, und vor allem in der Quintessenz des Erlasses: „Die Mittel der Rüstung sind daher zunächst bevorzugt den gesteigerten Bedürfnissen des Heeres dienstbar zu machen.“ Der Hauptteil des Erlasses handelte von der notwendigen Umstellung der Rüstungsproduktion und der Rohstoffverteilung zugunsten des Heeres und von der Dringlichkeit der Rüstungsprogramme.

Das wichtigste Ziel der Rüstungsanstrengungen war, nach der Vorlage Keitels für Hitler vom 3. Januar, die „Neubildung und Auffrischung starker Offensivverbände“.²⁸ Als Termin für die Aufstellung solcher Verbände und für ihre Ausrüstung „mit dem notwendigen Nachschub für mindestens vier Monate“ setzte Hitler den 1. Mai 1942 fest.²⁹ Die Schnellen Truppen des Heeres sollten – wie schon im Panzerprogramm vom August 1941 gefordert – auf 24 bis 30 Panzerdivisionen und 15 motorisierte Divisionsverbände vergrößert werden.³⁰ Zu diesem Zweck wurde nun beschlossen, die Marinerüstung und das schon zusammengeschmolzene Luftrüstungsprogramm zu kürzen und die Produktion von Bomben und Flugzeugmunition zu drosseln. Vor allem Kupfer- und Aluminiumkontingente sollten so für die Heeresrüstung frei werden.

Mit dem Erlaß vom 10. Januar 1942 waren das Göringprogramm und die gesamte „Umrüstung“ des Jahres 1941 begraben. Der Weg war frei für eine offizielle Umverteilung der Rohstoffkontingente und Arbeitskräfte zugunsten der Heeresrüstung und für den Widerruf der im Herbst 1941 versandten „Drosselungslisten“ und „Drosselungsschreiben“. Unklar

24 Ebenda, Film 1775, Vortragsnotiz WFSt v. 13. 12. 1941.

25 Siehe z. B. *Thomas*, S. 470 ff., Denkschrift WiRüAmt v. 23. 12. 1941; ebenda, S. 478 ff., Denkschrift WFSt v. 3. 1. 1942.

26 Gedr. in *Eichholtz, Dietrich*, Die Vorgeschichte des „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ (mit Dokumenten), in *JfG*, 1973, Bd. 9 (im folgenden: Vorgeschichte des GBA), S. 372 ff., Dok. 2.

Siehe ausführlicher *Reinhardt*, S. 265 ff.

27 *Thomas*, S. 483 ff. Hiernach auch das Folgende.

28 Ebenda, S. 479, Denkschrift WFSt v. 3. 1. 1942.

29 Ebenda, S. 484, Erlaß Hitlers „Rüstung 1942“ v. 10. 1. 1942.

30 Ebenda, S. 479, Denkschrift WFSt v. 3. 1. 1942. Entwürfe der vorangehenden Tage enthielten eine Forderung nach 30 Panzer- und 20 motoris. Div. (ZStA Potsdam, FS, Film 8630, OKW-Entwürfe v. Ende Dez. (?) u. 1. 1. 1942).

war jedoch nach wie vor, welches neue kriegswirtschaftliche Konzept auf die Dauer durchgesetzt werden und in wessen Händen die Vollmachten dafür liegen würden. Die Lösung dieser Probleme lag gerade den führenden Monopolkreisen dringend am Herzen, und sie hatten auch schon genaue Vorstellungen davon, wie sie zu lösen seien.

Das Scheitern des wirtschaftlichen Blitzkriegskonzepts war ein Ausdruck der tiefen Gegensätzlichkeit zwischen den Zielen und den realen Möglichkeiten der deutschen Imperialisten. Ihr wirtschaftliches Potential stand in keinem Verhältnis zu den militärischen Aufgaben und zu den Kriegszielen, die sie sich stellten. Auch als sie ein gut Teil Europas besetzt hielten, ausplünderten und ausbeuteten, mußten all ihre optimistischen Berechnungen des nun beherrschten Gesamtpotentials Fehlrechnungen bleiben. Es gab keine Chance für sie, die Sowjetunion zu unterjochen. Es war ferner unmöglich, die unterworfenen Völker Europas auf Dauer in Botmäßigkeit zu halten, sich ihre wirtschaftlichen Ressourcen anzueignen und sie bis aufs Blut auszubeuten. Im eigenen Land war das faschistische Regime infolge der Herrschaft des Kapitals und der Gesetze des Profits nicht in der Lage, das vorhandene wirtschaftliche Potential voll für seinen Krieg auszunutzen, zumal da es ihn für die schlechteste imperialistische Sache führte, die den Lebensinteressen des deutschen Volkes diametral entgegengesetzt war.

Bürgerliche Autoren gehen hingegen vielfach von der Voraussetzung aus, daß der Krieg, einmal begonnen, kriegswirtschaftlich wohl zu gewinnen oder wenigstens mit Gewinn zu Ende zu bringen gewesen sei – wenn er gründlich genug „in der Tiefe“ vorbereitet worden wäre; wenn in den ersten Kriegsjahren, besonders 1941, das Rüstungstempo schnell genug erhöht und nicht, wie sie behaupten, abgebremst worden wäre; wenn von Anfang an eine straffe, zentrale staatsmonopolistische Regulierung die gesamte Kriegswirtschaft erfaßt hätte. Diese drei wichtigsten, in verschiedener Zusammenstellung und Gewichtung immer wieder auftauchenden Argumente lassen sich schließlich auf einen Nenner bringen: Die Blitzkriegsstrategie war verfehlt; von vornherein hätte der Krieg „total“ geführt werden müssen. Soweit dies gegen Kriegsende geschehen, sei es „zu spät“ getan worden.

General Thomas sah, als er in den Jahren 1943/44 seinen umfassenden Tätigkeitsbericht abfaßte, daß er mit seiner Skepsis gegenüber der Blitzkriegsstrategie Recht behalten hatte, schloß aber fälschlich daraus, daß seine „Tiefenrüstungs“-Konzeption³¹ realistischer gewesen wäre. Doch er selbst mußte feststellen, daß „die Tiefenrüstung (Bereitstellung von Nachschub, industrielle Vorbereitungen, Bevorratung mit Rohstoffen) bei der geschwächten Devisenlage des Reiches sehr vernachlässigt werden mußte.“³² Milward dämert etwas von diesem Dilemma. Er unternimmt es, die Chancen des wirtschaftlichen Blitzkriegskonzepts und die der „Tiefenrüstung“ gegeneinander abzuwägen. Immerhin gesteht er zu, daß „Rußlands Fähigkeit, den ‚Fünfmonatskrieg‘ zu überstehen“, zum Ende des Blitzkriegs beitrug.³³ Doch der Schlüssel zur Erklärung der Umstellung „auf volle Kriegsproduktion“ liegt für ihn „in Hitlers Denken“, in das er zu seinem Bedauern keinen „vollen Einblick“ hat.³⁴

³¹ Siehe zu dieser Konzeption *Band I*, S. 18; unzulässig vereinfacht und auf den Hauptnenner Hitler gebracht wird sie in *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 1: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik. Hrsg. v. Militärgeschichtl. Forschungsamt, Stuttgart 1979, S. 281, S. 315f.

³² *Thomas*, S. 145.

³³ *Milward, Alan S.*, Die deutsche Kriegswirtschaft 1939–1945 (im folgenden: *Milward, Kriegswirtschaft*), Stuttgart 1966, S. 52.

³⁴ *Ebenda*, S. 60.

Alle derartigen Erörterungen über das Blitzkriegskonzept in der Wirtschaft laufen auf die These hinaus, es sei ein „Abbild der strategischen Überlegungen Hitlers“ gewesen und habe, im Gegensatz zur „wirklichen Kriegswirtschaft“, den „Grundprinzipien der nationalsozialistischen Wirtschaft“ entsprochen³⁵; seine „Ursachen und inneren Bedingungen“ – so Birkenfeld – „liegen im Letzten bei Adolf Hitler selbst“.³⁶ Diese oberflächliche, inhaltlose Charakteristik führt zu der schon skizzierten Kritik vom Standpunkt der „totalen“ imperialistischen Kriegführung.

2. Die Reorganisation des Systems staatsmonopolistischer Machtorgane in der Kriegswirtschaft (Zweite Phase)

a) Die Reorganisation des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition

Am 13. Januar 1942 rief die Leitung der Reichsgruppe Industrie ihren Großen Beirat zu einer Beratung zusammen. Es referierte der Reichsminister für Bewaffnung und Munition. „Vor den Toren Moskaus“, so begann Todt, „kam es zu einem Stillstand, im wesentlichen wohl deshalb, weil die Russen eine ungeheure Basis in der Vielmillionenstadt Moskau unmittelbar hinter sich hatten.“³⁷ Er sah keinen Grund, vor seinem Publikum mit bestimmten Einsichten hinter dem Berg zu halten, und bezeichnete das so hartnäckigen Widerstand leistende Sowjetvolk als eine „ungeheure Kraft“.³⁸ Er kam zu dem Schluß, „daß wir uns doch mehr darauf gefaßt machen müssen, einen totalen Krieg zu führen“.³⁹ Daraus die Konsequenzen zu ziehen bedeute, „daß nicht nur die Wehrmacht, sondern das ganze deutsche Volk die Härte des Krieges stärker empfinden muß als bisher, um hierdurch zur Hergabe des Letzten veranlaßt zu werden“.⁴⁰

Todts Zuhörer interpretierten seine Aufforderungen selbstverständlich nicht so, als verlange er mit der „Hergabe des Letzten“ einen Verzicht auf die Kriegsprofite der Monopole. Der Leiter der Reichsgruppe Industrie, Wilhelm Zangen, Vorstandsvorsitzer des Mannesmann-Konzerns und Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Bank, bekundete sein und der RGI vollstes Einverständnis mit Todts Darlegungen. Er drückte den Zusammenhang zwischen dem militärischen Rückschlag und der erhöhten Bedeutung, die er der Steigerung der Kriegsproduktion und ihrer Regulierung durch die führenden Monopole zumaß, mit einem Zitat Friedrichs II. aus: „Schlachten werden gewonnen durch Bajonette, Kriege werden nur gewonnen durch die Ökonomie.“⁴¹ Todt und Zangen forderten die Mobilisierung des in- und ausländischen Arbeitskräftepotentials für die deutsche Rüstungsindustrie. Rationalisierung durch Konzentration der Produktion in den „leistungsfähigsten“ Betrieben und durch vermehrte Ausbeutung war ihre Losung.

35 Ebenda, S. 29; S. 45.

36 Thomas, S. 32 (Einleitung von B.). Eine verhältnismäßig abgewogene und fundierte Darstellung der objektiven Ursachen für das Scheitern des militärischen und wirtschaftlichen Blitzkriegskonzepts findet sich dagegen bei Reinhardt.

37 *Anatomie des Krieges*, S. 373, Dok. 189, Aufzeichnung von Karl Albrecht, Wigru Feinmechanik und Optik, üb. d. Sitzung am 13. 1. 1942.

38 BA Koblenz, R 13 I/654, Aufzeichnung der Rede Todts (Wigru EsI).

39 Ebenda.

40 Wie Anm. 37.

41 Wie Anm. 37.

Die Zeitspanne von Dezember 1941 bis Februar 1942 war ausgefüllt von der angestregten Suche der herrschenden Kreise des Regimes nach einem Ausweg aus dem kritischen Zustand der Kriegswirtschaft, einer Suche, die sich im Laufe des Januars zur hektischen Betriebsamkeit steigerte. Klar war den Beteiligten, daß man sich auf einen längeren Krieg einzurichten hatte. Das Grundproblem war ein zweifaches; die maßgeblichen Stellen beschäftigten sich „ebenso sehr mit der Frage, wer die deutsche Wirtschaft kontrollieren sollte, wie damit, welche Art von Wirtschaft es sein sollte“.⁴²

Unabweisbar wurde nun die Forderung nach einer „obersten Führungsstelle“⁴³, nach einer „rüstungswirtschaftlichen Zentralschaltstelle“⁴⁴, die die unmittelbar Betroffenen – die Rüstungsindustrie und die regionalen Rüstungsdienststellen der Wehrmacht – mit besonderer Heftigkeit erhoben.

Die hauptsächlichen Kontrahenten im Kampf um die Beherrschung der angestrebten zentralen wirtschaftlichen Kommandoposition waren das OKW, das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition und schließlich die Gruppierung Luftwaffe/Vierjahresplan (Göring, Milch, Krauch). Das Munitionsministerium hatte freilich seinen Konkurrenten voraus, daß es sich unmittelbar auf die Mehrheit der großen Rüstungskonzerne stützen konnte, daß es aufs engste mit der Leitung der Reichsgruppe Industrie zusammenarbeitete und daß ihm in Gestalt seines Rüstungsbeirats ein Gremium führender Monopolisten zur ständigen Konsultation in allen entscheidenden kriegswirtschaftlichen Fragen zur Verfügung stand.

Es ging hierbei nicht um eine bloße Neuverteilung von Vollmachten und Kompetenzen, sondern darum, die Front in neuen Dimensionen, umgehend und auf lange Sicht mit Waffen und Munition und auch mit Soldaten zu versorgen. Das einmütig verfolgte Ziel der herrschenden Kreise des Regimes war eine gründliche Umstellung auf eine „totalere“ und effektivere Kriegswirtschaft zu eben diesem Zweck. Diejenige Kräftegruppierung mußte schließlich die entscheidenden Regulierungsvollmachten an sich ziehen, die die erfolgversprechendste Methode für eine solche Umstellung, die größten Potenzen für ihre Durchsetzung und die schlagendsten konkreten Beweise für den bezweckten kriegswirtschaftlichen Erfolg vorweisen konnte.

Das Schlüsselproblem lag spätestens seit Hitlers Erlaß vom 3. Dezember 1941 für alle Beteiligten in einer umfassenden Rationalisierung der gesamten Rüstungsproduktion,⁴⁵ die auch tief in die übrigen Bereiche der Volkswirtschaft eingreifen sollte. In zweiter Linie schob sich das schon in den Zeiten des Vierjahresplans erörterte Ziel einer „totalen“ Erfassung aller nichtarbeitenden Arbeitsfähigen für die Rüstungsproduktion auf dem Wege des Arbeitszwanges wieder in den Vordergrund, von der man aber einen raschen

⁴² Milward, *Kriegswirtschaft*, S. 64.

⁴³ ZStA Potsdam, FS, Film 8273, KTB WiRüAmt/Stab, Eintr. v. 16. 1. 1942: „Es müsse eine oberste Führungsstelle vorhanden sein.“ (Äußerung Zangens gegenüber Thomas).

⁴⁴ Ebenda, Film 5382, Lagebericht der RüIn V (Stuttgart) v. 13. 12. 1941.

⁴⁵ Frühere Konzeptionen und Ansätze für die Rationalisierung der Rüstungsindustrie erwähnt Wagner (*Wagner, Raimund*, Auswirkungen des Zusammenbruchs der faschistischen Blitzkriegsstrategie auf die deutsche Kriegswirtschaft, in *Das Fiasko der antisowjetischen Aggression. Studien zur Kriegführung des deutschen Imperialismus gegen die UdSSR (1941–1945)*. Hrsg. v. Erhard Moritz, Berlin 1978 (im folgenden: *Auswirkungen*), S. 169 ff., der im Hinblick auf das Göringprogramm zugespitzt und nicht überzeugend formuliert, in der Luftrüstungsindustrie habe man „am frühesten auf eine umfassende Rationalisierung“ abgezielt (ebenda, S. 172).

Effekt in dem gewünschten Umfang nicht erwartete und die wegen ihrer sozialen und innenpolitischen Folgen stark umstritten blieb.

Der Übergang zur umfassenden Mobilisierung der kriegswirtschaftlichen Ressourcen und die damit verknüpfte Zentralisierung der staatsmonopolistischen Regulierungsgewalt waren weder die Folge einsamer Beschlüsse Hitlers noch das hauptsächliche Werk Todts oder Speers. Es waren die Spitzen des deutschen Finanzkapitals, insbesondere die Leitung der Reichsgruppe Industrie, die diese Entwicklung initiierten. Als Exekutive bedienten sie sich dabei des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition und unterstützten den Minister – erst Todt, dann Speer – in entscheidender Weise. Sie betrieben den Ausbau des ministeriellen Exekutivapparats und sorgten für eine Erweiterung seiner Machtbefugnisse, die ihn binnen weniger Monate, wenn auch nicht zum einzigen, so doch zum eindeutig dominierenden Regulierungsmechanismus in der Kriegswirtschaft werden ließen. Sie inaugurierten den neuen Kurs des Ministeriums, indem sie im Dezember 1941 und Januar 1942 binnen kürzester Frist eine Rationalisierungskonzeption für die gesamte Rüstungsindustrie ausarbeiteten, die Anfang Februar 1942 auf einer mehrtägigen Beratung der Hauptausschüsse des Ministeriums geprüft und bestätigt wurde. Sie setzten diese Konzeption in den darauffolgenden Wochen und Monaten in den Rüstungsbetrieben mit Hilfe des ministeriellen Exekutivapparates durch, für den sie – besonders in Gestalt der Leiter der Ausschüsse und Ringe – den personellen Führungsbestand stellten.⁴⁶

Zweifellos entsprachen das entstehende umfassende, zentralisierte staatsmonopolistische Regulierungssystem und die weitgehende Unterordnung der Produktion unter die Anforderungen des Krieges nicht uneingeschränkt und nicht in jedem Fall den Interessen der Monopolisten. Sie bevorzugten verständlicherweise die schnellen Erfolge und geringen Risiken des Blitzkrieges. In Anbetracht der kritischen Lage hielten sie jedoch einschneidende Maßnahmen im gesamtimperialistischen Interesse für dringend geboten und reagierten ohne Verzug. Die erforderliche zentrale Regulierungsgewalt konzentrierten sie dabei weitestgehend in ihren eigenen Händen.

Bis zum 8. Februar 1942

Walter Rohland, damals stellvertretender Vorstandsvorsitzer des Konzerns der Vereinigten Stahlwerke und einer der engsten Vertrauten des Munitionsministers, sagte nach dem Kriege aus: „Schon Dr. Todt hatte die Notwendigkeit erkannt, alle Industriezweige, die direkt oder indirekt für die Kriegsproduktion notwendig waren, zu zentralisieren, und hatte durch Gespräche mit Hitler den Weg hierzu bereitet. Die Entscheidung, eine Art Kriegs[wirtschafts]ministerium unter der Leitung von Dr. Todt zu schaffen, war kurz vor seinem Tod gefallen.“⁴⁷ Hans Kehrl, damals Generalreferent im Reichswirtschaftsministerium, berichtet in seinen Memoiren, Todt, den er auf Görings Geburtstagsfeier am 12. Januar 1942 traf, habe ihm mit Bezug auf ein früheres Gespräch mitgeteilt: „Mit Zustimmung des Führers habe ich mich entschlossen, alles in eigener Regie zu machen

⁴⁶ Zur Rationalisierung ausführlich S. 295 ff.

⁴⁷ *Milward*, Kriegswirtschaft, S. 66. Das gleiche Zitat in anderer Rückübersetzung in *derselbe*, Fritz Todt als Minister für Bewaffnung und Munition, in *VfZ*, 1/1966, S. 57. Vermutlich hatten Rohland bzw. Todt das Kriegsamt aus dem ersten Weltkrieg als Modell vor Augen.

und die Wirtschaft auf breiter Basis einzusetzen.“⁴⁸ Die Quellen bestätigen diese Aussagen weitgehend.

Als sich vor Moskau die schwere Niederlage abzeichnete, begannen der Munitionsminister und die ihn stützenden Monopole mit Vehemenz, ihre Pläne in die Tat umzusetzen. Die Reorganisation des Apparats des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition, die Todt mit seinem Erlaß vom 22. Dezember 1941 in Gang setzte, und die gesteigerte Aktivität der Konzernherren, insbesondere der Leiter der Sonderausschüsse und der Leitung der Reichsgruppe Industrie, bei der Durchsetzung des Rationalisierungserlasses des Ministers vom 23. Dezember in den Zweigen und Betrieben der Rüstungsindustrie sollten rasch vollendete Tatsachen schaffen.

Der Erlaß Todts vom 22. Dezember 1941 über die „Selbstverantwortung der Rüstungswirtschaft“⁴⁹ – dieser wie fast alle anderen unveröffentlichten Erlasse und Bestimmungen trugen geheimen Charakter – ging von der „Notwendigkeit einer bedeutend stärkeren Rationalisierung“ aus; sie müsse den „noch größere(n) Anforderungen“ des Jahres 1942 an die Rüstungsindustrie entsprechen. Diesen Forderungen sei „die Selbstverantwortungsorganisation der Rüstungswirtschaft, d. h. der Rüstungsbeirat, die Rüstungsausschüsse usw., anzupassen“. Die doppelte Struktur des staatsmonopolistischen Mechanismus des Ministeriums – Rüstungsausschüsse in den Wehrkreisen und eine größere Zahl von Sonderausschüssen unmittelbar unter der ministeriellen Zentrale – wurde durch die Bildung von fünf Hauptausschüssen ergänzt, stark zentralisiert und vereinheitlicht. Mitglieder der Hauptausschüsse waren die Leiter der jeweiligen Sonderausschüsse. Die Hauptausschüsse für Munition, für Panzer und für Waffen entsprachen dem bisherigen Regulierungsbereich des Ministeriums. Hauptausschüsse für „Allgemeines Wehrmachtsgerät“ und für Maschinen bezogen neue, große Bereiche der Rüstungswirtschaft in die Regulierung ein. Zu Leitern der Hauptausschüsse wurden Vorsitzende bzw. Mitglieder des Vorstands von fünf der mächtigsten Rüstungskonzerne berufen, die seit eh und je die Hauptstützen des Ministeriums bildeten.

Die Hauptausschüsse und ihre Leiter

Hauptausschuß (I) Munition

Philipp Keßler, Vorsitzender des Rüstungsbeirats (Bergmann-Elektricitäts-Werke AG/Siemens und AEG-Konzern)

Hauptausschuß (II) Waffen

Erich Müller (Krupp)

⁴⁸ *Kehrl, Hans*, Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Frieden – 6 Jahre Krieg. Erinnerungen, Düsseldorf 1973, S. 219. – Durch diese wichtige Datierung wird ein bemerkenswert frühes Einverständnis zwischen Hitler und Todt über die folgenden – und seit dem 8. Februar von Speer weiterbetriebenen – Veränderungen in der Kriegswirtschaft bezeugt. Zugleich wird damit der fragwürdigen und apologetischen Behauptung der Boden entzogen, Todt habe erkannt, daß der Krieg militärisch und wirtschaftlich verloren sei, dies am 29. 11. 1941 Hitler mitgeteilt und ihn aufgefordert, den Krieg „politisch“ zu beenden (*Ludwig, Karl-Heinz*, Die deutschen Flakraketen im Zweiten Weltkrieg, in *Militärgeschichtl. Mitteilungen*, 1/1969, S. 89; *derselbe*, Die wohlreflektierten „Erinnerungen“ des Albert Speer, in *GWU*, 11/1970, S. 699; mit anderem Datum (4. 12. 1941) *Janssen, Gregor*, Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg, Berlin (West)/Frankfurt a. M./Wien 1968, S. 33; kolportiert auch von *Reinhardt*, S. 184).

⁴⁹ ZStA Potsdam, FS, Film 2312. Hiernach auch das Folgende. Siehe auch *Wagner*, Auswirkungen, S. 173f.

Hauptausschuß (III) Panzerwagen und Zugmaschinen	Walter Rohland (Vereinigte Stahlwerke)
Hauptausschuß (IV) Allgemeines (Wehrmachts)-Gerät	Wilhelm Zangen, Leiter der Reichsgruppe Industrie (Mannesmann)
Hauptausschuß (V) Maschinen	Hanns Benkert (Siemens)

Der Rüstungsbeirat des Ministers und die Sonderausschüsse blieben bestehen.⁵⁰ Neu gebildet wurde ein „Engerer Beirat“ des Munitionsministeriums unter dem Vorsitz Todts. Ihm sollten der Vorsitz des Rüstungsbeirats, die Leiter der Hauptausschüsse und je ein Vertreter des Industrierats der Luftwaffe und der Marinerüstung angehören. Daß dieser Engere Beirat, der den Minister „beraten“ sollte, wirklich zustandekam und jemals in voller Besetzung zusammentrat, ist unwahrscheinlich; in der Zusammensetzung des neuen Gremiums zeichnete sich wohl zu deutlich die schon im November gehegte Absicht ab, die „gesamte Planung der Rüstungswirtschaft“ vom Munitionsministerium aus zu steuern und OKW und Wehrmachtteile zu majorisieren.⁵¹

Steckte der Erlaß vom 22. Dezember den Wirkungsbereich der Hauptausschüsse in seinen allgemeinen Umrissen ab, so legten Todts „Ausführungsbestimmungen zum Führerbefehl vom 3. 12. 1941“ vom 23. Dezember die Aufgaben der gesamten „Selbstverantwortungsorganisation der Rüstungswirtschaft“⁵² auf dem Gebiet der Rationalisierung eingehend dar. Dieser Erlaß enthielt die konzeptionelle Leitlinie und das detaillierte Programm für eine umfassende Rationalisierung der Kriegsproduktion.⁵³

Damit waren wichtige Vorentscheidungen darüber gefallen, in welcher Weise und in wessen Händen sich die weitere Konzentration der kriegswirtschaftlichen Regulierungsgewalt vollziehen würde. Die Erlasse vom 22. und 23. Dezember 1941 kündigten eine neue Entwicklungsstufe des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Kriegswirtschaft an. Außer auf die Produktion von Panzern, Waffen und Munition erstreckten sich Regulierungsvollmachten und Anordnungsbefugnisse der um das Munitionsministerium gruppierten Rüstungsmonopole und ihrer „Selbstverantwortungs“-Organe nun auch unmittelbar auf die für die Rüstung produzierende Produktionsmittelindustrie (Hauptausschuß Maschinen) und Konsumgüterindustrie (Hauptausschuß Allgemeines Wehrmachtsgerät). Das tat dem bisher noch bedeutenden direkten Einfluß der Wehrmachtsdienststellen auf Konstruktion und Produktion von Waffen und Kriegsgerät starken Abbruch; das OKW mußte das unter dem Druck der militärischen Krise hinnehmen. Auch die Machtsphäre des Reichswirtschaftsministeriums wurde beeinträchtigt.

In den kommenden Wochen waren Todt und die Leitung der RGI, voran Wilhelm Zangen, mit außergewöhnlicher Aktivität bemüht, das Ministerium und das System der Ausschüsse, wie beschlossen, zu erweitern und neu zu formieren und die Rationalisierung nach ihrer Konzeption „mit aller Beschleunigung“⁵⁴ zu betreiben. Zangen setzte mit seiner Anordnung vom 9. Januar 1942 den mächtigen Apparat der RGI und aller Wirtschaftsgruppen in Bewegung, um den neuen Hauptausschuß Allgemeines Wehrmachtsgerät mit einem breiten Unterbau von Arbeitsgruppen und Sonderausschüssen auszustatten.⁵⁵

50 Siehe *Band I*, S. 126 ff.

51 ZStA Potsdam, FS, Film 2325, AN WiRüAmt, 22. 11. 1941.

52 So im Erlaß v. 22. 11. 1941 (wie Anm. 49).

53 ZStA Potsdam, FS, Film 2312.

54 Ebenda, RMfBuM an Zangen, 29. 12. 1941.

55 Ebenda, AO Zangens v. 9. 1. 1942.

Unverzüglich begannen im gesamten Bereich der Hauptausschüsse zahlreiche Kommissionen und Rationalisierungsausschüsse mit der Arbeit in den Betrieben. Auch die Montanindustrie, die hochgradig in Monopolverbänden organisiert war, beteiligte sich und nahm dabei die eingespielten Apparate dieser Verbände zu Hilfe.⁵⁶

Auf der Tagung der Rüstungsinspektoren und -kommandeure vom 21. bis 23. Januar 1942 kam im Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt des OKW noch einmal alles zusammen, was in Rüstung und Kriegswirtschaft Rang und Namen hatte. Amtschef Thomas erklärte in seiner einleitenden Rede, die Rationalisierung der Kriegswirtschaft müsse „zentral gesteuert“ werden und sei „der Reichsgruppe Industrie übergeben, die sie nach Weisung des Munitionsministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums durchführen wird“.⁵⁷ Todt stand aber durchaus nicht an exponierter Stelle auf der Rednerliste, sondern neben Milch und einem Vertreter der Marinerüstung; noch vor ihm sprachen Oberst Neef, Chef der Rüstungswirtschaftlichen Abteilung des Amtes, und Gerhard Ritter (IG Farben) als Vertreter des GB Chemie.

Der Munitionsminister kündete in seiner Rede die Vereinfachung von Konstruktion und Produktion, die Rationalisierung in der gesamten Industrie und die Einführung von Festpreisen an. Die Anwesenden begriffen sicherlich nicht, wie weit sich die Gewichte schon zugunsten des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition verschoben hatten. General Thomas mochte es noch schwerfallen zu erkennen, daß zu dieser Zeit, wie er sich mehrere Monate später ausdrückte, der Kampf der „Industrie gegen den Soldaten“⁵⁸ bereits in vollem Gange war, d. h., daß das Ringen innerhalb der herrschenden Klasse, insbesondere zwischen Wehrmacht und Reichsministerium für Bewaffnung und Munition, um die zentrale Regulierungsgewalt in der Kriegswirtschaft in ein entscheidendes Stadium getreten war. Wahrscheinlich rechnete er sich und seinem Amt angesichts der Heerschau der OKW-Rüstungsorganisation, die er zusammengerufen hatte, noch selbst große Chancen aus, jene zentrale Machtposition in der Kriegswirtschaft zu erringen.⁵⁹

In dieser internen Auseinandersetzung spielten auch solche Ereignisse eine Rolle wie die Bildung der „Industrieorganisation des Generalbevollmächtigten für das Nachrichtenwesen“ und die Ernennung von Jakob Werlin zum „Generalinspektor des Führers für das Kraftfahrwesen“.

Erich Fellgiebel, General der Nachrichtentruppe, Ende 1941 zum Generalbevollmächtigten für das Nachrichtenwesen (GBN) ernannt, baute in enger Anlehnung an den Industrierat der Luftwaffe eine eigene „Industrieorganisation“ mit „etwa 35 Fertigungsringen“⁶⁰, zusammenfassenden (Industrie)-Referaten und einem aus den Referenten zusammengesetzten „Beirat der Nachrichtenmittelindustrie“ auf. Die ehrenamtlichen Leiter der Ringe und Referate waren in Personalunion auch im Industrierat der Luftwaffe leitend tätig⁶¹; es waren führende Repräsentanten solcher Konzerne und Rüstungsfirmen wie AEG, Siemens, Lorenz und Telefunken. Die Organisation des GBN war offenbar eine gemein-

56 Siehe S. 306 ff.

57 ZStA Potsdam, FS, Film 1741, Rede Thomas' v. 21. 1. 1942. Ungenaue Datierung der Tagung bei *Milward*, *Kriegswirtschaft*, S. 64.

58 ZStA Potsdam, FS, Film 1741, Rede Thomas' vor den RüIn (in Hannover) am 29. 8. 1942.

59 Siehe auch *Reinhardt*, S. 270 f.; *Milward*, *Kriegswirtschaft*, S. 64 f.

60 ZStA Potsdam, FS, Film 2312, Ansprache Fellgiebels bei der „Verpflichtung von Beirat u. Ringführern“ am 20. 12. 1941. – Dem Industrierat der Luftwaffe gehörten über 100 Fertigungsringe an (ebenda, RErI. OKM v. 10. 2. 1942).

61 Ebenda, GBN an WiRüAmt, 16. 2. 1942.

schaftliche Gründung von OKH und Luftwaffenführung unter der Schirmherrschaft Görings, dafür gedacht, die staatsmonopolistischen Positionen der Rüstungsdienststellen von Heer und Luftwaffe in der Kriegswirtschaft zu stärken.

Am 16. Januar 1942 ernannte Hitler Jakob Werlin, Vorstandsmitglied des Daimler-Benz-Konzerns und Vertrauensperson der Deutschen Bank, einen alten Parteigänger der Faschisten und persönlichen „Freund des Führers“⁶², zum „Generalinspektor des Führers für das Kraftfahrwesen“.⁶³ Anzunehmen ist, daß bei dieser Ernennung der Einfluß Todts mitgespielt hat, der Werlin und dem Daimler-Benz-Konzern auch als Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen und als Leiter des NSDAP-Hauptamtes für Technik seit vielen Jahren nahestand. Sie erfolgte, ohne daß das Verhältnis Werlins zu Generalmajor Adolf v. Schell geklärt wurde, der seit Ende 1938 als Generalbevollmächtigter für das Kraftfahrwesen – eine Institution des Vierjahresplans – fungierte⁶⁴ und als solcher den Rang eines Unterstaatssekretärs im Reichsverkehrsministeriums bekleidete. Die vordringliche Aufgabe Werlins war es, den an der deutsch-sowjetischen Front dezimierten Kraftfahrzeugpark der Wehrmacht aufzufrischen und zu erneuern, ein Netz von Reparaturwerkstätten im Osten zu schaffen und anderes mehr. Doch er setzte sich durch Forderungen wie die nach einer eigenen „Reichsgruppe Kraftfahrwesen“⁶⁵ sehr bald in Gegensatz zur Leitung der RGI, zu Todt bzw. zu Speer und zu Funk, so daß seine weitere Tätigkeit untergeordneter Art blieb.

Am 24. Januar wandte sich der Munitionsminister an seine fünf engsten Mitarbeiter und Berater aus der Industrie – den Vorsitz der Rüstungsbeirats und die übrigen Hauptausschußvorsitzer – und lud sie für den 6. Februar zum Bericht über die „außerordentlich vielen Anregungen“ aus der Rüstungsindustrie ein, denen durch Hitlers Rationalisierungserlaß vom 3. Dezember 1941 „der Weg gebahnt“ worden sei.⁶⁶

Die Beratungen der Hauptausschüsse und der ebenfalls zusammengerufenen Leitung der RGI in Berlin mit dem Minister währten schließlich drei Tage, vom 4. bis zum 6. Februar 1942. Sie bildeten den Höhepunkt der Anstrengungen Todts und der um sein Ministerium gescharten großen Rüstungsmonopole, ihr kriegswirtschaftliches Konzept in die Tat umzusetzen, und bereiteten unmittelbar die bevorstehende wichtige Aussprache des Ministers mit Hitler vor, an der ursprünglich auch Walter Rohland teilnehmen sollte.⁶⁷

Die Hauptausschüsse tagten während dieser Zeit in Permanenz. Der Munitionsminister, der mehrfach vor ihnen sprach, hob in seinen Reden drei Grundsätze als wesentlich für die Lösung der „große(n) Aufgabe“⁶⁸ hervor, die Produktion ungeachtet des bevorstehenden

62 ZStA Potsdam, RWiM, Nr. 9086, Bl. 50, AN v. d. Goltz, Nov. 1934; s. a. *Radandt, Hans*, Zu den Beziehungen zwischen dem Konzern der Deutschen Bank und dem Staatsapparat bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, in *Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg*. Materialien der wissenschaftl. Konferenz der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR v. 14. bis 19. Dezember 1959 in Berlin, Bd. 2, Berlin 1961, S. 21f.

63 *RGBl.* 1942 I, S. 25f., „Erlaß des Führers über die Bestellung eines Generalinspektors des Führers für das Kraftfahrwesen“ v. 16. 1. 1942.

64 Siehe *Kirchberg, Peter*, Typisierung in der deutschen Kraftfahrzeugindustrie und der Generalbevollmächtigte für das Kraftfahrwesen, in *JfW* 1969, T. 2, S. 131f.

65 ZStA Potsdam, RWiM, Nr. 9088, Bl. 47f., Telegr. Werlins an RWiM, 23. 1. 1942.

66 Ebenda, FS, Film 2312, Rs. RMfBuM v. 24. 1. 1942.

67 Siehe *Janssen*, S. 33.

68 ZStA Potsdam, FS, Film 2312, Zus.-fassung d. Reden Todts am 4. u. 5. 2. 1942, v. 17. 2. 1942. Hiernach auch das Folgende.

Abzugs von acht Prozent der Rüstungsarbeiter zur Wehrmacht – nämlich einer halben Million Mann – zu steigern. Das war in erster Linie die „Ausschaltung der teuersten Betriebe“; gelänge es einem solchen Betrieb trotz Erfahrungsaustauschs nicht, rationeller zu arbeiten, „so müssen ihm Arbeitskräfte und Maschinen entzogen werden . . . Der leistungsfähige Arbeiter muß heraus aus dem ungesunden Betrieb.“

Todt verwies weiterhin darauf, daß allein die bloße Erhöhung der Arbeitsintensität „noch einmal eine Leistungssteigerung von 10 Prozent möglich“ mache. Er ahnte allerdings, daß die deutschen Imperialisten bei den Werkträgern nicht mit einer solchen freiwilligen Masseninitiative rechnen konnten, wie sie das Sowjetvolk zeigte und die er als „brutalen Einsatz der Massen“ verleumdete. Sein Rezept war die „richtige Behandlung des Arbeiters“. Die von der faschistischen Terrormaschine eingeschüchterten und niedergehaltenen deutschen Arbeiter müßten „dafür begeistert“ werden, mehr Waffen für den Sieg zu schmieden. Der Minister plädierte für vielfältige Formen propagandistischer und ideologischer Beeinflussung, um „allen klar(zu)machen, warum diese Waffen fertig werden müssen“.

Besonders lag Todt schließlich daran, die weitreichenden Befugnisse der Hauptausschüsse herauszustreichen: „Die Industrie hat durch die Einrichtung der Hauptausschüsse weitgehend die Vollmacht, sich selbst zu helfen.“ Den Vertretern des Heereswaffenamts bedeutete er, die Hauptausschüsse würden „selbständig eine Typenbereinigung durchführen“; das Amt solle den Rationalisierungsvorschlägen der Industrie möglichst seine „sofortige Genehmigung“ geben. „In vielen Fällen wird den Vorschlägen von erfahrenen Werken wie Krupp ohne langwierige Genehmigungsverfahren die sofortige Einführung der Verbesserung zugestanden werden können.“ Die führenden Vertreter der Rüstungsindustrie hieben in diese Kerbe und äußerten zahlreiche zusätzliche „Wünsche“, die samt und sonders auf eine Beschneidung von Befugnissen des Heereswaffenamts und des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts hinausliefen.⁶⁹

Im Laufe der Beratungstage gab der Munitionsminister mehrere wichtige Erlasse heraus. Vor allem billigte er den Vorsitzern der Hauptausschüsse das Recht des maßgeblichen Vorschlags für die Beschäftigung von Arbeitskräften zu, die bei Rationalisierungsmaßnahmen „freigesetzt“ wurden.⁷⁰ Eine Reihe weiterer ministerieller Anordnungen, Richtlinien und Aufträge, die ebenfalls als unmittelbares Ergebnis der dreitägigen Beratungen anzusehen sind, bildeten nach Todts Tod Ansatzpunkte für die weitere Reorganisation des Ministeriums.⁷¹

Hierzu zählt auch der später von Albert Speer versandte Brief Todts an die Gauleiter der Nazi-Partei.⁷² Mit diesem Schreiben wollte Todt eine feste, regelmäßige Verbindung zu den Gauleitern knüpfen. Der Gedanke, die Potenzen der straff organisierten, mächtigen faschistischen Partei stärker nutzbar zu machen und sie in den staatsmonopolistischen Mechanismus der Kriegswirtschaft enger einzubeziehen, war keine plötzliche Eingebung des Munitionsministers. Wollten die deutschen Imperialisten die Lasten der Rationali-

69 *Anatomie des Krieges*, S. 379f., Dok. 194, Bericht WiRüAmt üb. d. Tagung der HA des RMfBuM am 6. 2. 1942.

70 BA Koblenz, R 13 I/1012, RErl. RMfBuM an die Vorsitzenden der Prüfungskommissionen, 4. 2. 1942; ZStA Potsdam, FS, Film 8630, RErl. RMfBuM an die Vorsitzenden der HA, 6. 2. 1942.

71 ZStA Potsdam, FS, Film 2312, Richtlinien für die „Aufstellung von Bestarbeitsplänen“, 10. 2. 1942; ebenda, „Aufträge, die RM Dr. Todt in den Hauptausschußbesprechungen am 5. und 6. Februar 1942 aufgegeben hat“, v. 17. 2. 1942.

72 Ebenda, Rs. Speers an die Gauleiter, 18. 2. 1942.

sierung dem Volk aufbürden, so bedurfte man dringender als zuvor der unmittelbaren Unterstützung der Nazipartei. Auch die sich innerhalb der Bourgeoisie dadurch verschärfenden Gegensätze, daß die wirtschaftliche Regulierungsgewalt in den Händen einer kleinen Clique führender Rüstungsmonopole scharf konzentriert wurde, erforderten ein solches Vorgehen. Kein Geringerer als Wilhelm Zangen propagierte bereits im Herbst 1941, als sich das Fiasko der Blitzkriegsstrategie abzeichnete, als unabdingbar und richtungweisend für die weitere Entwicklung der gesamten sogenannten Organisation der gewerblichen Wirtschaft die Idee, „daß die Organisation den Anschluß an das politische Kraftnetz der Nation mehr als bisher finden müsse“.⁷³

Der Ministerwechsel

Am 7. Februar 1942 flog der Reichsminister für Bewaffnung und Munition nach Rastenburg zu Hitler und beriet sich lange mit ihm. Am 8. Februar verunglückte er auf der Rückreise tödlich bei einem Flugzeugunfall. Da der eingeleitete Reorganisationsprozeß in der Kriegswirtschaft aber offensichtlich keinen Aufschub duldete, designierte Hitler noch am selben Tage den Architekten, Bau- und Rüstungsmanager Albert Speer zu Todts Nachfolger. Am 9. Februar gab die Reichskanzlei die Ernennung des neuen Ministers bekannt, und am 15. Februar wurde sie im Reichsgesetzblatt offiziell verkündet.⁷⁴

Abwegig ist die Behauptung bürgerlicher Historiker, Todt habe Hitler aufgefordert, den Krieg als aussichtslos zu beenden⁷⁵; widersinnig in diesem Fall auch die Vermutung, die SS habe seinen Tod auf ihrem Mordkonto.⁷⁶ Todt reiste zu Hitler, um ihm von der Rüstungstagung vom 4. bis 6. Februar zu berichten und ihn aufzufordern, entsprechend den Wünschen der führenden Rüstungsmonopole dem Munitionsministerium diktatorische Vollmachten zur Regulierung der Kriegswirtschaft zu übertragen. Diese Forderung mußte bei Hitler auf fruchtbaren Boden fallen; denn die Absichten Todts und der Monopole entsprachen voll und ganz der neuen Rüstungskonzeption, die Hitler selbst durch seine Unterschrift unter die Erlasse vom 3. Dezember 1941 und 10. Januar 1942 in Kraft gesetzt hatte. Immerhin mochte ihm eine klare Entscheidung zu Todts Gunsten nicht leichtfallen, da sie schwere Eingriffe in die Machtsphäre anderer Dienststellen und Institutionen des

⁷³ Radandt, Hans, Eine Rede von Wilhelm Zangen, in *JfW*, 1962, T. 2, S. 205.

⁷⁴ *RGBl.* 1942 I, S. 80.

⁷⁵ Janssen, S. 33. — Quelle für diese Erfindung sind die schon erwähnten „Mitteilungen“ Walter Rohlands lange nach dem Krieg, in denen Rohland aus durchsichtigen Motiven behauptet, Todt habe den Krieg für verloren erklärt und Hitler im Einverständnis mit ihm bedrängt, den Krieg zu beenden. Vermutbar ist lediglich, daß Todt (und Rohland) die kriegswirtschaftlichen Risiken eines langen, entfalteten Zweifrontenkrieges erkannten und erwogen, da bis Ende 1941, wie leicht einzusehen, der Krieg nicht mehr zu gewinnen war. Besonders kompakte Apologie Todts als „Widerstands“helden bei Ludwig (*Ludwig*, Technik, S. 388 ff. u. passim); neuerdings bei Schmidt, Matthias, Albert Speer: Das Ende eines Mythos. Speers wahre Rolle im Dritten Reich, Bern/München 1982, S. 71 ff.

⁷⁶ *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof*, Nürnberg (1947 ff.) (im folgenden: *IMG*), Bd. 16, S. 477, Vernehmung Speers, 19. 6. 1946; *Schwerin v. Krosigk, Lutz Graf*, Es geschah in Deutschland. Menschenbilder unseres Jahrhunderts, Tübingen und Stuttgart 1951, S. 299 f.; *Thorwald, Jürgen*, Die ungeklärten Fälle, Stuttgart (1950), S. 140 f. Letzthin dazu kritisch Schmidt, S. 75 f.